

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die Rolle der Kreditanstalt für Wiederaufbau in der
Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit - eine
politökonomische Analyse.

verfasst von | submitted by
Paul Brinkmann

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	i
Abkürzungsverzeichnis.....	ii
Teil I Wissenschaftstheoretische und Methodische Grundlagen.....	1
1. Einführung.....	1
2. Wissenschaftstheorie und methodisches Vorgehen.....	3
2.1 Der Critical Realism – eine Skizze	4
2.1.1 Historische Genese des Critical Realism	4
2.1.2 Abgrenzung des Critical Realism zum Positivismus	4
2.2 Ontologie, Epistemologie und Methodologie des Critical Realism	6
2.2.1 Ontologische Annahmen des Critical Realism	6
2.2.2 Epistemologische Annahmen des Critical Realism	9
2.3 Forschen im Critical Realism.....	10
2.3.1 Methodologie des Critical Realism.....	10
2.3.2 Ethik im Critical Realism.....	12
2.4 Methodisches Vorgehen	12
2.5 Persönliche Verortung.....	15
TEIL II Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise	17
3. Einführung in die (Kritische) Internationale Politische Ökonomie.....	17
3.1 Grundlagen der (Kritischen) Internationalen Politischen Ökonomie.....	17
3.2 Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise	18
4. Theoretische Perspektiven auf neoliberale Verhältnisse	21
4.1 Einführung in den Neoliberalismus	21
4.2 Die Entstehung des Neoliberalismus als Reaktion auf kapitalistische Krisen	22
4.2.1 Krisentendenzen und Akkumulationsregime – eine regulationstheoretische Perspektive ...	23
4.2.2 Historie des Neoliberalismus als Reaktion einer Akkumulationskrise	25
4.3 Ungleichheiten im globalen System – eine dependenztheoretische Perspektive.....	27
4.3.1 Abhängigkeit und Entwicklung.....	27
4.3.2 Strukturelle Heterogenität	29
4.3.3 Moderne Abhängigkeitsverhältnisse	30
4.3.4 Neoliberalismus als Ausgangspunkt moderner Abhängigkeitsverhältnisse.....	31
4.3.5 Abhängigkeitsverhältnisse als sozialer Prozess	34
4.4 Kontinuitäten neoliberaler Verhältnisse eine neogramscianische Perspektive	35
4.4.1 Grundlagen des Gramscianismus	36
4.4.2 Historie des Neogramscianismus	37
4.4.3 Hegemonie auf internationaler Ebene	38

4.4.4 Die Entwicklung des Neoliberalismus zu einem historischen Block	40
4.5 Finanzialisierung aus einer politökonomischen Perspektive	44
4.5.1 Definitorische Einführung in die Finanzialisierung	44
4.5.2 Finanzialisierung als zentraler Mechanismus des Neoliberalismus	47
4.5.3 Das globale Finanzsystem	48
TEIL III Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit und die Rolle der KfW	53
5. Politische Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit	53
5.1 Politökonomische Perspektiven auf die globale Entwicklungszusammenarbeit	53
5.2 Die Rolle von Entwicklungsbanken in der Finanzialisierung der EZA	56
6. Die KfW und ihre Rolle in der deutschen EZA	57
6.1 Einführung in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit	57
6.2 Die KfW und ihre Rolle innerhalb der deutschen EZA	59
6.2.1 Die Kreditanstalt für Wiederaufbau – ein Überblick	59
6.2.2 Die Arbeitsweise der Kreditanstalt für Wiederaufbau	62
6.2.3 Die Arbeitsweise der DEG	64
7. Die KfW und ihr Rolle in der Mikrofinanzierung	67
7.1 Die Entwicklung der Mikrofinanzierung als entwicklungspolitisches Instrument	67
7.2 Mikrofinanzierung als neoliberales Mittel der Entwicklungszusammenarbeit	69
7.2.1 Politökonomische Perspektiven auf die Mikrofinanzierung	69
7.2.2 Mikrokredite	72
7.2.3 Mikroversicherung	75
7.2.4 Akteur*innen in der Mikrofinanzindustrie	78
7.3 Die KfW und ihre Tätigkeit in der Mikrofinanzierung	79
7.3.1 Institutionelle Eigenschaften der KfW	79
7.3.2 Die Entwicklung neuer Mikrofinanzinstrumente durch die KfW	81
7.3.3 Weiterentwicklung entwicklungspolitischer Finanzinstrumente durch die KfW	84
7.3.4 Ausblick auf die Tätigkeit der KfW in der Mikrofinanzindustrie	88
8. Green Finance in der EZA und die Rolle der KfW	91
8.1 Die imperiale Lebensweise als Voraussetzung für Green Finance	91
8.1.1 Die imperiale Lebensweise als Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise	92
8.1.2 Green Finance als Mittel zur Bewältigung der Folgen einer imperialen Lebensweise	94
8.2 Green Finance in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit	96
8.2.1 Entwicklungspolitische Historie des Green Finance	96
8.2.2 Klassifizierung von Green Finance	97
8.2.3 Die Rolle von Entwicklungsbanken im Green Finance	100
8.3 Green Finance in der Tätigkeit der KfW	101

9. Fazit: Die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit eine kapitalistische Reaktion ..	106
9.1 Eine abschließende Betrachtung der Rolle der KfW in der Finanzialisierung der EZA	106
9.2 Rekapitulation der Forschungsarbeit und abschließende Bemerkungen	109
Literaturverzeichnis	111

Abstract

In den vergangenen Jahren vollzog sich in den globalen Entwicklungsinstitutionen ein grundlegender aber kaum benannter Strategiewechsel hin zu einer umfassenden Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Beschränkt sich der kritische wissenschaftliche Diskurs meist auf einzelne Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit, ist es Ziel dieser Forschungsarbeit eine umfassende Erklärung für dieses Phänomen zu präsentieren. Mit Hilfe einer breit angelegten Literaturrecherche werden verschiedene Perspektiven aus einer kritisch politökonomischen Tradition, im Bezug zur Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit zusammengeführt und die hinter dem Phänomen liegenden Mechanismen und Strukturen aufgedeckt. Anschließend trägt eine Case Study über die Arbeit der deutschen Entwicklungsinstitution die Kreditanstalt für Wiederaufbau dazu bei, die beschriebenen Mechanismen und Strukturen auf die konkreten Formen der Entwicklungszusammenarbeit zu übertragen. So können abstrakte kapitalistische Mechanismen und Strukturen anhand spezifischer konkreter Phänomene nachvollzogen und erklärt werden. Insbesondere widmet sich die Forschungsarbeit der Mikrofinanzierung und dem Green Finance, welche die zentralen Teilbereiche in der Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit abbilden.

Als Ergebnis des Forschungsprozesses ist festzuhalten, dass die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit als Ausdruck der manifesten kapitalistischen Funktionsweise zu verstehen ist. Sie ist dabei eine spezifische Reaktion auf die verschiedenen unsichtbaren Mechanismen und Strukturen des Kapitalismus. In der Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau manifestiert sich der ausgelöste Finanzialisierungsprozess anhand konkreter Handlungen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau nimmt so auf Grund ihrer Tätigkeit eine zentrale Rolle in der Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein, die sich auf den Ausbau der Finanzmärkte, besonders im Globalen Süden und der Ausweitung von Finanzmotiven fokussiert.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtige Amt
AFD	Agence Française de Développement
ALCB Fund	African Local Currency Bond Fund
ALIDE	Asociacio’n Latinoamericana de Instituciones Financieras para el Desarrollo
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BMF	das Bundesministerium der Finanzen
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CEPAL	UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika
CIPE	Critical International Political Economy
COP-21	United Nations Climate Change Conference
COVID-19	Coronavirus Disease 2019
CO2	Kohlenstoffdioxid
CR	Critical Realism
CRAFT	Climate Resilience & Adaptation Finance and Technology Facility of Lightsmith Climate Resilience Partners SCSP
DAC	Development Assistance Committee
DEG	Deutsche Entwicklungsgesellschaft
DFI	Development Finance Institution
EDFI	European Development Finance Institutions
EFSE	European Fund for Southeast Europe
EIB	Europäischen Investitionsbank
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FEI-OGEF Bürgerenergiefonds	Facility for Energy Inclusion - Offgrid Energy Access Debt Fund
FEFAD	Foundation for Enterprise Finance and Development
FMO	Dutch Entrepreneurial Development Bank
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GPÖ	(kritische) Globale Politische Ökonomie
GTAI	Germany Trade and Invest
G7	Gruppe der Sieben
G20	Gruppe der 20
IDFC	International Development Finance Club
IPÖ	(kritische) Internationale Politische Ökonomie
ISI	importsostituierenden Industrialisierung
IWF	Internationalen Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Kleine- und mittlere Unternehmen
LAAD Americas N.V	Latin American Agriculture Development Corporation
MFI	Mikrofinanzinstitute
MFB	Ministère des Finances et du Budget
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NRO	Nichtregierungsorganisation

ODA	Official Development Assistance
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PMIC	Pakistan Microfinance Investment Company Ltd
SAP	Strukturanpassungsprogramme
SDG	Sustainable Development Goals
TZ	Technische Zusammenarbeit
UN	United Nations
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung
US	United States
USA	United States of America
WTO	Welthandelsorganisation

Teil I Wissenschaftstheoretische und Methodische Grundlagen

1. Einführung

Die Internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist seit ihrer Institutionalisierung in der Nachkriegszeit von strategischen Anpassungen und Neuausrichtungen geprägt. In den bisherigen Entwicklungsdekaden wurden verschiedenen Programme mit unterschiedlichen Zielsetzungen ausgelegt. Waren die ersten Entwicklungsdekaden noch an Wirtschaftswachstum und Arbeitsbeschäftigung orientiert, erweiterte sich über die Jahrzehnte der Fokus von Entwicklungszusammenarbeit. Die aktuellen Diskurs bestimmenden Sustainable Development Goals (SDGs), der United Nations (UN) umfassen 17 Ziele und 169 Unterziele, welche nicht nur wirtschaftliche Aspekte mit einbeziehen, sondern durch den Einbezug sozialer Ziele eine nachhaltige Entwicklung in ihrer Gesamtheit fördern sollen. Die Art und Weise der Umsetzung der SDGs ist jedoch von der Vorherrschaft einer neoliberalen Ideologie innerhalb der Entwicklungsinstitutionen bestimmt (Koehler, 2015).

In diesem Licht ist auch ein immer prominenter werdendes Phänomen der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu betrachten, welches die Erreichung der SDGs gewährleisten soll. Der deutsche Politökonom Roman Herre behauptet, dass „die Finanzindustrie zu einem zentralen „Entwicklungshelfer“ geworden [ist]“ (Herre, 2020, S. 99). Damit meint Herre, dass der Anteil an zur Verfügung gestellten Geldern für Finanzakteur*innen innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich ansteigt und an Bedeutung gewinnt. Gabor (2021) geht sogar so weit zu sagen, dass sich ein Wandel vom Post-Washington-Consensus hin zum Wall-Street-Consensus beobachten lässt. Damit ist ein Paradigmenwechsel innerhalb der EZA gemeint, welcher eine Umstrukturierung der EZA hin zu einer Partnerschaft zwischen den staatlichen und supranationalen Institutionen der EZA mit der globalen Finanzwelt beschreibt (Gabor, 2021). Kurz: Die Internationale Entwicklungszusammenarbeit sei von einer zunehmenden Finanzialisierung geprägt. Die Folgen der Ausweitung des Finanzmarktes auf die Entwicklungszusammenarbeit und die zunehmende Macht der Finanzindustrie in der EZA werden jedoch kaum kritisch hinterfragt oder schlicht ignoriert. Aber was bedeutet es für die EZA, wenn finanzielle Motive wie Renditeerwartungen in den Vordergrund rücken? Wer profitiert von dieser Entwicklung? Und wem schadet sie?

Die Klärung dieser Fragen gestaltet sich in dem komplizierten institutionellen Netz aus internationalen Organisationen als äußerst schwierig. Hilfreich ist es daher den Untersuchungsgegenstand einzuschränken.

In Berücksichtigung dessen fokussiert sich die Forschungsarbeit auf eine spezifische Akteurin der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Als zentrale Akteurin der deutschen aber auch der internationalen EZA kann die Arbeit der KfW auch als Abbild der globalen EZA verstanden werden. Aus dieser Perspektive heraus soll die Möglichkeit geschaffen werden mit Hilfe der konkreten Arbeit der KfW Rückschlüsse auf die globalen Trends in der EZA zu ziehen und das Phänomen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu beschreiben und zu analysieren.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau als Durchführungsorganisation der deutschen EZA ist eine der größten Entwicklungsbanken der Welt. Bisher beschränkt sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der KfW meist auf eigene Publikationen der Bank oder, um rein analytische, historische Publikationen (Nagel, 2020; Volberding, 2021). Eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit der KfW lässt sich kaum finden. Diese Forschungslücke soll hier geschlossen werden. Denn eine kritische Auseinandersetzung mit dem Finanzialisierungsaspekt der deutschen EZA birgt das Potential diesen Bereich der deutschen Entwicklungsarbeit unter einer bisher zu wenig beachteten politökonomischen Perspektive zu analysieren, da nur eine kritische Auseinandersetzung mit der konkret durchgeführten EZA zu einer positiven Veränderung beitragen kann.

Mein Beitrag zielt darauf ab mit einer breit angelegten Literaturrecherche verschiedene kritische Perspektiven auf die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit auf globaler Ebene zu beschreiben und die dahinterliegenden Mechanismen und Strukturen aufzudecken. Anschließend soll eine Fallstudie über die Finanzialisierung der EZA innerhalb der Arbeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau detaillierte Einblicke in das Phänomen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit geben. Die Forschungsarbeit zielt darauf ab die Beziehungen zwischen staatlichen und privaten Akteur*innen zu beschreiben und die implizierte neoliberale Ideologie dahinter aufzudecken. Mit diesem Ziel vor Augen ergeben sich die folgenden Forschungsfragen:

1. Wie lässt sich die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit aus einer kritisch politökonomischen Perspektive betrachten?
2. Welche Rolle spielt die KfW in der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit?

Aufgeteilt ist die Forschungsarbeit in drei Teile. Im ersten Teil wird der Kritische Realismus als der Arbeit zugrundeliegender Forschungszugang vorgestellt. In diesem Teil werden die ontologischen, epistemologischen und methodologischen Grundannahmen der Arbeit diskutiert und die daraus resultierenden Implikationen für diese Forschungsarbeit herausgearbeitet.

Der zweite Teil liefert anhand einer Literaturrecherche den theoretischen Überbau zur Erklärung des Phänomens der Finanzialisierung der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Aus einer kritisch politökonomischen Perspektive werden Theorien und Argumente der Dependenz- und Regulationstheorie, sowie des (Neo-) Gramscianismus zusammengeführt, um ein möglichst detailliertes Erklärungsmuster zu präsentieren. Im abschließenden dritten Teil erfolgt die Übertragung der herausgearbeiteten theoretischen Annahmen auf die Arbeit der KfW. Hier erfolgt eine detaillierte Analyse der Arbeit der KfW in Bezug auf die Finanzialisierung der EZA, um zu überprüfen, ob die vorher herausgearbeiteten theoretischen Mechanismen auf das konkret vorliegende empirische Phänomen übertragbar sind.

2. Wissenschaftstheorie und methodisches Vorgehen

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“ (Wittgenstein, 2022, S. 67). In dem wohl bekanntesten Zitat des Philosophen Ludwig Wittgensteins aus dem ‘Tractatus Logico-Philosophicus’, charakterisiert er die Doppelwirkung von Sprache als Abbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit auf der einen Seite und als Mittel der Rekonstruktion dieser Wirklichkeit auf der anderen (Jonas, 2011). Aufbauend auf dieser Interpretation Wittgensteins soll die Bedeutung der Wissenschaftstheorie für diese Arbeit verdeutlicht werden. Bezieht man Wittgensteins Aussage auf die Wissenschaft und Sozialforschung kann man sagen: Die Grenzen meiner Wissenschaftstheorie sind die Grenzen meiner Forschung. Zum Ausdruck kommen soll die Relevanz sich mit Wissenschaftstheorie und den wissenschaftstheoretischen Grundlagen auseinanderzusetzen, da diese einen bestimmenden Einfluss auf die Forschung und deren resultierenden Erkenntnisse hat. Daher dient das folgende Kapitel dazu die dieser Arbeit zugrundeliegende Wissenschaftstheorie des Critical Realism / kritischen Realismus darzulegen und die Konsequenzen der ihr enthaltenden Annahmen auf das methodische Vorgehen zu erläutern.

2.1 Der Critical Realism – eine Skizze

Der Critical Realism stellt eine umfassende wissenschaftstheoretische Perspektive dar, die sich grundlegend von dem, im wissenschaftlichen Diskurs, dominierenden Wissenschaftsverständnis, dem Positivismus unterscheidet. Daher soll eine Einführung in die Entstehung des Critical Realism und dessen Abgrenzung zum Positivismus einen ersten Überblick über dessen theoretischen Annahmen ermöglichen.

2.1.1 Historische Genese des Critical Realism

Seit jeher gibt es Sozialforscher*innen, welche eine an den Critical Realism angelehnte Forschung betrieben haben und ihre Erkenntnisse auf diesem Konzept aufbauten. Die Anwendung des CR muss jedoch nicht zwangsweise bewusst erfolgen. Man kann etwa argumentieren, dass die Überlegungen von Karl Marx zur Politischen Ökonomie, welche bereits im 20. Jahrhundert erschienen, eine Kritisch Realistische Forschungsperspektive einnahmen (Buch-Hansen, 2020, S. 70–72; Jessop, 2001, S. 23ff.). Obwohl erst in den 1970er, durch den britisch-indischen Philosophen Roy Bhaskar, das intuitive Wissenschaftsverständnis einiger Forschenden, wie Karl Marx, theoretisiert und in die Theorie des Critical Realism eingebettet wurde. In den Hauptwerken Bhaskars ‘A Realist Theory of Science’ von 1975 und ‘The Possibility of Naturalism’ von 1979, konzeptualisiert er die Wissenschaftstheorie des Critical Realism und entwickelt deren Grundlagen (Bhaskar, 2008, 2014). Weitere Wissenschaftler*innen wie der britische Soziologe Andrew Sayer, die britische Soziologin Margaret Archer oder der britische Philosoph und Ökonom Tony Lawson brachten in den 1980er und 1990er ihre eigenen Ideen und Überlegungen in den Diskurs ein und ergänzten Bhaskars Ideen, indem sie kritisch realistische Konzepte und Ansätze auf die Sozialwissenschaft, Soziologie und Ökonomik übertrugen (Buch-Hansen, 2020, S. 3). So entwickelte sich aus dem Diskurs und den theoretischen Überlegungen zu einer neuen Wissenschaftstheorie ein immer populärer werdender Wissenschaftszugang, welcher auch in dieser Arbeit Einzug findet.

2.1.2 Abgrenzung des Critical Realism zum Positivismus

Zentral für den Critical Realism und für diese Forschungsarbeit ist die klare Abgrenzung zu den dominierenden Wissenschaftsverständnissen des Positivismus und Sozialkonstruktivismus. Denn erst aus einer Kritik der Mainstream Wissenschaftsphilosophien ergab sich für Bhaskar die Notwendigkeit für die Entwicklung eines neuen Wissenschaftsverständnisses. Insbesondere dem Positivismus und seinen Varianten wird heute noch eine Eindimensionalität in ihrer

Methodenwahl, eine problematische Fakten/Werte-Dichotomie und eine unterkomplexe Reduktion der Welt auf beobachtbare Ereignisse vorgeworfen (Lindner et al., 2015, S. 18 & 36). Dementsprechend werden die Grundannahmen des Critical Realism auch in Bezug zu diesen Forschungszugängen gesetzt. Da die Mainstream-Ökonomie weitestgehend auf einem neoklassischen Verständnis beruht und daher dem Positivismus in seinem radikalen Ausdruck zugeordnet werden kann gilt es im Sinne der Forschungsarbeit vor allem die Abgrenzung des Critical Realism zum Positivismus herauszuarbeiten (Buch-Hansen, 2020, S. 24).

Die dänischen Politökonominnen Buch-Hansen und Nielsen haben in ihrem Buch 'Critical Realism Basics and Beyond' die Annahmen der beiden Perspektiven zusammenfassend gegenübergestellt (Buch-Hansen, 2020, S. 16–17). Dem Positivismus in seiner Idealform wird zugeschrieben, dass er nach der Identifikation von kausalen Zusammenhängen und Gesetzen strebe und diese Gesetze auf Grund einer konstanten und stabilen sozialen Realität für die Gegenwart und Zukunft allgemeine Gültigkeit besitzen sollen. Als weiteres Ziel setzt sich die positivistische Forschung aus den kausalen Gesetzen auch Vorhersagen über Ereignisse zu treffen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus dieser Forschung summieren sich dabei durch die Prüfung von Hypothesen aus denen kausale Gesetze abgeleitet werden. Die Forschung selbst soll sowohl für die Natur- als auch die Sozialwissenschaft dieselbe sein und sich strikt an die gleichen methodischen Kriterien halten. Zuletzt fordere der Positivismus eine Neutralitätsgebot für die Forschenden und deren Forschung, da diese objektive Erkenntnisse liefern soll.

Der Critical Realism widerspricht all diesen Annahmen, was einen grundsätzlichen Bruch mit der Wissenschaftstheorie des Positivismus bedeutet. Im Gegensatz zu diesem sieht der Critical Realism durchaus Gemeinsamkeiten aber vor allem auch Unterschiede zwischen den Naturwissenschaften und den Sozialwissenschaften. Bezogen auf die Sozialwissenschaften wird die soziale Welt als ein System verstanden, in welchem es keine unveränderlichen Muster gibt, sondern sich Entitäten in gegenseitiger Interaktion verändern können. Folglich entstehen über die Zeit zwar Regelmäßigkeiten, diese unterscheiden sich jedoch oft von einer Umgebung zur nächsten. Aus dieser Veränderbarkeit der sozialen Welt resultiert eine Fehlbarkeit von Wissen, da keine unanfechtbaren Grundannahmen getroffen werden können. Dementsprechend sollen Forschende Phänomene beschreiben, anstatt sie vorherzusagen. Das Wissen aus dem Forschungsprozess summiert sich nicht nur, sondern kann sich auch verändern. Zuletzt widerspricht der Critical Realism dem Neutralitätsgebot des Positivismus und fordert mit Hilfe von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Gesellschaftskritik und einem progressiven gesellschaftlichen Wandel beizutragen (Buch-Hansen, 2020, S. 16–17).

Im Rückbezug zur einleitenden These: „Die Grenzen meiner Wissenschaftstheorie sind die Grenzen meiner Forschung“ konnten ebensolche Grenzen der Forschung anhand der Beispiele des Positivismus und Critical Realism verdeutlicht werden (Wittgenstein, 2022, S. 67). Aus der Sichtweise des Critical Realism selbst basieren sozialwissenschaftliche Ansätze „immer auf Vorannahmen hinsichtlich der Beschaffenheit ihres Gegenstandes (Ontologie), der Möglichkeitsbedingungen und Prozeduren seiner Erschließung (Epistemologie/Methodologie) sowie der wertenden Beziehung zu ihm (Ethik)“ (Lindner et al., 2015, S. 8). Während der Positivismus Grenzen im methodischen Vorgehen zieht oder eine Wertneutralität fordert ist der Critical Realism hier viel offener und ermöglicht eine ganz andere Sozialforschung. Darüber hinaus trifft der Kritische Realismus auch grundlegend andere ontologische und epistemologischen Annahmen, welche das Grundverständnis von Wissenschaft bestimmen und infolgedessen auch die Grenzen von der Sozialforschung und im speziellen dieser Forschungsarbeit festlegen.

2.2 Ontologie, Epistemologie und Methodologie des Critical Realism

Mit der Abgrenzung des Critical Realism zum Positivismus sollte eine erste Skizze des CR präsentiert werden. Die Forschungsarbeit hat jedoch das Ziel ein tieferes Verständnis über diese Wissenschaftstheorie zu vermitteln, um so das Forschungsvorgehen und den Erkenntnisprozess nachvollziehbar und konsistent darzustellen und Argumente für die konkrete Art und Weise des Forschungsprozesses zu liefern. Dementsprechend werden auch die Argumente hinter den vorgestellten Vorannahmen des Kritischen Realismus diskutiert. Die wissenschaftsphilosophischen Vorannahmen des Critical Realism beziehen sich auf alle Ebenen einer Wissenschaftstheorie. Der sozialontologischen Ebene der epistemologischen oder methodologischen Ebene und der ethischen Ebene aus welchen Kriterien und Heuristiken für die empirische Forschung selbst sowie für die allgemeine Konstruktion von Gesellschaftstheorien gewonnen werden (Lindner et al., 2015, S. 8). Diesem Dreiklang aus Ontologie, Epistemologie und dem konkreten Forschen im Kritischen Realismus und die damit verbundene Forschungsethik widmet sich der folgende Abschnitt.

2.2.1 Ontologische Annahmen des Critical Realism

Wie es im Namen des Kritischen Realismus zum Ausdruck kommt, ist sie eine realistische Wissenschaftsphilosophie, welche im Allgemeinen von einer eigenständig existierenden (sozialen) Realität ausgeht die unabhängig von unserer Wahrnehmung und unserem Bewusstsein besteht (Buch-Hansen, 2020, S. 13). In seinen ontologischen Annahmen unterscheidet sich der

Kritische Realismus jedoch in seinem Verständnis dieser Realität von anderen realistischen philosophischen Perspektiven. So beschreibt Bhaskar eine Realität, welche strukturiert und stratifiziert ist (Pühretmayer, 2014, S. 219). Im Hinblick auf die Struktur der Realität existieren, laut Bhaskar, drei sich überschneidende aber in ihren Inhalten unterschiedliche ontologische Domänen der Realität, „I will argue that what I will call the domains of the real, the actual and the empirical are distinct“ (Bhaskar, 2008, S. 13). Die verschiedenen Domänen der Realität sollen im Folgenden mit dem Bereich/Domäne des Wirklichen, des Tatsächlichen und des Empirischen übersetzt werden, welche in Abbildung 1 dargestellt werden.

	Bereich des Wirklichen	Bereich des Tatsächlichen	Bereich des Empirischen
Mechanismen	✓		
Ereignisse	✓	✓	
Erfahrungen	✓	✓	✓

Abbildung 1: Darstellung der Domänen der Realität, Quelle: (Lindner et al., 2015, S. 14–15)

Wie die Abbildung verdeutlicht, umfassen die einzelnen Bereiche der Realität unterschiedliche Dinge. Der Bereich des Empirischen besteht aus Erfahrungen und Beobachtungen also aus dem was wir direkt oder indirekt erfahren, während der Bereich des Tatsächlichen zusätzlich Ereignisse und Phänomene umfasst, die unabhängig von uns passieren (Danermark et al., 2019, S. 24). In dieser Unterscheidung von Realität können die Ereignisse und Phänomene im Bereich des Tatsächlichen zwar beobachtet oder erfahren werden, dies muss aber nicht zwangsläufig der Fall sein. Die Bereiche des Empirischen und Tatsächlichen finden auch Eingang in andere Wissenschaftsperspektiven wie dem Empirischen Realismus. Die entscheidende Erweiterung des Verständnisses über Realität erfolgt in Bhaskars Konzeptualisierung des Bereich des Wirklichen, der auch als ‘deep domain’ bezeichnet wird. Neben den Erfahrungen/Beobachtungen und Ereignissen/Phänomenen der anderen beiden Domänen besteht der Bereich des Wirklichen aus Strukturen und Mechanismen, die nicht direkt beobachtbar sind, aber unter bestimmten Umständen die Ereignisse und Phänomene im Bereich des Tatsächlichen verursachen können oder diese produzieren (Buch-Hansen, 2020, S. 29–30; Danermark et al., 2019, S. 24). Demnach stellt der Critical Realism eine These der strukturierten Realität auf, laut derer Strukturen real und keine bloßen Abstraktionen sind. Strukturen werden im Kontext der CR als Konstellation von gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden, welche historisch und sozialräumlich spezifisch sind (Pühretmayer, 2014, S. 220).

Neben der Struktur nehmen Mechanismen eine wichtige Rolle in der ‘deep domain’ ein. Ein einzelner (generativer) Mechanismus hat aus kritisch realistischer Perspektive grundsätzlich die

Fähigkeit ein Ereignis oder Phänomen zu verursachen. Von diesen Mechanismen existieren jedoch Unmengen in der ‘deep domain’, daher ist der Eintritt von einem Ereignis oder Phänomen auch von anderen Mechanismen abhängig, welche den ursprünglichen Mechanismus blockieren, verursachen oder verändern können. Jedoch ereignen sich Phänomen nicht spontan oder willkürlich, sondern sind multikausal bedingt (Buch-Hansen, 2020, S. 32–33). Hinter einem Mechanismus stehe die ‘kausale Kraft’ diesen überhaupt auszulösen. Mechanismen werden in diesem Kontext nicht selbstständig tätig, sondern werden von individuellen oder kollektiven Akteur*innen ausgelöst (Danermark et al., 2019, S. 47ff.). Die kausalen Kräfte dahinter sind wiederum von der spezifischen existierenden Struktur abhängig (Pühretmayer, 2014, S. 225). Dieses System aus einer Vielzahl von Strukturen und Mechanismen, welche kausale Kräfte besitzen, wird als ‘offenes System’ bezeichnet (Buch-Hansen, 2020, S. 41). In der Logik des Critical Realism entspricht die soziale Realität einem offenen System.

Aus dieser Konzeptualisierung von Realität und dessen Wirken leitet sich auch das Ziel der (sozial-) wissenschaftlichen Forschung im kritisch realistischen Verständnis ab. Dieses besteht laut Buch-Hansen und Nielsen (2020) darin durch Beobachtungen oder durch andere Mittel Wissen über Objekte in der Tatsächlichen und Wirklichen Domäne zu produzieren (Buch-Hansen, 2020, S. 30). Danermark et. al (2019) spezifizieren diese Aussagen. Demnach zielt wissenschaftliches Arbeiten darauf ab, die Beziehungen bzw. Nicht-Beziehungen zwischen dem, was wir erleben, was tatsächlich geschieht, und den zugrunde liegenden Mechanismen, welche die Ereignisse in der Welt hervorbringen, zu untersuchen und zu ermitteln (Danermark et al., 2019, S. 25).

In dem komplexen Verständnis von sich überlappenden Domänen der Realität und Strukturen und Mechanismen, welche Einfluss auf die Domänen nehmen, kann der Eindruck einer gewissen Willkür unter diesen entstehen. Das führt uns zu einem weiteren wichtigen Punkt des ontologischen Realitätsverständnisses des Kritischen Realismus, der Stratifizierung von Realität. Realität ist aus dieser Perspektive heraus hierarchisch aufgebaut. Höhere Schichten der Realität setzen demnach die Existenz von niedrigeren und weniger komplexe Schichten voraus. Diese Schichtung der Wirklichkeit gilt als prinzipiell unbegrenzt wird aber meistens auf vier Schichten beschränkt. Ganz oben steht die Soziale Realität, welche auf der biologischen Schicht beruht, welche wiederum auf der chemischen Ebene basiert, die schließlich auf der physikalischen Ebene aufbaut. Diese Stratifizierung lässt jedoch keine Reduzierung von Mechanismen in einer höheren Schicht auf Mechanismen einer niedrigeren Schicht zu. Kultur lasse sich demnach nicht durch physikalische Gesetze erklären. Vielmehr haben Mechanismen unterer Schichten

zum Aufbau höherer Schichten geführt, die nun unabhängig von diesen agieren (Buch-Hansen, 2020, S. 36–37).

Zusammenfassend lässt sich aus den ontologischen Annahmen des Kritischen Realismus ableiten, dass es eine unabhängig von unseren Beobachtungen existierende Realität gibt. Erlebnisse, Erfahrungen und Ereignisse werden dabei von verschiedenen Mechanismen und Strukturen in der nicht beobachtbaren Domäne des Wirklichen ausgelöst. Diese zu identifizieren ist Aufgabe der Wissenschaft und dieser Forschungsarbeit.

2.2.2 Epistemologische Annahmen des Critical Realism

Ähnlich wie Wittgenstein der Sprache einen Doppelcharakter zuschreibt nimmt der Kritische Realismus für das ‘Wissen’ einen Doppelcharakter an. Dieser Doppelcharakter drückt sich in der transitiven und intransitiven Dimension von Wissen und Wissenschaft aus. Die transitive Dimension umfasst unser Wissen über die Welt zu einem bestimmten Zeitpunkt. In der transitiven Dimension sind unsere Theorien, Modelle, Methoden, Paradigmen etc. von der Welt eingebettet und bilden somit die Grundbausteine unserer Wissenschaft (Bhaskar, 2008, S. 21ff.). In diesem Verständnis wird Wissenschaft als historisch-sozialer Konstruktionsprozess verstanden, der durch externe soziale Strukturen bedingt wird (Lindner et al., 2015, S. 34). Wissenschaft als menschliche Aktivität eröffnet wiederum den Raum für Veränderung und Transformation unseres bisherigen Wissens. Unser Wissen ist dementsprechend nicht absolut oder vollständig, sondern fehlbar (Buch-Hansen, 2020, S. 40). Der Teil der Realität, welcher unabhängig von unserem Wissen über sie existiert, wird im Critical Realism als die intransitive Dimension von Wissen bezeichnet. Die intransitive Dimension von Wissen korrespondiert mit der unabhängig existierenden Realität, dessen Eigenschaften in den sozial-ontologischen Prämissen des Critical Realism Ausdruck finden. Sie besitzt also eine ‘deep domain’, ist stratifiziert und offen (Buch-Hansen, 2020, S. 41). Beide Dimensionen sind im Kritischen Realismus nicht aufeinander reduzierbar (Buch-Hansen, 2020, S. 28–29). Das heißt die Realität hat eine objektive Existenz, aber unser Wissen über sie ist begrifflich vermittelt. Tatsachen sind in dieser Logik theorieabhängig, aber nicht theoriebestimmt. Alles Wissen ist somit fehlbar und anpassungsfähig (Danermark et al., 2019, S. 19). Diese Perspektive auf Wissenschaft findet ihren Ausdruck im Term des epistemologischen Konstruktivismus.

Neben dem ausführlich diskutierten ontologischen Realismus und dem hier erläuterten epistemologischen Konstruktivismus nimmt zuletzt die Begründungsrationalität eine entscheidende Rolle im Critical Realism ein (Buch-Hansen, 2020, S. 38ff.). Laut dieser gibt es für Forschende

rationale Gründe zwischen konkurrierenden Aussagen und Theorien über die Welt zu wählen. Denn nicht alle sind gleichermaßen gerechtfertigt oder plausibel (Buch-Hansen, 2020, S. 40). Die Wahl von Theorien ist demnach immer an den Untersuchungsgegenstand anzupassen und zu begründen. Die Begründungsrationalität beinhaltet auch, dass wir immer aus einer bestimmten Perspektive schreiben, aus dieser Perspektive jedoch austreten können und uns über diese verständigen können (Lindner et al., 2015, S. 35).

Zusammenfassend schafft es der Critical Realism mit dem ontologischen Realismus, dem epistemologischen Konstruktivismus und der Begründungsrationalität drei Perspektiven miteinander zu verbinden, welche oftmals als unvereinbar gelten (Lindner et al., 2015, S. 34). Mit Hilfe der ontologischen, epistemologischen und methodologischen Prämissen, welche den Critical Realism ausmachen, trägt der CR dazu bei den Forschenden selbst und dessen Forschungsprozess reflexiver zu machen und so die Sozialwissenschaften im Allgemeinen reflektierter zu gestalten (Lindner et al., 2015, S. 9).

2.3 Forschen im Critical Realism

Die ausführliche Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen des Kritischen Realismus sind notwendig, um den Forschungsprozess und dessen Ergebnisse transparent und nachvollziehbar zu machen. Denn die ontologischen und epistemologischen Prämissen einer jeden Wissenschaftstheorie bedingen die Art und Weise der Forschung. Auch die Grundannahmen des Critical Realism haben entscheidende Implikationen für das methodische und ethische Vorgehen in der Sozialwissenschaft.

2.3.1 Methodologie des Critical Realism

Die Methodologie verstanden als Verfahren und Leitlinie des Prozesses der Wissensproduktion speist sich im Kritischen Realismus aus dessen ontologischen und epistemologischen Annahmen (Jäger, 2016, S. 101). Ausgehend von einem Verständnis einer komplexen Realität, die aus einer nicht direkt wahrnehmbaren Vielzahl von Strukturen, Mechanismen und offenen Systemen besteht, ergibt sich konsequenterweise eine Forschungspraxis, die auf einer Transdisziplinarität basiert. Denn eine solche Realität hält sich nicht an disziplinäre Grenzen (Buch-Hansen, 2020, S. 66). Eine Konzeption der sozialen Realität als offenes System und der damit verbundene Anspruch an Transdisziplinarität mündet konsequenterweise in einem Methodenpluralismus, denn spezifische Untersuchungsgegenstände erfordern spezifische Methoden oder

spezifische Methodenmixe (Lindner et al., 2015, S. 36ff.). Auch hier gilt der Grundsatz der Begründungsrationalität. Die Auswahl quantitativer oder qualitativer Methoden solle nicht an einer bestimmten Vorstellung einer guten Forschungspraxis orientiert sein, sondern ausschließlich in Bezug auf die Nützlichkeit zur Untersuchung des Forschungsgegenstandes ausgewählt werden. Die Wahl der Methodik hängt dementsprechend von der Art des Studienobjekts und dem, was man darüber lernen möchte ab (Sayer, 1999).

Mit Hilfe der Anwendung dieser Methoden sollen nicht wie etwa im Positivismus allgemeine Gesetze gefunden werden, sondern Kausalitäten und Funktionsweisen eines Phänomens in der ‘deep domain’ aufgedeckt werden. Empirische Regelmäßigkeiten sind in dieser Logik vielmehr ein Hinweis auf die Existenz sozialer Mechanismen anstatt eine Begründung allgemeiner sozialer Gesetzmäßigkeiten (Lindner et al., 2015, S. 42ff.).

Die Auswahl der Methoden selbst erklärt jedoch nicht wie wir zu Erkenntnissen über die ‘deep domain’ gelangen. Im Sinne des Critical Realism geschieht dies durch ‘Retroduktion / retroduction’ und ‘Abstraktion / abstraction’. Retroduktion beschreibt eine Form der wissenschaftlichen Schlussfolgerung, welche der Frage nachgeht, wie die Welt beschaffen sein muss, sodass ein bestimmtes Phänomen auftritt. Dabei wird also die konkrete Beobachtung oder ein konkretes Phänomen als Ausgangspunkt zur Erklärung der dahinterliegenden Strukturen und Mechanismen betrachtet (Buch-Hansen, 2020, S. 68ff.).

Da wir keinen ‘direkten Zugriff’ zu allen Ebenen der Realität haben müssen wissenschaftliche Erklärungen mit Hilfe von theoretischen Konzepten, Abstraktionen oder Perspektiven argumentiert werden (Jäger, 2016, S. 108). Der Weg von einer konkreten empirischen Beobachtung oder eines konkreten Phänomens zu einer theorievermittelten Erklärung und Identifizierung eines Mechanismus oder Struktur erfolgt dabei über die Methode der Abstraktion. Abstraktion ermöglicht somit eine dialektische Auseinandersetzung zwischen dem Abstrakten und dem Konkreten (Wigger & Horn, 2016, S. 47). In kritisch realistischen Forschungen erfolgt meist ein stetiger Wechsel zwischen dem Konkreten und dem Abstrakten. Zur Erklärung eines konkreten Phänomens benötigt es Abstraktionen auf verschiedenen Ebenen, um konkrete Prozesse und Ereignisse zu erklären. Die verschiedenen Abstraktionen werden im Forschungsprozess angepasst und modifiziert, um die konkreten Phänomene möglichst genau erklären zu können (Jäger, 2016, S. 109).

Demzufolge beginnt ein kritisch realistischer Forschungsprozess bei einem konkreten Phänomen, welches mit Hilfe von Theorien analysiert wird, um so Schlussfolgerungen über die dahinterliegenden Strukturen und Mechanismen in der ‘deep domain’ zu gewinnen. Die Methoden, die in diesem Prozess genutzt werden, um die benötigten Daten zu gewinnen und den

Untersuchungsgegenstand adäquat zu erklären sollen immer anhand ihrer Nützlichkeit gewählt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden anschließend reevaluiert, um Änderungen oder Modifikationen an den bestehenden Theorien zu leisten.

2.3.2 Ethik im Critical Realism

Der Kritische Realismus ist in seinem Selbstverständnis und im Sinne von Karl Marx, Theodor W. Adorno und Louis Althusser auch eine kritische Wissenschaft (Pühretmayer, 2014, S. 226). Konkret geht es dem Kritischen Realismus darum, die Dichotomie zwischen Fakten und Werten zu entkräften. Sozialwissenschaftliche Forschungsgegenstände seien grundsätzlich normativ geprägt, daraus schlussfolgernd sind Werturteile erforderlich, um diese überhaupt adäquat beschreiben zu können (Lindner et al., 2015, S. 47ff.). Kritische Realist*innen betrachten es daher im Allgemeinen als eine zentrale Aufgabe der Sozialwissenschaften, auf der Grundlage von Wissen Gesellschaftskritik zu üben, um eine bessere Gesellschaft zu schaffen (Buch-Hansen, 2020, S. 79). Zudem kommt die Wissenschaft wie es Sayer beschreibt gar nicht ohne gewisse ethische Richtlinien aus: „without ethical principles such as those concerning honesty of reporting and refusal of illogical argument, science could not exist“ (Sayer, 2002, S. 17).

Die detaillierte Auseinandersetzung mit dem Critical Realism soll nicht primär als Einführung in eine heterodoxe Wissenschaft dienen oder als Selbstzweck verstanden werden, sondern als eine ausführliche theoretische Argumentation des wissenschaftlichen Vorgehens dieser Forschungsarbeit dienen, um so den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess möglichst transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

2.4 Methodisches Vorgehen

Wie im Kapitel zum Forschen im Kritischen Realismus betont wurde, ist der kritisch realistische Forschungsprozess ein organischer und zirkulär interpretierter. Im Forschungsverlauf gewonnene Erkenntnisse können genutzt werden, um präzisere Erklärungsmodelle zu entwickeln oder bisherige Schlussfolgerungen anzupassen. Um diesen wichtigen Aspekt der Forschung gerecht zu werden und den Lesenden den eigentlichen Forschungsprozess, im Bezug zum Kritischen Realismus, genauer darzulegen soll hier nicht nur das methodische Vorgehen erläutert und dieses begründet werden, sondern auch der dahinterliegende Forschungsprozess retropektivisch erläutert werden.

Besonders das Phänomen der Finanzialisierung als Teil einer ökonomischen Dynamik enthält wichtige ontologische und epistemologische Implikationen, die entscheidend für die Methodenwahl sind. Die Ökonomie selbst wird im kritisch realistischen Sinne charakterisiert als: „an aspect of social reality that exhibits emergence and is characteristically a dynamic open system of a historical-process form in which change is cumulative through social interaction” (Morgan, 2016, S. 26). Das Finanzsystem und Finanzialisierung als konkretes Phänomen sind Teil dieses offenen Systems und besitzt eine eigene komplexe Struktur mit verschiedenen wechselseitigen Beziehungen. Die finanziellen Wechselbeziehungen sind wiederum äußerst vielschichtig und durch generative Mechanismen geprägt. Institutionelle Netzwerke, wie sie vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit rund um die KfW existieren spielen eine entscheidende Rolle in der Erklärung der Ursachen, Zusammenhänge und Folgen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit (Munoz, 2016, S. 388ff.).

Um einem kritisch realistischen Forschungszugang gerecht zu werden gilt es daher die zugrundeliegenden Mechanismen des Phänomens der Finanzialisierung und der damit verbundenen Strukturen und Netzwerke zu finden. Diese sind im Zusammenspiel mit den dazugehörigen wirtschaftlichen Ereignissen, welche die zentralen dahinterliegenden Mechanismen darstellen, und weiteren soziologischen und politischen Aspekten zu analysieren, besonders im Hinblick auf eine globalisierte Wirtschaftsordnung (Munoz, 2016, S. 390). Die Berücksichtigung der ontologischen, epistemologischen und methodologischen Aspekte des Critical Realism und der Charakterisierung von Finanzialisierung als Teil eines historisch gewachsenen, dynamischen, offenen Systems führte zur Auswahl der folgenden Methoden. Im Fokus stehen zwei Hauptbestandteile innerhalb des Forschungsprozesses. Zum einen wird eine intensive Literaturrecherche zum Thema Finanzialisierung und im speziellen der Finanzialisierung in der EZA durchgeführt, welche den benötigten theoretischen Rahmen für die Erklärungen der zugrundeliegenden Strukturen und Mechanismen in der ‘deep domain’ liefern soll. Da unser Wissen über die Realität begrifflich durch Theorien vermittelt wird, soll dieser Teil dazu beitragen mit Hilfe verschiedener theoretischer Perspektiven ein Bild der Welt zu vermitteln, in welchem das Auftreten von Finanzialisierungsprozessen schlüssig erklärt werden kann. Es soll also die Frage beantwortet werden wie die Welt grundsätzlich beschaffen sein muss, damit das Phänomen der Finanzialisierung auftreten kann. Berücksichtigt werden verschiedene Theorien der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie, wie der historische Materialismus, die Weltsystem-, Dependenz- und Regulationstheorie und neogramscianische Perspektiven. Besonders wichtig ist in diesem Abschnitt der stetige Wechsel zwischen verschiedenen Abstraktionsebenen. Erfolgt zunächst eine Erklärung der kapitalistischen Funktionsweise auf einer hohen Abstraktionsebene

gibt es eine ständige Rückkopplung und Übertragung der Erkenntnisse auf die Ebene des spezifischen Phänomens der Finanzialisierung und der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit.

Die zweite Hauptsäule der Forschungsarbeit bildet eine Case Study oder Fallstudie der KfW Entwicklungsbank, auf welche die diskutierten Theorien und Erklärungsansätze auf die spezifische Formen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit angewandt werden sollen und in der konkreten Arbeit der KfW ihren Ausdruck finden.

Case Studys sind in der kritisch realistischen Forschung eine etablierte und erprobte Forschungsmethode, da in ihr alle epistemologischen Aspekte des CR Eingang finden können. Die Case Study bildet eine qualitative Methode, deren Ergebnisse tiefere Erkenntnisse über ein Phänomen liefert, diese jedoch mit dem Preis einer eingeschränkten Breite bezahlt. Trotz dessen können die gewonnen Erkenntnisse mit Sorgfalt verallgemeinert werden (Munoz, 2016, S. 390). Der Forschungsprozess innerhalb einer Case Study kann wie folgt beschrieben werden: Zunächst wird das zu untersuchende Phänomen identifiziert und beschrieben, um anschließend nach der Ursache des Phänomens zu fragen. Aufbauend auf Theorien und Modellen und mit Hilfe von Abstraktion und Retroduktion wird das untersuchte Phänomen und dessen Ursachen konzeptualisiert. Erst dann folgt der Prozess der Datenerhebung und -auswertung. Die gesammelten Daten werden anschließend interpretiert und zur Erklärung und Identifizierung von aktiven Mechanismen und Strukturen herangezogen. Der gesamte Forschungsprozess ist iterativ ausgelegt und durch eine falls nötig kontinuierliche Neukonzipierung und Erhebung weiterer Daten gekennzeichnet, um die dahinterliegenden generativen Mechanismen möglichst gut zu erklären (Buch-Hansen, 2020, S. 74; Easton, 2010). Diesem Forschungsmodell verschreibt sich auch diese Forschungsarbeit. Die theoretische Ausarbeitung in Bezug auf die Ursachen der Finanzialisierung innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit erfolgt durch die im ersten Teil durchgeführte Literaturrecherche. Die für die Erhebung und Auswertungen verwendeten Daten sind sehr vielfältig, um ein möglichst breites Spektrum an Informationen über das Phänomen der Finanzialisierung der EZA zu sammeln. Die Daten bestehen aus den verfügbaren historischen Analysen von Wissenschaftler*innen und Nichtregierungsorganisationen (NROs) zur Finanzialisierung der EZA innerhalb der KfW, Daten vergangener, aktueller und zukünftiger Projekte der KfW aus der Datenbank des Transparenzportals der KfW, sowie KfW eigene Veröffentlichungen und Publikationen. Zudem wurden Geschäftsberichte von an KfW Projekten beteiligten und von der KfW geförderten Banken analysiert.

In der Analyse der Tätigkeiten der KfW wird besonderer Fokus auf die Teilbereiche der Mikrofinanzierung und des Green Finance gelegt. Die Gründe für die Beschränkung auf diese zwei

Teilaspekte sind einfach erklärt. Mikrofinanzierung ist ein bereits sehr gut erforschtes Feld der Finanzialisierung innerhalb der EZA, da sie schon seit Jahrzehnten als Teil der Entwicklungsstrategie genutzt und als unabdingbar für die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) stilisiert wird (United Nations, o.J.a). Die negativen Folgen der Fokussierung auf die Finanzialisierung der EZA sind jedoch bereits gut dokumentiert. Vor allem die Mikrofinanzierung führt nachweislich zur Überschuldung, Landraub und Menschenrechtsverletzungen, unter denen die lokale Bevölkerung leidet (Pfeifer, 2022). Trotz dessen wird weitestgehend unbeirrt an der Strategie der Finanzialisierung festgehalten und weiter in Mikrofinanzprojekte investiert. Green Finance oder grüne Finanzialisierung wiederum ist ein noch junges aber immer populärer werdendes Tool innerhalb der EZA, welches die Folgen des Klimawandels auf einer entwicklungspolitischen Ebene lösen will und eine entscheidende Erweiterung des Finanzialisierungsprozesses darstellt.

In Kombination der Analyse der beiden Teilbereiche können Erkenntnisse sowohl über die historische Genese der Finanzialisierung der EZA gewonnen werden als auch neue Phänomene in die theoretischen Überlegungen mit einbezogen werden, um so ein umfassendes Bild über die Finanzialisierung der EZA zu gewinnen. Mit Hilfe der wissenschaftlichen Ergebnisse soll eine kritische Perspektive auf die Finanzialisierung der EZA bereitgestellt werden, die den Raum für die Überwindung ausbeuterischer Verhältnisse und alternativer Entwicklungsmodelle öffnet.

2.5 Persönliche Verortung

Eine kritisch realistische Forschung ist geprägt von Interpretationen der Realität und dem transitiven Wissen über diese. Sowohl historische Umstände, gesellschaftliche Normen und Institutionen sowie politische und wirtschaftliche Interessen prägen die Interpretation der Realität (Jäger, 2020, S. 250). Wie ein Forschungsgegenstand oder ein Ergebnis interpretiert wird, ist somit immer Teil einer andauernden Diskussion unter Wissenschaftler*innen und den Forschungszugängen, welche sie repräsentieren. Besonders Subjektivität und Objektivität spielen in diesen Zusammenhang stets eine bedeutende Rolle. Sei es, um der eigenen Forschung Legitimation zu verleihen oder andere Forschungen zu diskreditieren. Auch in der Wissenschaftstheorie spielen die Terme wichtige Rollen. Der Mainstream verleiht sich selbst einen Objektivitätsanspruch, während heterodoxe Forschungsansätze darum bemüht sind Subjektivität zumindest in gewissem Maße in ihrer Forschung zuzulassen. In der Tradition des Critical Realism gilt es den Forschungsprozess möglichst reflexiv zu gestalten und sich infolgedessen keiner illusorischen Objektivität zu unterwerfen, sondern die eigene Subjektivität,

die man als Mensch verinnerlicht, mit in den eigenen Forschungsprozess einfließen zu lassen transparent offenzulegen, anstatt sie zu verneinen. Eine persönliche Verortung soll und kann dafür die Grundlage bilden. Nicht um die Möglichkeit aufzuzeigen, ob die eigene Forschung subjektiv geprägt ist, sondern wie.

Wie im Critical Realism betont wird, möchte auch ich forschen, um zu einer besseren Gesellschaft beizutragen. Die persönliche Verortung kann in diesem Kontext dabei helfen möglicherweise übersehende Positionen und Perspektiven zu entdecken und diese in die Forschung einfließen zu lassen und zum anderen der eigenen Position Wert und Legitimität zu verschaffen. Anfangen möchte ich damit herauszuarbeiten, welche Positionen mir aufgrund meiner Biografie verschlossen sind und auf welche ich besonderes Augenmerk legen sollte diese in meiner Forschung nicht unberücksichtigt zu lassen. Ich war nie Teil einer marginalisierten Gruppe. Ich bin weiß, heterosexuell und als Einzelkind im deutschen Bildungsbürgertum aufgewachsen. Ich bin jung und gesund und mein sozioökonomischer Status war bis auf wenige Ausnahmen immer komfortabel. Das heißt jede Perspektive, die ich auf die Probleme marginalisierter Gruppen habe, entstammen nicht meinen eigenen Erfahrungen, sondern Erfahrungen, die ich mit anderen Personen und Gruppen gemacht habe. Welche sind das? Ich bin in Ostdeutschland auf dem Land groß geworden. Meine Jugend war geprägt von Freunden, Nachbarn und Bekannten, die sozioökonomisch als 'abgehängt' gelten. Ein Gefühl für die Leiden der Arbeiter*innenklasse, besonders im ostdeutschen Raum wurde mir dadurch früh bewusst und prägt mich bis heute. Als Konsequenz aus der humanistisch geprägten Erziehung meiner Eltern war eine Schuldzuweisung der gemeinschaftlichen Probleme nie auf Migrant*innen oder korrupte Politiker*innen gerichtet, sondern stets als systematisch identifiziert. Diese Arbeit gegen systematische Ungerechtigkeit und Ungleichheit ist Leitmotiv meiner Forschung, welche ich als einen Gegenpol gegenüber den dominanten neoliberalen Perspektiven verstehe.

Meine Arbeit, während des Bachelorstudiums, in einem Kulturladen haben mich in Kontakt mit unterschiedlichen Diasporas und Flüchtlingsgruppen gebracht und mich für migrantische Marginalisierungen und Herausforderungen sensibilisiert. Der Kontakt zu den Leuten war immer sehr persönlich und von einem engem Austausch geprägt. Dieser Austausch kann meiner Forschung zwar keine zusätzliche Position verleihen aber für weitere einzubeziehende Aspekte sensibilisieren. Zuletzt hat mein Masterstudium der Internationalen Entwicklung meine persönliche Perspektive um eine theoretische Tiefe erweitert. Meine Forschung ist geprägt von heterodoxen Wissenschafts- und Gesellschaftstheorien, wozu auch mein Forschungszugang zählt.

Aus all diesen Punkten leite ich ab, dass meine Forschung stark geprägt ist systematische Ungleichheiten aufzudecken und zu kritisieren. Wichtig wird es sein sich diesen moralischen Anspruch nicht zu unterwerfen, sondern Argumente zunächst sachlich zu analysieren und auch einer möglicherweise ungewünschten Gegenposition Raum zu geben ihre Argumente zu entfalten und in meine Forschung mit einzubeziehen, falls sie diese bereichern.

TEIL II Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise

3. Einführung in die (Kritische) Internationale Politische Ökonomie

In all ihrer Komplexität sind die Welt und ihre innewohnenden gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Veränderungen und die damit verbundenen Ereignisse und Phänomene nur schwerlich zu begreifen. Eine Vielzahl von Perspektiven und Theorien streiten um die Deutungshoheit wissenschaftlicher Erkenntnisse. Alle Perspektiven und Blickwinkel auf einen Forschungsgegenstand einzubeziehen ist nahezu unmöglich und häufig kontraproduktiv. Gerade deshalb ist es auch Aufgabe des Forschenden im Sinne der Begründungsrationalität, vorab eine Auswahl von Theorien und Perspektiven zu treffen, welche den Forschungsgegenstand in seiner Komplexität möglichst adäquat beschreiben und erklären, ohne an Erklärungskraft zu verlieren.

3.1 Grundlagen der (Kritischen) Internationalen Politischen Ökonomie

Dieser Herangehensweise verschreibt sich die Critical International Political Economy (CIPE) / (Kritische) Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) oder (Kritische) Globale Politische Ökonomie (GPÖ), innerhalb derer sich verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen wie die Wirtschafts-, Geschichts-, Rechts- und Politikwissenschaften, die Soziologie oder auch die Geografie begegnen und gegenseitig bereichern. Im Zentrum steht dabei stets die Analyse des globalisierten Kapitalismus und damit verbundene inter- und transnationale politökonomische Phänomene (Wullweber et al., 2014, S. 2). Die CIPE muss konsequenterweise als transdisziplinäres Forschungsfeld verstanden werden, in welchem nicht nur verschiedene Disziplinen, sondern auch unterschiedliche Theorien Zugang finden. Immer mit dem Ziel Herrschafts- und

Machtverhältnisse und deren Ursprung kritisch zu hinterfragen. Konsequenterweise ordnen sich viele Forschende der CIPE auch dem kritisch-realistischen Forschungszugang zu (Jäger, 2020, S. 250). Innerhalb des transdisziplinären Zugangs der CIPE, ist diese vom Paradigma des historischen Materialismus geprägt, mit dem ausdrücklichen Ziel, die kapitalistische Produktionsweise von einem kritischen Standpunkt aus zu verstehen (Cafruny et al., 2016, S. 2).

Der historische Materialismus soll auch für diese Forschungsarbeit das zentrale Forschungsparadigma darstellen, da dieses wie im Folgenden erklärt wird, eine grundlegende Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse gibt, in der das Phänomen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit überhaupt möglich ist. Der historische Materialismus selbst ist in der Theorie der kritischen Politischen Ökonomie von Karl Marx verwurzelt. Ausgangspunkt der kritischen Politischen Ökonomie ist die Prämisse, dass der Kapitalismus das prägende gesellschaftliche Verhältnis der Moderne darstellt. In diesem Sinne begreift die CIPE, wie im Verlauf der Arbeit detailliert beschrieben wird, den Kapitalismus als ein sich ausdehnendes globales System, welches von hochgradig asymmetrischen Machtverhältnissen zwischen Ländern und Klassen durchzogen ist und sich in seiner globalen Expansion zwar ungleichmäßig ausbreitet, dabei jedoch verschiedene Formen von Abhängigkeitsverhältnissen schafft (Jäger, 2020, S. 247). Als soziales Verhältnis ist auch der Kapitalismus historisch gewachsen und gesellschaftlich umkämpft. Die Veränderungen oder Reproduktion des kapitalistischen Produktionsverhältnisses wird durch Klassenkämpfe und dem unter dem Begriff des ‘gesellschaftlichen Überbaus’ zusammengeführten materiellen und diskursiven Praktiken, wie Staat, Institutionen, Ideologien und Diskursen gestützt oder verändert (Jäger & Springler, 2015, S. 69ff.). In diesem Wissen betrachtet die CIPE wie internationale Strukturen und Prozesse die Wirtschaft und Politik auf lokaler und nationaler Ebene beeinflussen, da durch die Ergebnisse ebendieser vielfältigen wirtschaftlichen Prozesse und politischen Kämpfe erst die spezifischen kapitalistischen Strukturen auf lokaler, internationaler und globaler Ebene entstehen (Jäger, 2020, S. 247–248). Der Kapitalismus als globales gesellschaftliches System kann jedoch nur durch die ihr innewohnenden kapitalistischen Logiken und Mechanismen verstanden werden, welche den Ausgangspunkt vieler Phänomene darstellen und hier skizziert werden sollen.

3.2 Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise

Auf einer abstrakten systemischen Ebene lassen sich für das kapitalistische Produktionsverhältnis grundlegende Merkmale, Dynamiken und Mechanismen feststellen. Grundsätzlich beschreibt Karl Marx Produktion als etwas grundlegend Soziales. Produktion ist in diesem Sinne die Tätigkeit des Menschen, seine natürliche Umwelt durch Arbeit zu transformieren, um sie

zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu verändern. Als sozialer Prozess beinhaltet sie jedoch auch Beziehungen zwischen Menschen, die (sozialen) Produktionsverhältnisse, die den Zugang zu den Produktionsmitteln und die Verwendung des Produkts bestimmen (Brewer, 1990, S. 11). Die Produktionsverhältnisse sind laut Marx das Produkt einer langen historischen Evolution. Jede Epoche bringt eine bestimmte Form der Produktion hervor, in welcher sich Klassen in einem antagonistischen Verhältnis gegenüberstehen. Diese Klassenbeziehung ist das zentrale Merkmal einer bestimmten Produktionsform (Brewer, 1990, S. 12). Im Kapitalismus existieren die bestimmenden Klassenverhältnisse zwischen den Proletarier*innen und den Kapitalist*innen. Ist der Kapitalismus durch die Polarisierung von Reichtum geprägt ermöglicht dies den Kapitalist*innen sich durch Zugang zu Geld, die nötigen Produktivkräfte zu eigen zu machen und den Produktionsprozess zu organisieren. Insbesondere das Eigentum an den Produktionsmitteln schließt die Arbeiter*innen von der Produktion aus außer zu Bedingungen, die für die Eigentümer*innen akzeptabel sind. Das hat zur Folge, dass die Klasse der Arbeiter*innen muss, um zu überleben, ihre Arbeitskraft verkaufen muss, in Form von Lohn Zugriff auf Produkte des kapitalistischen Produktionsprozesses zu erhalten (Brewer, 1990, S. 11ff.)

Daraus resultiert ein ungleiches Machtverhältnis, welches dazu führt, dass die Kapitalist*innen den aus Arbeit generierten unbezahlten Mehrwert abschöpfen können und infolgedessen Profit generieren. Gerade das ungleiche Machtverhältnis führt zur Akzeptanz der Bedingungen, welche die Ausbeutung der Proletarier*innen implizieren (Callinicos, 2016, S. 50ff.).

Die Anhäufung von Kapital durch die Ausbeutung von Arbeiter*innen wird auch als Akkumulationsprozess bezeichnet. Auf Grund des Konkurrenzkampfes im marktförmig organisierten Kapitalismus sind Kapitalist*innen dazu gezwungen ihre Profite zu reinvestieren, um technologische und organisatorische Vorteile zu gewinnen, um schlussendlich weiterhin (höhere) Profite zu machen. Dieses Phänomen wird als Akkumulationszwang oder Akkumulationsimperativ beschrieben. Der Akkumulationszwang ist eine der maßgeblichen Mechanismen der Veränderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, insbesondere im Hinblick auf neue Technologie- und Organisationsformen des Arbeitsprozesses. Der kapitalistische Akkumulationsprozess führt zu einer ständigen Weiterentwicklung und Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise, da durch den Wettbewerb neue Produktionsmethoden gesucht werden, um die Produktivität zu erhöhen und die Produktionskosten zu senken. In diesem Wettbewerb nach höheren Profiten expandiert der Kapitalismus auf der Suche nach neuen Märkten und Arbeitskräften (Brewer, 1990, S. 42ff.).

Gerade dieser strukturelle dem Kapitalismus immanente Akkumulations- und Ausdehnungszwang führt dazu, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse im historischen Zeitverlauf nie

ungestört verlaufen, sondern von Krisen durchzogen werden (Jäger, 2020, S. 254ff.). Sinken beispielsweise Profitquoten oder Profitraten kann nicht mehr genug Kapital investiert werden. Wird andererseits durch Minimierung der Lohnkosten zu viel Kapital erzeugt, kann dies dazu führen, dass dieses nicht gewinnbringend investiert werden kann, dass zu viele Güter produziert werden, die nicht abgesetzt werden können, oder dass diese nicht bezahlbar sind. (Jäger & Springler, 2015, S. 193ff.).

Auf einer hohen Abstraktionsebene ist das kapitalistische Produktionsverhältnis somit prägend für alle gesellschaftlichen Prozesse und Phänomene. Auf einer strukturellen Ebene sind dem Kapitalismus Akkumulationszwänge, Ausbeutungsverhältnisse und Krisen- und Ausdehnungstendenzen eingeschrieben. Diese grundlegenden strukturellen Merkmale sollen als Ausgangspunkt der Analyse konkreter Phänomene etwa der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit dienen.

Von der allgemeinen Betrachtung allgemeiner kapitalistischer Mechanismen hin zur Analyse konkreter Phänomene bedarf es jedoch einen Zwischenschritt.

Als Kernelement des historischen Materialismus ist deutlich hervorzuheben, dass sich konkrete Phänomene und Mechanismen immer in historisch-konkreten Gesellschaftsformationen abspielen. Daher sollte eine Analyse der aktuellen Gesellschaftsformation des Neoliberalismus nicht zu kurz kommen und der Neoliberalismus als spezifische Form kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den Mittelpunkt der Erklärung konkreter Mechanismen gerückt werden. Zu diesem Zwecke ist die Auseinandersetzung mit weiteren spezifischeren kritisch-politökonomischen Theoriesträngen notwendig, welche auf verschiedenen Abstraktionsniveaus Erklärungen für die heutigen neoliberalen Verhältnisse und spezifischen Aspekte aktueller Prozesse liefern (Jäger, 2020, S. 256).

Die Regulations- und Dependenztheorie sowie neogramscianische Ansätze sind hierfür besonders geeignet. Zuerst erfolgt eine theoretische Einführung in die verschiedenen theoretischen Perspektiven, bevor sie konkret auf neoliberale Verhältnisse bezogen werden. Den Startpunkt bildet die Regulationstheorie mit deren Hilfe die Krisentendenz und die Herausbildung von Akkumulationsregimen beschrieben werden, um anschließend das neoliberale Akkumulationsregime zu spezifizieren. Daneben bietet Dependenztheorie einen weiteren Erklärungsansatz, der vor allem die Ausbreitung und Ungleichheiten im globalen kapitalistischen Wirtschaftssystem beschreibt. Gramscianische und neogramscianische Ansätze sollen zuletzt den Prozess der Herstellung und Sicherung von Machtstrukturen innerhalb des globalen Wirtschaftssystems beleuchten.

Die Einführung in die Theoriestränge ermöglicht es zunächst verschiedene Mechanismen einer neoliberalen Produktionsweise zu beleuchten und diese später in Kombination zur Erklärung des konkreten Phänomens der Finanzialisierung der EZA heranzuziehen.

4. Theoretische Perspektiven auf neoliberale Verhältnisse

In einem ersten Schritt konnte mit Hilfe der Kritischen Politischen Ökonomie die abstrakte Funktionsweise des Kapitalismus nachgezeichnet werden. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage dafür die gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse zu verstehen und zu spezifizieren. Darauf aufbauend werden im Folgenden weitere Theorien herangezogen, welche die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse auf einer konkreteren Ebene beschreiben und erklären können. Besonders im Hinblick auf den Neoliberalismus, welcher den gesellschaftlichen Rahmen für das Phänomen der Finanzialisierung insbesondere der Entwicklungszusammenarbeit darstellt.

4.1 Einführung in den Neoliberalismus

Dem Neoliberalismus wird eine so prominente Rolle eingeräumt, da dieser wie im Verlauf der Arbeit argumentiert wird sowohl auf ideologischer als auch politischer und ökonomischer Ebene den Ausgangspunkt für die Erklärung des Phänomens der Finanzialisierung der EZA durch die KfW darstellt. Der Begriff Neoliberalismus stellt besonders in der Wirtschafts- und Politikwissenschaft eine zentrale Bezugsgröße dar. Was mit dem Begriff Neoliberalismus konkret gemeint ist, kann mit einem Blick in die Forschung zu diesem Gegenstand jedoch selten gesagt werden. Je nach Forschungsgegenstand und theoretischem Zugang scheinen unterschiedliche Aspekte mit dem Begriff verbunden zu werden. Zum einen wird bei der Diskussion um den Neoliberalismus von einer Reihe von Wirtschaftsreformen gesprochen, bei der es um die Deregulierung der Wirtschaft, die Liberalisierung von Handel und Industrie sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben geht (Steger, 2010, S. 14). Im erweiterten Sinne wird im Bezug dazu Neoliberalismus auch als eine Form der ‘Gouvernementalität’ definiert. Der vom französischen Philosophen Michel Foucault geprägte Begriff bezeichnete spezifische Formen des Regierens, die auf bestimmten Logiken und Machtbeziehungen beruhen. Die neoliberale ‘Gouvernementalität’ ist demnach eine Form des politischen Handelns, welches den

selbstregulierenden freien Markt und die damit verbundenen Werte des Wettbewerbs und Eigeninteresses, als Modell für eine effektive und effiziente Regierung betrachtet und darüber hinaus die Ermächtigung des Individuums und die Übertragung zentraler staatlicher Macht auf kleinere lokale Entitäten forciert (Steger, 2010, S. 12). Die Aufgabe des Staates liegt dementsprechend darin Eigentumsrechte durchzusetzen, das Geldsystem zu sichern und Märkte auf bislang marktfreien Bereichen zu errichten.

Im erweiterten Sinn kann Neoliberalismus auch als eine Ideologie verstanden werden, die annimmt, dass das menschliche Wohlergehen am besten durch die Freisetzung individueller unternehmerischer Freiheiten erreicht werden kann (Harvey, 2005, S. 2). In der neoliberalen Ideologie liegt ein starker Fokus auf freien Märkten, freiem Handel und starken Eigentumsrechten, die als Werte an sich verstanden werden.

Zuletzt findet auch im Entwicklungsdiskurs eine intensive Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Entwicklungsmodell statt. Dieses stellt ein präskriptives Entwicklungsmodell dar, das im Vergleich zu früheren Modellen sehr unterschiedliche politische Rollen für Arbeit, Kapital und den Staat definiert. Hier liegt der Fokus auf Entwicklung durch Modernisierung, angetrieben durch Wirtschaftswachstum, welches durch neoliberale Reformen angestoßen werden soll (T. C. Boas & Gans-Morse, 2009, S. 144). Wie später deutlich wird gilt es dabei dem Staat Aufgaben zu entziehen und neoliberale Werte und Ideologien zu verbreiten.

Ein neoliberalistisches Entwicklungsmodell vereint gewissermaßen die einzelnen diskutierten Aspekte des Neoliberalismus. Eine ähnliche Logik verfolgt auch diese Forschungsarbeit. Der Neoliberalismus wird nicht als fragmentierte Theorie über verschiedene Aspekte der Ökonomie betrachtet. Vielmehr addieren sich alle vorgestellten Stränge zu einer kohärenten hegemonialen Weltordnung. Diese umfasst im Hinblick auf die Regulationstheorie und den Neogramscianismus sowohl ökonomische als auch politische und ideologische Aspekte. Der Neoliberalismus als Bezugspunkt umfasst also alle vorgestellten Aspekte von Governance, Wirtschaftsreformen und Ideologie und entwickelt sich aus deren Zusammenspiel.

4.2 Die Entstehung des Neoliberalismus als Reaktion auf kapitalistische Krisen

Mit einem Verständnis darüber, wie der Neoliberalismus als prägendes gesellschaftliches Verhältnis zu begreifen ist, gilt es zunächst darzustellen, wie der Neoliberalismus in seiner heutigen Form überhaupt entstehen konnte. Wichtige Erkenntnisse darüber liefert die Regulationstheorie.

4.2.1 Krisentendenzen und Akkumulationsregime – eine regulationstheoretische Perspektive

Wie in der Einführung zur politischen Ökonomie deutlich wurde gilt als zentrale Eigenschaft des Kapitalismus festzuhalten, dass dieser von Akkumulationszwängen, Klassenwidersprüchen und Krisentendenzen geprägt ist. Warum es trotz dieser Widersprüche im Kapitalismus zu Phasen von stabilen Wachstums kommt, ist der Analysefokus der Regulationstheorie. (Jäger & Springler, 2015, S. 199ff.). Vor allem die historische und räumliche Veränderbarkeit von ökonomischen und sozialen Dynamiken steht im Zentrum der Forschung (Sablowski, 2014, S. 86). Grundlage für die Regulationstheorie ist die Arbeit des französischen Ökonoms Michel Aglietta, welcher in seinem Buch 'Régulation et crises du capitalisme' von 1976 die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus untersuchte, insbesondere die stabile Wachstumsphase des Fordismus (Aglietta, 1982). Heute verwendet die CIPE regulationstheoretische Ansätze, da sie eine Brücke von der allgemeinen kritisch politökonomischen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise zu einer auf einem mittleren Abstraktionsniveau befindlichen Analyse historisch-konkreter Gesellschaftsformationen /Situationen schlagen kann (Sablowski, 2014, S. 86). Die Regulationstheorie nimmt an, dass eine auf unterschiedlichen sozialen Verhältnissen, etwa klassen- oder politischen Verhältnissen, beruhende Gesellschaftsformation existiert. Diese wiederum ist geprägt von einer dominanten Produktionsweise, welche mit untergeordneten Produktionsweisen oder -formen verknüpft ist (Sablowski, 2014, S. 87). Da der Kapitalismus in politökonomischer Interpretation von immanenten Widersprüchen wie dem „Widerspruch zwischen dem Lohn als Kostenfaktor und als Nachfragefaktor, dem Widerspruch zwischen den Bedingungen der Produktion und der Realisierung von Mehrwert, der Tendenz der Überproduktion oder der Tendenz des Falls der Profitrate“ geprägt ist müssen Formen der Regulation den Akkumulationsprozess stabilisieren (Sablowski, 2014, S. 88). Diese Form der Regulation bezieht sich nicht auf bewusste politische Entscheidungen, sondern bilden vielmehr den gesamten Prozess des gesellschaftlichen Handelns ab. Spezifische Regulationsformen bestimmen im Zuge dessen verschiedene Formen von Kapitalakkumulation, die als Akkumulationsregime bezeichnet werden. Akkumulationsregime werden meist anhand von drei Achsen typisiert (Becker, 2002, S. 64ff.). Zuerst sind Akkumulationsregime in Bezug auf extensive und intensive Akkumulation typisiert. Eine extensive Akkumulation wird durch die Steigerung des absoluten Mehrwerts etwa durch die Steigerung der Zahl an Lohnabhängigen und deren Arbeitszeit und der Senkung deren Löhne gewährleistet. Die intensive Akkumulation wird durch die Erhöhung des relativen Mehrwerts geprägt, welcher meist auf die Steigerung der Produktivität zurückzuführen ist (Jäger & Springler, 2015, S. 205ff.). Wichtig für die Forschungsarbeit ist die zweite

Unterscheidung zwischen extrovertierter und introvertierter Akkumulation. Diese Kategorisierung spezifiziert, inwieweit eine Akkumulationsdynamik nach innen oder außen gerichtet ist (Jäger & Springler, 2015, S. 206). Für eine extensive Akkumulation stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Auf globaler Ebene können etwa Schranken der Akkumulation durch die Internationalisierung des Kapitals überwunden werden. Die Internationalisierung des Kapitals kann an verschiedenen Punkten des Kapitalkreislaufs ansetzen, etwa der Migration, dem Warenhandel und für diese Arbeit essenziell, an internationalen Kreditbeziehungen (Sablowski, 2014, S. 91ff.). Zuletzt wird zwischen einer produktiven und finanzialisierten Akkumulation unterschieden. Ein Akkumulationsregime wird in diesem Sinne meist von der Dominanz des industriellen Kapitals oder des Finanzkapitals gekennzeichnet. Ist die produktive Akkumulation noch von einer Mehrwertsteigerung durch Produktionserhöhung geprägt, wird in der finanzialisierten Akkumulation Mehrwert in Form von Zinsen, Kursgewinnen oder Dividenden abgeschöpft. Die finanzialisierte Akkumulation kann, wie später sichtbar wird, zwar mehr oder weniger dominant den Akkumulationsprozess bestimmen, sich jedoch nie vollständig von der produktiven Akkumulation lösen. Grund dafür liegt im Charakter des Finanzkapitals oder auch fiktiven Kapitals, da es sich in marxistischer Tradition, um umverteilte, aus der realen Produktion abgeschöpfte Mehrwerte handelt (Sablowski, 2014, S. 94). Als logische Konsequenz können sich auch finanzialisierte Akkumulationsformen nicht von den Kapitalismus innewohnenden Verteilungs- und Produktionsmustern abkoppeln und sind somit ebenso einer immanenten Krisentendenz unterworfen. Somit wird das Finanzkapital vom industriellen Kapital determiniert, kann jedoch unter bestimmten Umständen eine dominierende Rolle im kapitalistischen Reproduktionsprozess einnehmen (Jäger & Springler, 2015, S. 205; Sablowski, 2014, S. 93).

Der Prozess der Kapitalakkumulation wird zusammenfassend von verschiedenen Formen und Aspekten bestimmt, deren Summe und Zusammenspiel spezifische Akkumulationsregime bilden. Wie eingangs beschrieben, werden die räumlich und zeitlich spezifischen Akkumulationsregime von Regulationsweisen stabilisiert. Regulation wurde eingangs als gesamtheitlicher Prozess des gesellschaftlichen Handelns beschrieben. Damit gemeint ist der Prozess der Kompromissbildung zwischen allen Akteur*innen, welche mit dem kapitalistischen sozialen Verhältnissen konfrontiert sind. Die beteiligten Akteur*innen vertreten teils gegensätzliche Interessen welche, um eine stabiles Akkumulationsregime zu ermöglichen miteinander kompatibel gemacht werden. Erfolgt dies kann von einer strukturellen oder institutionellen Form der Regulation gesprochen werden, die in ihrer Gesamtheit eine Regulationsweise bilden (Sablowski, 2014, S. 94). Eine Regulationsweise umfasst demnach ein Ensemble von sozialen Netzwerken

sowie Regeln, Normen und Konventionen, welche die Reproduktion eines Akkumulationsregimes absichern (Koch & Buch-Hansen, 2021, S. 1222).

Eine bestimmte Regulationsweise beschreibt demnach, wie im kapitalistischen Verwertungsprozess implizierte Konflikte und Widersprüche institutionell stabilisiert und bearbeitet werden. Nicht-ökonomische Aspekte wie soziale, institutionelle und politische Verhältnisse nehmen in einem Akkumulationsregime also eine konstitutive Bedeutung ein (Bieling, 2011, S. 7). Die institutionellen Formen der Regulation erstrecken sich auf mindestens fünf Bereiche, die alle verschiedene soziale Verhältnisse widerspiegeln. Relevant für diese Arbeit sind vor allem die Formen der Regulation des Geldes und Kredits, Formen der Regulation des Naturverhältnisses, sowie Formen der Regulation lokaler, nationaler, regionaler, internationaler und globaler Verhältnisse. Daneben werden von Regulationstheoretiker*innen auch die Formen des Konkurrenz- und Lohnverhältnisses und Regulationsformen des Staates betrachtet (Boyer, 1986; Sablowski, 2014, S. 95–96).

Essenziell für diese Forschungsarbeit ist die Erkenntnis, dass die kapitalistische Produktionsweise eine in der Logik des Kapitals festgeschriebene Krisentendenz aufweist. Um über einen längeren Zeitraum die Kapitalakkumulation stabil zu halten, entstehen räumlich und zeitlich spezifische Akkumulationsregime. Diese wiederum werden durch institutionalisierte Regulationsweisen stabilisiert. Regulationsweisen sind dabei das Ergebnis eines gesellschaftlichen Kampfes, um die Regulation bestimmter sozialer Verhältnisse.

4.2.2 Historie des Neoliberalismus als Reaktion einer Akkumulationskrise

Den Neoliberalismus gilt es in ebendieses Wechselverhältnis von Krise und stabilen Akkumulationsphasen zu begreifen. Die Idee des Neoliberalismus wurde bereits in den 1950er von Ökonomen wie Friedrich von Hayek und später Milton Friedman formuliert. Der eigentliche Aufstieg des Neoliberalismus zur dominierenden Weltordnung begann jedoch erst in den 1970er. Diese waren geprägt von den wirtschaftlichen Einbrüchen infolge des ‘Ölschocks’, der zu einer Vervierfachung der Benzinpreise, zu Inflation und steigender Arbeitslosigkeit sowie zu sinkenden Unternehmensgewinnen führte. Die wirtschaftliche Stagnation und Dauerkrise des Jahrzehnts brachte viele Liberale hervor, die als Antwort auf die Krise nach einer neuen, an den Bedingungen der Globalisierung angepassten Form des Liberalismus suchten (Steger, 2010, S. 9). Die Akkumulationskrise der 1970er und führte demnach zu einer Diskreditierung des bisherigen, von Aglietta als Grundlage seiner Regulationstheorie herangezogene, Fordistischen Akkumulationsregimes und legte den Grundstein für eine neoliberale Regulationsweise. Schlussendlich etablierten sich in den 1970er zuerst in Chile unter der Diktatur Pinochets und

anschließend in den USA unter Reagan und Großbritannien unter Thatcher neoliberale Regierungen als Vorreiter neoliberaler Politik. Seitdem profilierten sich neoliberale Ideen als universale Prinzipien und Regulationsweise und bestimmen die internationale und nationale Politik, die seitdem von Deregulierung, Privatisierung und einem Rückzug des Staates bestimmt wird (Harvey, 2005).

Die neoliberale Regulationsweise zeichnet sich dementsprechend durch Veränderungen globaler Produktionsverhältnisse und einer veränderten Rolle des Staates aus. Im Zentrum steht die globale kapitalistische Integration und die Finanzialisierung der Wirtschaft.

Die Regulation neoliberaler Produktionsverhältnisse vollzieht sich durch eine Schwächung der nationalen und internationalen Arbeiter*innenschaft sowie der als Folge der voranschreitenden Globalisierung, erhöhten Mobilität des Kapitals. Dahinter stehen vor allem die Schwächung der Gewerkschaften, die Zunahme der Lohnungleichheit sowie die zunehmende internationale Arbeitsteilung und schließlich die Öffnung der globalen Kapitalmärkte (Stockhammer, 2009). Hier lässt sich eine verstärkt finanzialisierte Form der Kapitalakkumulation beobachten, welche von einer vermehrt extensiven Kapitalakkumulation durch die Internationalisierung des Kapitals begleitet wird. Neoliberale Formen der Akkumulation sind demnach stark finanzialisiert. Zudem entsteht eine andere Form der Regulation der Lohnverhältnisse, welche die Kapitalakkumulation im Neoliberalismus durch eine Schwächung der Arbeiter*innenschaft stützen soll. Einen weiteren wichtigen Regulationspunkt im Neoliberalismus bildet der Staat. Dieser unterliegt im Neoliberalismus einer ideologisch Neuinterpretation, in welchem diesem keine Möglichkeit der begrenzten, aber substanziellen staatlichen Intervention eingeräumt wird, sondern zu einem radikalen Laissez-faire Staat umfunktioniert wird. Besonders die Deregulation der Produkt- und Finanzmärkte, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Neuausrichtung der Geldpolitik unterliegt dem neoliberalen Staat (Stockhammer, 2009, S. 6). Als Konsequenz erschließen sich im Neoliberalismus durch die Privatisierung öffentlicher Kollektivgüter und Dienstleistungen neue Bereiche der Kapitalverwertung (Demirovic, 2008, S. 20).

Der Neoliberalismus lässt sich im regulationstheoretischen Sinn als neue Regulationsweise verstehen, welche sich als Reaktion der Akkumulationskrise des Fordistischen Akkumulationsregimes herausbildete. Geprägt ist diese von einer finanzbasierten Akkumulation sowie von einer Schwächung der Arbeiter*innen, einem Machtgewinn der globalen Kapitalfraktion und einem liberalen Staatsverständnis. Deutlich wird jedoch auch, dass die Regulationstheorie Lücken aufweist. Besonders die Frage nach den Ursachen bestimmter Regulationsformen und die Konzeptualisierung des Regulations- und Kompromissbildungsprozesses wird nur unzureichend betrachtet. Demnach ist es von Nöten die ideologischen, politischen und handlungstheoretischen

Aspekte von Regulation zu betrachten. Gramscis Hegemonietheorie mit der Regulationstheorie zu verbinden erscheint daher sinnvoll (Sablowski, 2014, S. 95).

Zudem sind die meisten Regulationstheoretiker*innen auf den Nationalstaat als Analysegegenstand fokussiert. Jedoch bedarf es für die Erklärung der globalen Ausbreitung des Neoliberalismus und spezifischen transnationalen Phänomenen wie der Entwicklungszusammenarbeit und Finanzialisierung eine globale Perspektive, die über die Grenzen von Staaten hinausgeht und den Kapitalismus in seinen globalen Ausmaß erfasst. Hierfür werden zusätzlich der Zugang der Dependenztheorie vorgestellt und mit den bisherigen Erkenntnissen und Theorien verknüpft.

4.3 Ungleichheiten im globalen System – eine dependenztheoretische Perspektive

Ermöglicht die Regulationstheorie einen Rahmen für die Analyse von kapitalistischen Krisen und konstanten Akkumulationsformen, existiert innerhalb der Theorieschule Uneinigkeit über das Verhältnis von Weltmarkt und Nationalstaaten und deren Bedeutung für gesellschaftliche Analysen. Einige Regulationstheoretiker*innen verorten soziale Kämpfe vor allem auf nationalstaatlicher Ebene und stellen diese ins Zentrum ihrer Forschung. Wie Sablowski (2014) argumentiert spielen sich konkrete Situationen jedoch im Wechselverhältnis von Nationalstaat und Weltsystem ab. Daher müsse „[d]ie Analyse konkreter Situationen [...] der ungleichen und kombinierten Entwicklung im Weltmaßstab Rechnung tragen“ (Sablowski, 2014, S. 88). Unter Berücksichtigung dessen gilt es insbesondere für diese Arbeit auch Zugänge der Dependenztheorie darzustellen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem im globalen Maßstab betrachtet.

4.3.1 Abhängigkeit und Entwicklung

Die Dependenztheorie ist eine der prominentesten theoretischen Zugänge der heterodoxen Ökonomie, welcher kapitalistische Verhältnisse im Weltmaßstab berücksichtigt. Sie unterliegt im Zuge dessen einer stark marxistischen Ausrichtung. Im Zentrum ihrer Analyse steht die ungleiche Entwicklung von Regionen und Ländern im globalen kapitalistischen System. Besonders das Wechselverhältnis zwischen Entwicklung und Unterentwicklung von Staaten und Regionen im Weltsystem findet hier besondere Beachtung. Die Dependenztheorie ist jedoch keine kohärente Theorie, sondern vielmehr ein Forschungsprogramm, welches sich ab den 1960ern in Lateinamerika herausbildete (Kvangraven, 2021). Hintergrund der Entstehung der Dependenzschule war die Suche nach den Ursachen einer ausbleibenden nachholenden Industrialisierung der lateinamerikanischen Länder, welche unter anderem Raúl Prebisch in seiner Tätigkeit als

Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) beobachtete (Fischer, 2013, S. 11). Bereits 1949 legte er in seiner Studie 'El Desarrollo económico de la América Latina y sus principales problemas' den Grundstein für die Dependenztheorie (Raúl Prebisch & Gustavo Martínez Cabañas, 1949). Innerhalb und außerhalb der CEPAL entstanden weitere wichtige Beiträge, von Ökonomen wie André Gunder Frank, Ruy Mauro Marini, Theotônio dos Santos, Fernando Henrique Cardoso oder Enzo Faletto, welche die Dependenztheorie ausformulierten. Cardoso betrachtet im Zuge dessen die Dependenztheorie auch als ein sich ständig weiterentwickelnden Diskurs (Cardoso, 1977; Kvangraven, 2021, S. 79). Der Diskurs rund um die Dependenztheorie basiert auch heute auf bestimmten Konzepten und Kernthesen, die hier vorgestellt werden sollen.

Im Zentrum der Dependenzschule steht die Unterscheidung zwischen Ländern und Regionen des Zentrums und der Peripherie, zwischen denen verschiedene Abhängigkeitsverhältnisse existieren und welche die jeweilige Stellung in der globalen Ökonomie bestimmen. Für Cardoso sind Abhängigkeitsverhältnisse ein „Ausdruck einer spezifischen Artikulation zwischen sozialen Klassen, dem produktiven System und dem Staat [...] in einer spezifischen historischen Situation“ (Beigel, 2015, S. 24; Cardoso, 1970). Für Prebisch war das prägende Abhängigkeitsverhältnis die internationale Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie. In dieser war die Peripherie auf den Rohstoffexport spezialisiert, während das Zentrum auf die Herstellung diversifizierter Industrieprodukte ausgerichtet war. Da Prebisch für Rohstoffe ein Fallen der Preise und Exporterlöse feststellte, stiegen jene für Industrieprodukte, was zu einer fortschreitenden Verschlechterung der 'terms of trade' für die Länder der Peripherie führte. Die Folge dessen waren unterschiedliche Einkommensniveaus, technologische Standards und Produktivitätsstandards, welche im langfristigen Verlauf die peripheren Länder in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Zentrum zwang. Im Summe führen die Verschlechterung der 'terms of trade' zu einem Wertfluss von der Peripherie zum Zentrum. Die daraus resultierenden ungleichen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse tragen zu der Hierarchisierung des kapitalistischen Weltsystems bei, in welchen Zentrum und Peripherie im Konkurrenzverhältnis stehen. Die Zentren behindern in diesem Zusammenhang die Entwicklung in der Peripherie und manifestieren und reproduzieren infolgedessen die globalen Abhängigkeitsverhältnisse. Dependenztheoretiker*innen charakterisieren das Weltsystem also anhand historisch- struktureller Abhängigkeiten (Fischer, 2013, S. 15). Der Kapitalismus als solcher hat im Verständnis der Dependenztheorie demnach eine polarisierende Tendenz, in der Ungleichheit ein strukturelles Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise darstellt (Kvangraven, 2021, S. 80). Unterentwicklung und Entwicklung stellen dementsprechend zwei Seiten eines gemeinsamen, universellen Prozesses

dar. Entwicklung und Unterentwicklung sind dabei historisch parallellaufende Prozesse und funktional miteinander verbunden. Sie bedingen sich also gegenseitig (Sunkel, 1972, S. 262). So können kapitalistische Zwänge und kapitalistische Aneignungsmechanismen nicht nur die Ausbeutung einzelner Arbeiter*innen beschreiben, sondern ganzer Länder und Regionen.

Dependenztheoretiker*innen nehmen mit der Erklärung verschiedener Abhängigkeitsverhältnisse einen Perspektivwechsel ein, welcher das globale Weltsystem nicht ausschließlich von den Zentren her betrachtet, sondern abhängige Länder der Peripherie in den Fokus stellt. Dieser Aspekt macht die Dependenztheorie so zugänglich für kritisch realistische Forschungsprojekte, wie dieses, da besonders Entwicklungszusammenarbeit sich direkt an die als abhängig charakterisierten Länder und Regionen richtet. Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit aus der Perspektive der Peripherie zu betrachten ist daher unbedingt notwendig, um eine kritische Sicht einnehmen zu können.

4.3.2 Strukturelle Heterogenität

Im Zuge des Perspektivwechsels steht die Analyse der unterschiedlichen Ausprägungen kapitalistischer Strukturen in den globalen Beziehungen im Mittelpunkt der Analyse. Ausgangspunkt dieser Analysen sind aber auch hier politökonomische Überlegungen.

Wie in den Grundzügen der politischen Ökonomie und der Imperialismustheorie beschrieben unterliegt der Kapitalismus einen Ausdehnungszwang, welcher die stetige Akkumulation von Kapital sichern und Akkumulationskrisen entgegenwirken soll. Die Akkumulationskrisen können, wie im Abschnitt über die Regulationstheorie beschrieben, vielfältige Formen annehmen. Die Expansion der kapitalistischen Produktionsweise nimmt dementsprechend auch unterschiedliche Formen an. Auch Dependenztheoretiker*innen betrachten die heutigen Abhängigkeitsverhältnisse unter dem Gesichtspunkt der historischen Expansion des 'zentralen Kapitalismus' und deren Folgen für die Peripherie. Besonders der Begriff der strukturellen Heterogenität bietet eine Verbindung der verschiedenen Perspektiven.

Im Zuge der Kolonialisierung und der darauffolgenden gewaltsamen Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweisen im globalen Maßstab, wurden wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verhältnisse aufgebrochen und durch dem Interessen der Zentren entsprechende kapitalistische Produktionsformen ersetzt. Diese neuen Produktionsformen sind zwar zum dominierenden sozialen Verhältnis geworden existieren jedoch weiterhin im Verbund mit nichtkapitalistischen Formen wie Zwangs-, Sklaven und Subsidenzarbeit. Auch nach der Entkolonisierung blieb die parallele Existenz kapitalistischer und nichtkapitalistischer Produktionsformen ein integraler Bestandteil des modernen Wirtschaftssystems. Grund dafür ist, dass durch die heterogene

Eingliederung peripherer Ökonomien in die kapitalistische Produktionsweise starke sozioökonomische Stadt-Land-Unterschiede, eine hohe Arbeitslosigkeit und weitere Formen der Marginalisierung erzeugt werden und so das Vorhandensein billiger Arbeitskräfte absichern. So bestehen in der Peripherie deformierte Akkumulationsmodelle fort, welche auf die Bedürfnisse der Zentren ausgerichtet sind (Fischer, 2013, S. 16ff.).

Die strukturelle Heterogenität als Form zur Reproduktion des peripheren Kapitalismus stellt somit ein Analysemittel dar, um die spezifischen Formen der Abhängigkeit zwischen Peripherie und Zentrum zu beschreiben. Strukturelle Heterogenität als Konsequenz der Kolonialisierung bietet zwar den historischen Kontext und Ursache der heutigen Abhängigkeitsverhältnisse, jedoch haben sich diese im historischen Verlauf weiterentwickelt und müssen insbesondere vor dem Hintergrund des Neoliberalismus neu gefasst werden.

4.3.3 Moderne Abhängigkeitsverhältnisse

Die Identifizierung der Verschlechterung der ‘terms of trade’ als Ausgangspunkt der Abhängigkeitsverhältnisse, wie sie Frank beschreibt gilt hier besonderer Beachtung und muss im historischen Kontext betrachtet werden. Die damalige Arbeitsteilung wie sie Prebisch und andere Dependenztheoretiker*innen beobachtet haben entsprach dieser binären Einteilung in industrialisierte Zentren und auf Agrar- und Rohstoffexport orientierte periphere Länder. Zudem war sie stark von der damaligen Ära der importsubstituierenden Industrialisierung (ISI) geprägt. Die heutige konkrete Analyse der ökonomischen Verhältnisse lässt jedoch andere Schlüsse zu. Zum einen wird die These der Verschlechterung der ‘terms of trade’ kritisiert, da Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht kontinuierlich und linear zu sinken scheinen, sondern zyklischen Anstiegen und Rückgängen unterworfen sind (Ocampo & Parra-Lancourt, 2010). Zum anderen hat sich das globale Produktionsverhältnis grundlegend geändert. So haben einige Industrieländer des Zentrums einen geringeren Industrieanteil am Bruttonationaleinkommen als Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen (Fischer, 2013, S. 18). Zudem führte die Ausweitung industrieller Produktion und das damit gestiegene Know-How dazu, dass auch technologisch anspruchsvolle Fertigungsprozesse und gehobene Dienstleistungen an Zulieferunternehmen und deren Arbeitskräfte in der Peripherie ausgelagert werden (Fischer, 2013, S. 22). Trotz dessen bleiben der hohe Agraranteil am Außenhandel und die Schwäche der Kapitalgüterindustrie, verbunden mit technologischer Abhängigkeit und einer Importabhängigkeit prägende Merkmale der Ökonomien der Peripherie (Fischer, 2013, S. 21ff.).

Die Peripherität auf die heutige dependenztheoretische Perspektiven Bezug nehmen ist demnach zu einem immer komplexeren Phänomen geworden (Beigel, 2015, S. 33).

Dementsprechend müssen auch andere Formen der Wertabschöpfung von den Peripherien in die Zentren berücksichtigt werden, die über das Konzept der ‘terms of trade’ hinausgehen.

Einen ersten Beitrag zur Erweiterung des Konzeptes der Verschlechterung der ‘term of trade’ liefern die Dependenztheoretiker Arghiri Emmanuel und Samir Amir, welche den ‘ungleichen Tausch’ als Weiterentwicklung von Franks Konzept beschrieben. Im Konzept des ‘ungleichen Tausches’ sind nicht ungleiche Handelsbedingungen aufgrund der Art der produzierten Güter für den Werttransfer verantwortlich, sondern die Ungleichheit der Faktorpreise in der Weltwirtschaft, wobei sich der Faktorpreis auf die Entlohnung von Arbeit oder anderen nicht produzierten Primärfaktoren bezieht. (Kvangraven, 2021, S. 84). Hier sind die Grundlagen des Wertetransfers die unterschiedlichen Lohnniveaus zwischen Zentrum und Peripherie. Ist vereinfacht gesagt das Lohnniveau höher sind auch die Preise eines Produktes höher, somit ist der Import von Produkten aus einem Land mit hohem Lohnniveau teurer, während das gegensätzliche für Länder mit einem niedrigen Lohnniveau gilt. Länder des Zentrums erhalten dementsprechend mehr Importe als Gegenleistung für eine bestimmte Menge an Exporten (Brewer, 1990, S. 200ff.).

Hilfreich sind die Konzepte der ‘terms of trade’ und die des ‘ungleichen Tausches’ für die Argumentationsstruktur dieser Arbeit, da sie deutlich herausstellt, dass für das Zentrum und die Peripherie unterschiedliche ökonomische Konditionen auf dem Weltmarkt herrschen, die einen Wertetransfer von der Peripherie ins Zentrum verursachen. Bezieht man zusätzlich regulationstheoretische Perspektiven mit ein wird deutlich, dass sich der Kapitalismus in ständiger Veränderung und Anpassung befindet, wodurch sich im modernen kapitalistischen System auch die Formen der Werttransferierung von Peripherie zum Zentrum anpassen und neue Formen der Wertaneignung erschaffen. Analysen zur Werttransferierung dürfen daher nicht nur auf rein ökonomischer Ebene verharren, sondern müssen sich auch auf aktuelle konkrete Formen der internationalen Produktion und des internationalen Handels beziehen (Hauck, 2014). Neue Formen der Werttransferierung sind etwa Marktmonopole, Zölle, Kartelle, Steuererleichterungen oder Subventionen (Raffer & Singer, 2004). Wie im Verlauf der Arbeit argumentiert wird, stellt auch die Finanzialisierung eine weitere Form des Werttransfers und ein Mittel zur Aufrechterhaltung von Abhängigkeitsstrukturen da, die besondere Beachtung verdient.

4.3.4 Neoliberalismus als Ausgangspunkt moderner Abhängigkeitsverhältnisse

Die Etablierung neuer Formen der Werttransferierung bildet in der Analyse der globalen Ausbreitung des Neoliberalismus eine zentrale Analysemöglichkeit, auf die hier eingegangen werden soll.

Erfolgte die Etablierung einer neoliberalen Ordnung in den USA und Großbritannien auf demokratischen Wege, waren die ersten neoliberalen Projekte außerhalb der beiden Staaten in den (semi-)peripheren Ländern Chile und Argentinien durch brutale Systemwechsel im Zuge von Militärputschen durchgesetzt worden. Die globale Ausbreitung und Durchsetzung des neoliberalen Akkumulationsregimes finden in den folgenden Jahrzehnten in ebendiesen Spannungsfeld statt. Eine Vielzahl von Zwangselementen wird mit einer breit angelegten Konsensgenerierung kombiniert, um das neue neoliberale Projekt dauerhaft zu etablieren und zu festigen.

Besonders die Strukturanpassungsprogramme der 1980er und 1990er trugen zur globalen Ausbreitung des Neoliberalismus bei und bilden die Grundlage eines neoliberalen Entwicklungsmodells. Durch den Politikwechsel der US Federal Reserve Bank 1979 wurde der US-Dollar massiv aufgewertet und Zinssätze parallel erhöht. Im Zuge dessen verschuldeten sich zahlreiche Länder der Peripherie und kamen in Zahlungsschwierigkeiten. Diesen Prozess konnte die USA nutzen, um der eigenen wirtschaftlichen Stagnation entgegenzuwirken. In Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen, wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank wurden Kredite an Länder des Globalen Südens vergeben oder deren Schulden aufgeschoben. Als Gegenleistung für die Umschuldung mussten die betroffenen Länder institutionelle Reformen durchführen. Darunter fielen Kürzungen der Sozialausgaben, flexiblere Arbeitsmarktgesetze und Privatisierungen (Harvey, 2005; Jäger & Springler, 2015, S. 319ff.). Da die Schulden in US-Dollar ausgegeben wurden und in US-Dollar zurückgezahlt werden mussten stieg der US-Dollar zur dominierenden Währung im globalen Finanzsystem auf. Länder der Peripherie konnten Schulden nicht begleichen, indem sie einfach mehr ihrer eigenen Währung druckten, da dies zu einem Wertverlust gegenüber dem US-Dollar führen würde. Diese Form des 'ungleichen Tausches' trug entscheidend zur weltweiten neoliberalen Hegemonie bei, da angeführt von den USA die Länder der Peripherie verstärkter Einmischung in die nationale Wirtschaftspolitik unterworfen wurden (van der Merwe & Dodd, 2019, S. 44ff.). Die Strukturanpassungsprogramme führten schlussendlich dazu, dass amerikanische Kapitalist*innen, ihr Kapital in den geöffneten globalen Märkten investieren konnten und besonders in den 1980er und 1990er hohe Renditen mit Investitionen im Globalen Süden erzielen konnten. Als Konsequenz erfolgte nachweislich eine stetige Mehrwertabschöpfung vom Globalen Süden / der Peripherie in die USA und anderen kapitalistischen Staaten / dem Zentrum, was zur einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen Macht der USA als hegemoniale Weltmacht führte (Harvey, 2005, S. 29–31).

Die zurückgewonnene wirtschaftliche Macht der USA ermöglichte es die Agenda der IWF und Weltbank weiter voranzutreiben und zu okkupieren und die Strukturanpassungsprogramme

auszuweiten. Unter dem ‘Washington Consensus’ wurde so das neoliberale Entwicklungsmodell als zentraler wirtschaftlicher Bezugspunkt für die Länder des Globalen Südens institutionalisiert und die neoliberale Regulationsweise global etabliert. Der ‘Washington Consensus’ beinhaltete ein 10-Punkte Programm, welches im Austausch für dringend benötigte Kredite umgesetzt werden musste. Darunter fielen unter anderem die Senkung der öffentlichen Ausgaben, die Liberalisierung des Finanzsektors und des Handels, die Deregulierung der Wirtschaft, der Schutz von Eigentumsrechten, die Privatisierung von Staatsbetrieben und die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen (Steger, 2010, S. 18ff.). Der ‘Washington Consensus’ kann in diesem Zusammenhang als eine aggressive staatsfeindliche neoliberale Strategie verstanden werden, die durch eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse zugunsten des privaten Sektors gekennzeichnet ist. Die peripheren Staaten werden so entmachtet und dazu gezwungen, ihre Souveränität, insbesondere die Kontrolle über ihre Ressourcen und ihr Kapital, dem globalen Markt zu überlassen (van der Merwe & Dodd, 2019, S. 41). Den Staaten der Peripherie bleibt nur die Aufgabe freie Märkte und Finanzmärkte zu errichten und zu sichern, Eigentumsrechte zu schützen und neoliberale Ideale zu verbreiten. Neoliberale Reformen dienen in diesem Verständnis der Bekämpfung von Ungleichheit. In Wahrheit ermöglicht das neoliberale Projekt einer globalen ökonomischen Elite ihr Kapital global zu investieren und in diesem Zug ihre Macht wiederherzustellen und sich als transnationale Klasse zu positionieren (Harvey, 2005, S. 19).

Die Folgen für die Peripherie sind drastisch. IWF-Kreditvereinbarungen, die zu strukturellen Anpassungen verpflichten erhöhen tendenziell die Arbeitslosigkeit und die Kosten für die Grundversorgung, führen zu einer Umstrukturierung des Renten- und Sozialversicherungssystems und senken die Staatseinnahmen (Biglaiser & McGauvran, 2022).

Zudem müssen in Entwicklung betroffene Sektoren der Peripherie, auf Grund der Schaffung eines offenen Weltmarktes, direkt mit dem Zentrum konkurrieren. Eine autonome Entwicklung wird durch die Abschaffung von Subventionen und einer strengen Austeritätspolitik verhindert, da keine gezielten Investitionen in bestimmte Bereiche möglich sind. Die Öffnung der peripheren Ökonomien bildet die Grundlage für die Wiederholung der Dynamik der zyklischen Kapitalzuflüsse und späteren Kapitalabflüsse in den nachfolgenden Jahrzehnten, welche in weiteren Krisen unter anderem der Asien- und Argentinienkrise mündet und bis heute anhält. 2010 betrug der Nettokapitalabfluss aus der Peripherie in den Globalen Norden 3,1 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung (Jäger & Springler, 2015, S. 320).

Länder der Peripherie bleiben so in einem Status der Unterentwicklung gefangen, welcher direkt an den Aufstieg des Westens und einer neoliberalen Hegemonie geknüpft ist. Die Kontrolle

über periphere Ökonomien kann so indirekt über strukturelle Transformationen dieser gesichert werden.

Die Ausdehnung des Neoliberalismus in die Peripherie stellt somit eine Form der Kontinuität globaler Abhängigkeitsverhältnisse dar, welche durch den ‘Washington Consensus’ ideologisch abgesichert wurden. Die Konflikte dieser Politik sind bei diesen ungleichen Bedingungen für Entwicklung für Zentrum und Peripherie vorprogrammiert. Dementsprechend haben sich vor allem im Entwicklungsdiskurs auch Gegenperspektiven entwickelt, die teilweise im ‘Post-Washington Consensus’ und den SDGs zum Ausdruck kommen und über die Durchsetzung von Marktmechanismen hinausgehen. Sie umfassen neben dem wirtschaftlichen Wachstum auch soziale Aspekte und räumen dem Staat positive Einflussmöglichkeiten ein. Auch der IWF vollzog Anpassungen in ihrer finanziellen Unterstützung der Peripherie, indem seit der Großen Rezession weniger stark Austeritätsmaßnahmen gefordert werden, Finanzhilfen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellt werden oder während COVID-19 Konjunkturmaßnahmen unterstützt wurden (Biglaiser & McGauvran, 2022, S. 828). Zwar werden vom Staat geschaffene Rahmenbedingungen als Voraussetzung für eine Entwicklung der Peripherie begriffen, die Integration in den globalen Wettbewerb bleibt jedoch weiterhin die Hauptbedingung einer wirtschaftlichen Entwicklung. Somit bildet die abgebildete Dynamik, wie später am Beispiel der KfW verdeutlicht wird, nach wie vor die Grundlage der internationalen Ordnung und wird in verschiedenen Formen weitergeführt.

4.3.5 Abhängigkeitsverhältnisse als sozialer Prozess

Zuletzt gilt es Erklärungen für die Frage zu finden, warum die globalen Abhängigkeitsstrukturen langfristig bestehen bleiben können oder sich nur marginal verändern, trotz prominenten Gegenperspektiven. Erklärungen dieser Art dürfen jedoch keiner Reduktion auf ökonomische Aspekte unterliegen, sondern müssen auch andere Disziplinen und Mechanismen in den Fokus nehmen. In diesem Sinne sollen die Arbeiten der Dependenztheoretiker Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto berücksichtigt werden. Diese entwickelten eine soziologische Analyse und Interpretation von Unterentwicklung, welche neben ökonomischen auch soziale Prozesse in den Analysefokus stellt. Ihr Hauptwerk ‘Dependencia y Desarrollo en América Latina’ begreift Politik als den gesellschaftlichen Bereich, durch den bestimmte soziale Gruppen der restlichen Gesellschaft eine spezifische Produktionsweise aufzwingen können (Beigel, 2015; Cardoso & Faletto, 1979). Abhängigkeitsverhältnisse und Unterentwicklung sind in diesem Sinne kein reiner kapitalistischer Mechanismus, sondern ein historischer Prozess gesellschaftlicher Kämpfe. Der Staat, soziale Klassen und ökonomische Strukturen bilden ein Geflecht aus

Beziehungen, die im geschichtlichen Verlauf bestimmte Formen der Abhängigkeit bilden. In dieser Logik kommt ökonomische Macht zwar als politische Macht zum Ausdruck, welche Handlungsspielräume einschränkt aber durch Handlungen anderer sozialer Gruppen aufgebrochen, transformiert oder aufrechterhalten werden kann (Beigel, 2015, S. 26). So können Abhängigkeitsverhältnisse auch in Bezug auf Herrschaft und Macht verstanden werden und interne Strukturen wie politische Prozesse, Ideologien und gesellschaftlichen Gruppen und Klassen berücksichtigt werden.

Die unterschiedlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse existieren nicht nur zwischen den gesellschaftlichen Gruppen der Zentren und der Peripherie, sondern auch in der Peripherie selbst. Demzufolge existieren auch dieselben Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der Länder der Peripherie. Andre Gunder Frank macht am Beispiel Brasiliens deutlich, dass Städte und Industriezentren wie Rio de Janeiro und Sao Paulo effektiv in das kapitalistische Wirtschaftssystem eingegliedert sind (Frank, 1966, S. 177). In dieser Stellung nehmen diese 'Zentren der Peripherie' die Rolle von 'Brückenköpfen' oder einer 'Lumpenbourgeoisie' ein. In dieser Rolle profitieren die Klassen und gesellschaftlichen Gruppen von der asymmetrischen Struktur des Weltmarktes, indem sie ihre Interessen mit den des Zentrums harmonisieren und ein raumübergreifendes Klassenbündnis bilden. Als Konsequenz wird die subalterne Klasse der Peripherie einer doppelten Ausbeutung unterworfen. Zum einen durch die lokal herrschende Klasse, der 'Lumpenbourgeoisie' und zum anderen durch die internationale ökonomische Struktur (Fischer, 2013, S. 15). So wird das Abhängigkeitsverhältnis durch Akteur*innen in der Peripherie selbst abgesichert und Ausbeutungsstrukturen internalisiert.

Die lokale Durchsetzung globaler Abhängigkeitsstrukturen lassen sich auch in den Projekten der KfW beobachten und anhand der Beispiele verdeutlichen. Cardoso und Faletto bezogen sich in ihrer Arbeit implizit auf die Überlegungen Antonio Gramscis und seiner Hegemonietheorie. Dieser Rückbezug auf seine Theorie erweitert die Dependenztheorie und soll auch in dieser Arbeit berücksichtigt werden.

4.4 Kontinuitäten neoliberaler Verhältnisse eine neogramscianische Perspektive

Wie die Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus und der Regulations- und Dependenztheorie deutlich gemacht hat, gilt es den Kapitalismus und seine gesellschaftlichen Entwicklungen als umkämpftes soziales Verhältnis zu verstehen. Phänomene und Ereignisse sind daher nie rein ökonomisch determiniert, sondern unterliegen auch immer gesellschaftlichen und politischen Handlungen. Mit Hilfe des Gramscianismus und Neogramscianismus soll auch

diese Ebene Zugang in dieser Arbeit finden und zur Erklärung der Entstehung und Aufrechterhaltung von Regulationsweisen und Abhängigkeitsverhältnissen herangezogen werden. Insbesondere die Frage danach wie ein kapitalistisches System trotz seiner beschriebenen Krisentendenzen und dauerhaften Ungleichheitsproduktion konstant das Weltgeschehen dominieren kann, versuchen neogramscianische Ansätze zu erklären.

4.4.1 Grundlagen des Gramscianismus

Ihren Ursprung nehmen neogramscianische Perspektiven in der Übertragung der Konzepte des italienischen Philosophen und Politikers Antonio Gramscis auf globale und internationale Verhältnisse. Gramsci selbst versuchte in seine posthum veröffentlichten ‘Gefängnisheften’ „die flexible Widerstandskraft und Bestandsfähigkeit einer Gesellschaftsordnung [zu erklären], die auf der Ausbeutung der Mehrheit der Subalternen beruht – und die sich selbst dann als beständig erweist, wenn die kapitalistischen Verhältnisse direkt durch revolutionäre Bewegungen und schwere wirtschaftliche Krisen erschüttert werden“ (Opratko & Prausmüller, 2011b, S. 16). Zentral für seine Erklärung ist das Konzept der Hegemonie, welches für Gramsci eine bestimmte Form der politischen Macht darstellte, welche auf Formen des Zwangs und vor allem Konsens auf ethischer, moralischer und kultureller Ebene beruht. Hegemonie ist somit Teil des gesellschaftlichen Überbaus, die er in diesem Zusammenhang auch als Superstruktur bezeichnet. Die Konsensproduktion, welcher historische Herrschaftsverhältnisse abstützt findet in verschiedenen Dimensionen der Praxis der Machtausübung statt, welche Gramsci sowohl in der Zivilgesellschaft als auch der politischen Gesellschaft verortet. Beide Bereiche sind dabei eng miteinander verwoben. So bildet der Staat bei Gramsci eine bestimmte Form politischer Herrschaft, welcher durch Konsensbildung in der Zivilgesellschaft organisiert wird und durch Institutionen der politischen Gesellschaft, in denen der hegemoniale Konsens eingeschrieben ist, abgesichert wird. Gramsci benennt diese erweiterte Konzeption des Staatsbegriffes, als ‘integralen Staat’ (Opratko, 2022, S. 37ff.).

Zum Weg zur Hegemonie identifiziert Gramsci zwei dominierende Möglichkeiten. Ist die Zivilgesellschaft weniger stark ausgeprägt könnte eine Klasse die Staatsmacht übernehmen und als herrschende Klasse Hegemonie in der Zivilgesellschaft erzeugen (Bewegungskrieg). Ist die Zivilgesellschaft jedoch bereits eng mit dem Staat verknüpft müsste erst ein gegenhegemonialer Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft erschaffen werden, um einen nachhaltigen Herrschaftswechsel zu erreichen (Stellungskrieg) (Cox, 1983, S. 217ff.). Tritt schließlich eine Phase der relativen Stabilität kapitalistischer Produktionsverhältnisse ein, in der eine gesellschaftliche

Gruppe oder Klasse ihre Herrschaft gesamtgesellschaftlich organisiert spricht Gramsci von einem ‘historischen Block’. Politische, kulturelle, ökonomische und ideologische Verhältnisse werden dabei zu einem gesellschaftlichen Konsens zusammengeführt, welche die Machtposition der herrschenden Klasse sichert. Interessen der herrschenden Klasse, Ideologien und Alltagserfahrungen werden in dem Zuge einer Universalisierung unterzogen und zu Elementen des Bewusstseins der subalternen Klassen gemacht (Opratko, 2022, S. 44ff.). Dieses Bewusstsein ist nach Gramsci gesellschaftlich umkämpft und drückt sich im ‘Alltagsverstand’ aus. Hegemonie wird so Teil der alltäglichen Praxis und eine Selbstverständlichkeit. Den Kampf um die Deutungshoheit des Alltagsverstandes führen nach Gramsci die Intellektuellen der jeweiligen antagonistischen Klassen, sie prägen Weltauffassungen sowie Normen und Werte. Grundsätzlich sei jede Person Intellektueller. Bestimmte Personen wie Geistliche, Manager*innen oder Politiker*innen können jedoch eine einflussreichere Stellung in diesem Prozess einnehmen (Opratko, 2022, S. 45ff.). Ein historischer Block ist somit immer mit einer hegemonialen Klasse verbunden, die durch Intellektuelle eine gemeinsame Kultur und Gesellschaftsvorstellung entwickelt, verbreitet und weiterentwickelt mit dem Ziel die Interessen der herrschenden Klasse als universal gültig erklären zu lassen und sie in der Zivilgesellschaft und deren Institutionen zu verankern (Cox, 1983, S. 219–220).

4.4.2 Historie des Neogramscianismus

Der kanadische Politikwissenschaftler Robert W. Cox formulierte Anfang der 1980er eine Kritik an der Disziplin der internationalen Beziehungen, welche eine anarchische globale Struktur der Welt propagierte, in welcher Staaten nach möglichst großen Einfluss und Macht streben. Die Annahmen der als Neorealismus bezeichneten Perspektive kritisierte er aufgrund ihrer fehlenden historischen Dimension, der zu hohen Gewichtung von Gewalt und Nationalstaaten und ihren unkritischen Bezug zu dem erzeugten Wissen, welches als Herrschaftswissen bezeichnet wurde. Als Gegenperspektive übertrug, reformulierte und entwickelte Cox neue Konzepte, die sich an Gramscis Hegemonietheorie orientierte (Opratko & Prausmüller, 2011b, S. 15–16). Aus den Überlegungen von Cox entstand ein vielschichtiges Forschungsprogramm mit verschiedenen Theoriesträngen. Diese reichen von transnationalen Perspektiven der sogenannten Amsterdamer Schule über konstitutionalistische Zugänge, wie sie Stephen Gill vertritt, hin zu staats-theoretischen Perspektiven. Am Anschlussfähigsten an die bisherigen Überlegungen zu Abhängigkeitsverhältnissen und Regulationsweisen ist der kritisch-realistische neogramscianische Zugang von Cox, da dieser auf der kritischen Analyse der sozialen Produktionsverhältnisse und den Hegemonialstrukturen in der Zivilgesellschaft basiert und den Fokus auf fortbestehende

zwischenstaatlichen Konflikte und Machtbeziehungen richtet (Bieling, 2014, S. 186). Besonders seine Überlegungen zur Möglichkeiten der Übertragung der Konzepte Gramscis auf periphere Regionen sollen Berücksichtigung finden und mit einzelnen Theorieaspekten der anderen theoretischen Stränge des Neogramscianismus unterfüttert werden.

4.4.3 Hegemonie auf internationaler Ebene

Cox bezieht in seiner Beschreibung von internationaler Hegemonie ideologische, ökonomische und politische Verhältnisse mit ein. Für ihn zielt Hegemonie auf die Herstellung von ethisch-politischer Führung ab, „die globale Widersprüche prozessierbar macht und dadurch zur Regulation und Reproduktion der gegebenen Verhältnisse beiträgt“ (Opratko & Prausmüller, 2011a, S. 18). Hier werden schon erste Überschneidungen mit der Dependenz- und Regulationstheorie deutlich, die in der Hegemoniedefinition von Cox noch einmal hervorgehoben werden.

„Hegemonie auf der internationalen Ebene ist [...] nicht nur eine Ordnung von Staaten. Es ist eine Ordnung innerhalb einer Weltökonomie mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und mit anderen, untergeordneten Produktionsweisen verknüpft ist. Es ist auch ein Komplex unterschiedlicher gesellschaftlicher Verhältnisse, der die sozialen Klassen unterschiedlicher Länder verbindet. Welthegegonie kann als gesellschaftliche Struktur, als ökonomische Struktur und als politische Struktur beschrieben werden; und sie kann nicht nur eines davon sein, sondern muss alle drei umfassen. Darüber hinaus drückt sich eine Welthegegonie in universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die allgemeine Regeln für das Verhalten von Staaten und für jene Kräfte der Zivilgesellschaft festlegen, die über nationale Grenzen hinweg agieren – Regeln, die die dominante Produktionsweise unterstützen“ (aus Opratko & Prausmüller, 2011a, S. 18) (Cox, 1998, S. 83).

Hegemonie ist, in Interpretation von Cox Definition von Hegemonie, eine auf Konsens gestützte aber gesellschaftlich umkämpfte Form transnationaler Vergesellschaftung, die Herrschafts-, Klassen- und ideologische Verhältnisse miteinschließt. Konsens wird wie bei Gramsci in der Zivilgesellschaft produziert, wobei konkurrierende gesellschaftliche Gruppen um die Deutungsmacht und Führung konkurrieren. Der Staat selbst bildet in dem Zusammenhang einen spezifischen institutionalisierten Bereich von Klassenkämpfen, da in diesem die gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse sowie die Strukturen der ökonomischen, ideologischen und kulturellen Reproduktion festgeschrieben sind. Die institutionalisierte Form der politischen Macht auf Staatsebene und die Legitimation dieser auf einer alltagsweltlichen Dimension in der Zivilgesellschaft bilden verschiedene Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe (Bieling, 2011, S. 12–13).

Neogramscianische Zugänge haben ähnlich wie die Regulations- und Dependenztheorie eine historische Perspektive, wenn es darum geht diese Staats-Zivilgesellschaftlichen-Komplexe zu betrachten, zu analysieren und festzustellen inwieweit sich diese in einer hegemonialen Form ausdrücken. Cox etwa identifiziert verschiedene Phasen stabiler hegemonialer Weltordnungen in der Moderne. Tritt Hegemonie, wie sie Cox definiert, in einer historischen Epoche als stabile Weltordnung auf spricht er wie Gramsci von einem historischen Block (Cox, 1983, S. 219ff.) Zudem unterstreicht Cox den expansiven Charakter einer Welthegeemonie, indem er sie als nach außen gerichtete Expansion der nationalen Hegemonie versteht, die von einer herrschenden Klasse etabliert wird und auf andere Staaten und die internationale Zivilgesellschaft übertragen wird. Trifft im Prozess der Expansion nationaler Hegemonie, hegemoniale ökonomische und soziale Verhältnisse auf alte Strukturen und Gesellschaftsordnungen in der Peripherie kommt es laut Cox zu einer 'passiven Revolution'. Den Begriff der passiven Revolution beschreibt angelehnt an Gramsci, den Prozess des Aufeinandertreffens neuer Elemente der hegemonialen Produktionsweise und sozialen Verhältnissen und bestehender Strukturen der Peripherie, in dem die neuen Elemente in die alten Strukturen aufgenommen und verallgemeinert werden. Dieses Nebeneinanderbestehen nicht-hegemonialer peripherer Verhältnisse und hegemonialer Verhältnissen aus dem Zentrum führt zu Widersprüchlichkeiten innerhalb der Peripherie (Cox, 1983, S. 222). Grund dafür ist, dass die Transformation gesellschaftlicher Strukturen von Außen eingeleitet wird, ohne dass eine wirkliche von Innen realisierte Revolution stattfand. Eine alte Gesellschaftsordnung konkurriert so mit einer neuen importierten oder aufgezwungenen Gesellschaftsvorstellung. Neue hegemoniale Strukturen werden durch materielle Zugeständnisse und durch die Etablierung neuer Leitbilder, in Bezug auf Modernisierung und internationaler Regulation in der Zivilgesellschaft peripherer Staaten etabliert, während antagonistische Positionen marginalisiert werden. Dieser Prozess führt zu einer Einbindung in den transnationalen hegemonialen Block (Bieling, 2011, S. 13).

Besonders die als 'transformismo' bezeichnete Marginalisierung und Neutralisierung gegenhegemonialer Perspektiven nimmt eine entscheidene Rolle bei der Durchsetzung einer Welthegeemonie ein. Dabei werden oppositionelle Ideen kooptiert und der hegemonialen Ordnung entsprechend angepasst und harmonisiert. Zudem werden besonders Eliten und Anführer*innen der Subalternen in hegemoniale Strukturen eingebunden (Cox, 1983, S. 218). Sie werden somit Teil der peripheren Eliten, welche in Bezug auf die Dependenztheorie die Zentren in der Peripherie bilden und eine transnationale vernetzte Bourgeoisie bilden.

Cox schreibt insbesondere internationalen Organisationen eine bedeutende Rolle in der Etablierung einer Welthegeemonie zu, da diese die Regeln zur Ausbreitung der hegemonialen

Weltordnungen verkörpern, sie selbst ein Produkt einer hegemonialen Weltordnung sind, deren Regeln, Normen und Ideologien verbreiten und legitimieren und zuletzt die Eliten der peripheren Staaten kooptieren und gegenhegemoniale Perspektiven absorbieren (Cox, 1983, S. 222ff.). In diesem Licht gilt es auch zu argumentieren inwieweit die KfW als internationale Organisation zu verstehen ist, die ein Produkt und Abbild der neoliberalen Hegemonie darstellt und zur Etablierung einer neoliberalen Welthegeemonie beiträgt.

4.4.4 Die Entwicklung des Neoliberalismus zu einem historischen Block

Soweit konnte die Entstehung des Neoliberalismus als Reaktion auf die Akkumulationskrise des Fordismus verstanden werden und dessen globale Ausbreitung vor allem in der Peripherie anhand der Ausnutzung ungleicher Machtverhältnisse und der Etablierung moderner Abhängigkeitsverhältnisse verstanden werden. Zur langfristigen Stabilisierung neoliberaler Produktionsverhältnisse, die bis in die heutige Zeit reicht, braucht es jedoch eine auf konsensbasierte gesamtgesellschaftliche Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse zu einem transnationalen historischen Block.

Ein neoliberaler transnationaler historischer Block kann, wie in Bezug auf Cox dargelegt wurde auch als Welthegeemonie verstanden werden, die aus einer nach außen gerichteten nationalen Hegemonie erwächst. Die Strukturanpassungsprogramme dienen als prominenteste und folgenreichste Maßnahme, wie sich die nationale neoliberale Hegemonie vor allem in den USA durch eine herrschende Klasse der Kapitalist*innen global ausbreitete. Die Ausbreitung des neoliberalen Akkumulationsmodelles durch die SAPs kann in diesem Sinne nur als zwanghafte Etablierung des Neoliberalismus verstanden werden, welcher durch die parallele Existenz vorheriger peripherer Produktionsverhältnisse als passive Revolution auftritt. Dieses nebeneinander bestehen nicht-hegemonialer peripherer Verhältnisse und hegemonialer Verhältnissen aus dem Zentrum, die von Dependenztheoretiker*innen als strukturelle Heterogenität bezeichnet wird, führt wie Cox ausführen konnte zu Widersprüchlichkeiten innerhalb der Peripherie (Cox, 1983). Insbesondere zu der anhaltenden Ungleichheit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden. Die dauerhafte Einbindung in den transnationalen hegemonialen Block erfolgt wie von Bieling beschrieben durch materielle Zugeständnisse und die Etablierung neuer Leitbilder, in Bezug auf Modernisierung und internationaler Regulation in der Zivilgesellschaft peripherer Staaten, während antagonistische Positionen marginalisiert werden (Bieling, 2014). Die neuen Leitbilder in Bezug auf Modernisierung sind im neoliberalen Entwicklungsmodell festgeschrieben. Dessen Thesen der Entwicklung durch Wirtschaftswachstum und die

Sicherung von freien Märkten besitzen auch heute noch Gültigkeit. Die ökonomische Ausbreitung neoliberaler Akkumulationsformen vollzieht sich somit parallel zu einer kulturellen und ideologischen Ausbreitung neoliberaler Ideen.

Dieser Prozess lässt sich anschaulich anhand der konsensstiftenden Rolle der internationalen Finanzsituationen wie dem IWF nachvollziehen. Der IWF als einer von weiteren bedeutenden Finanzinstitutionen, verkörpert die neoliberalen Ideale der freien Märkte und des freien Handels. In Zuge der SAPs tragen die globalen Finanzinstitutionen zur Ausbreitung des Neoliberalismus bei, indem sie Regeln in Form von Kreditbedingungen festlegen und die zugrundeliegenden Ideologien legitimieren. Abgesichert wird der Prozess unter anderem durch die Ausbildung der Eliten des Globalen Südens in westlichen Universitäten und deren Eingliederung in die globalen Finanzinstitutionen, in welchen sie die organischen Intellektuellen der transnationalen Kapitalfraktion bilden. Als 'Lumpenbourgeoisie' sorgen sie für einen neoliberalen Konsens innerhalb der Peripherie. Dieser Prozess verdeutlicht einen zentralen Mechanismus der globalen Ausbreitung des Neoliberalismus. Angestoßen von einer dominanten Elite im Zentrum werden deren Vorstellung von sozialer und politischer Ordnung auf die internationale und transnationale Ebene ausgedehnt, indem sie in internationalen Organisationen institutionalisiert und anschließend exportiert werden. In den globalen Institutionen vernetzt sich dabei eine Elite, welche die hegemonialen Positionen auf lokaler und globaler Ebene durchsetzen. Der Konsens wird durch Formen der Interventionen, Verhandlungen, Konditionalitäten und Zugeständnissen generiert (Taylor, 2003, S. 127). Der transformismo im Sinne der Kooption gegenhegemonialer Perspektive erfolgt somit durch die Eingliederung lokaler Eliten in die neoliberalen Strukturen der internationalen Organisation aber auch durch Zugeständnisse etwa in Form von Anpassungen in den Kreditbedingungen. Besonders im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit findet eine ständige Harmonisierung gegenhegemonialer Positionen statt. Wie an der Arbeit der KfW veranschaulicht und argumentiert wird werden die Gegenperspektiven zwar aufgenommen jedoch nur im Einklang mit neoliberalen Idealen umgesetzt.

Der Sicherung eines neoliberalen Konsens durch die internationalen Finanzinstitutionen ist einer von vielen Mechanismen der globalen hegemonialen Stabilisierung des Neoliberalismus, jedoch ein bedeutender im Hinblick auf die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Im globalen Maßstab ist die Schaffung von Konsens wie Harvey (2005) und Steger (2010) zeigen konnten ein kontinuierlicher Prozess, der sich über Jahrzehnte durch eine Vielzahl von politischen Entscheidungen und diskursiven Praktiken manifestierte (Harvey, 2005; Steger, 2010). Besonders anschlussfähig erweisen sich die politischen Ideale der Menschenwürde und der individuellen Freiheit als grundlegende, zentrale Werte der Zivilisation (Harvey, 2005, S. 5).

Anhand dieser Werte orientiert sich der neoliberale Diskurs, indem die Werte der Freiheit so umformuliert und beeinflusst werden, dass sie neoliberale Formen der Akkumulation ideologisch stützen. Nach vierzig Jahren neoliberaler Vorherrschaft entwickelte sich in vielen Gesellschaftsbereichen ein neoliberaler Alltagsverstand, welcher sich um wettbewerbsorientierte, marktorientierte, individualistische, unternehmerische und gewinnorientierte Einstellungen dreht (Hall & O'Shea, 2013, S. 11). Die Durchsetzung neoliberaler Prinzipien wurden seitdem im breiten gesellschaftlichen Diskurs für unumgänglich erklärt, um diese Ideale weltweit zu erreichen. Dementsprechende sind neoliberale Werte in der Gesellschaft naturalisiert und werden häufig als alternativlos wahrgenommen.

Durch die Durchdringung neoliberaler Ideale auf ethischer, moralischer und kultureller Ebene und der Liberalisierung und Internationalisierung ökonomischer Strukturen fand eine Machtverschiebung innerhalb und zwischen Staaten statt, bei der transnational operierende Kapitalfraktionen ihre Macht stärken konnten. Die transnationale kapitalistische Elite koordiniert mit zunehmender Macht ihre Interessen vermehrt in internationalen Organisationen und bildet in diesen 'ideologischen Apparaten' ihre hegemonialen Strategien. Dort bildet sie auch eigene organische Intellektuelle aus, welche die internationale Politik innerhalb dieser Organisationen bestimmen (Opratko, 2022, S. 96–97). Die historische Manifestierung der Macht der transnationalen Kapitalfraktion durch eine Vielzahl von politischen Entscheidungen und diskursiven Praktiken festigt den Neoliberalismus als transnationalen historischen Block auf kultureller, ideologischer und ökonomischer Ebene.

Der englische Politikwissenschaftler Stephen Gill charakterisiert den Neoliberalismus entlang dreier verknüpfter Begriffe, welche die bisherigen Ausführungen zum Neoliberalismus zusammenführen. Zum einen führt Gill den Begriff der 'Marktzivilisation' ein. Der Begriff umfasst die Ausweitung von Kommodifizierungsprozessen, also die geographische Ausbreitung der Marktwirtschaft und die Inwertsetzung nicht marktförmig organisierter Lebensbereiche (Opratko, 2022, S. 98–99). Hierunter fallen auch die Strukturanpassungsprogramme, welche die geographische Ausbreitung von Marktstrukturen im Globalen Süden forcieren.

Zudem kann unter Marktzivilisation die ideologische Komponente der neoliberalen Herrschaftsstruktur gefasst werden, welche die Konkurrenzprinzipien und die ökonomische Freiheiten in den Vordergrund stellt. Hier wird der Alltagsverstand und die damit verbundenen Werte unter dem Begriff der Marktzivilisation zusammengefasst. Die zwangsläufigen Konflikte der neoliberalen Weltordnung, durch die wachsenden Ungleichverhältnissen führt zu zwingenden disziplinierenden Herrschaftspraktiken, die Gill als 'disziplinierenden Neoliberalismus'

bezeichnet. Die disziplinierenden Elemente werden von der transnationalen Kapitalfraktion durchgesetzt und beziehen sich sowohl auf Staaten als auch gesellschaftliche Gruppen. Die Disziplinierung erfolgt meist über den Markt und umfasst die Disziplinierung von Arbeiter*innen durch die Schwächung von Gewerkschaften, der Kürzung von Löhnen oder Arbeitsplätzen, also der Regulierung der Lohnverhältnisse, sowie der Einbindung in Finanzmärkte. Mit Hilfe von Überwachung durch die Sammlung personenbezogener Daten wird die Disziplinierung schließlich umgesetzt (Opratko, 2022, S. 99–100). Auch hier können die Strukturanpassungsprogramme als disziplinierende Regulationsmittel betrachtet werden, welche ganze Staaten diszipliniert. Auf individueller Ebene wird später deutlich, dass auch neue Finanzinstrumente der EZA diesen Zweck erfüllen. Die Institutionalisierung des disziplinierenden Neoliberalismus bezeichnet Gill als ‘neuen Konstitutionalismus’. Dieser beschreibt das politisch-rechtliche-institutionelle Rahmenwerk des Neoliberalismus (Opratko, 2022, S. 100). Prägnante Beispiele sind Freihandelsabkommen wie NAFTA aber auch der ganze Entwicklungszusammenarbeitsapparat rund um den IWF, der Weltbank oder der KfW.

Zentrales Ziel dieses Kapitels ist es die grundlegenden Mechanismen des Kapitalismus und derer spezifischer gesellschaftlichen Manifestierung im Neoliberalismus zu erklären. Die Überlegungen dienen dabei als Ausgangspunkt zur Beschreibung des spezifischen Phänomens der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die KfW. Diese spielt sich in einer neoliberalen Regulationsweise und -hegemonie ab, die als politischer und ideologischer Überbau für das Phänomen der Finanzialisierung auftritt. Der Aufstieg des Neoliberalismus zur prägenden Gesellschaftsformation konnte historisch nachgezeichnet und anhand verschiedener Punkte spezifiziert werden. Im Zentrum des Neoliberalismus steht eine auf freien Märkten basierende Ideologie, welche die extensive finanzdominierte Akkumulation stützt. Staat und Zivilgesellschaft bilden dabei einen vernetzten Komplex, in welchem der Staat in einem ideellen neoliberalen Status für die Sicherung von Eigentumsrechten und freien Märkten sorgt. Mit Hilfe von universalen Werten wie individueller Freiheit entstand in einem stetigen Prozess, ein Alltagsverstand, welcher neoliberale Politiken als naturgegeben und richtig wahrnimmt und somit stützt. Auf globaler Ebene tragen, wie anhand der SAPs deutlich wurde, insbesondere internationale Finanzinstitutionen zur Ausbreitung und Stabilisierung des Neoliberalismus bei. Der Fokus auf internationale Finanzinstitutionen soll die zentrale Bedeutung von Finanzialisierung für den Neoliberalismus hervorheben. Die finanzdominierte Form der Akkumulation beruht auf vielfältigen Formen der Finanzialisierung, u.a. der Finanzialisierung der

Entwicklungszusammenarbeit. Daher sollen diese Formen im Folgenden mit Hilfe der vorgestellten Theorien detailliert analysiert werden.

4.5 Finanzialisierung aus einer politökonomischen Perspektive

Der Begriff der Finanzialisierung als zentrales Thema dieser Forschungsarbeit ist den meisten Lesenden vertraut für die erforderliche tiefgründige Analyse des Phänomens bedarf es aber einer über ein Grundverständnis hinausgehenden thematischen Auseinandersetzung, welche Finanzialisierung als einen andauernden, kapitalistischen und umkämpften Prozess mit offenem Ende begreift (Heires & Nölke, 2014b, S. 20).

4.5.1 Definitiorische Einführung in die Finanzialisierung

Die Rückkehr einer breiten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte rund um Finanzialisierung entstammt der globalen Finanzkrise ab 2007, in welcher die Bedeutung der Finanzmärkte für die Weltwirtschaft gesamtgesellschaftlich spürbar wurde. Seitdem beschäftigen sich unterschiedlichste Disziplinen, wie die heterodoxe Ökonomie, die Politikwissenschaft, die Wirtschaftssoziologie oder die Humangeographie wieder vermehrt mit der Thematik (Heires & Nölke, 2014a, S. 253). Der Prozess der Finanzialisierung mag zwar seit 2007 wieder verstärkt in das kollektive wissenschaftliche Bewusstsein gelangt sein, der eigentliche Prozess lässt sich historisch jedoch auf Jahrzehnte und Jahrhunderte zurückverfolgen (Sawyer, 2013, S. 6).

Doch was ist Finanzialisierung? Grundsätzlich wird in Bezug auf Finanzialisierung der Bedeutungs- und Funktionswandel des Finanzsektors untersucht. Besonders die Fragen nach den Ursachen und Mechanismen des Finanzialisierungsprozesses und deren normativer Bewertung stehen dabei im Zentrum der Forschung (Heires & Nölke, 2014b, S. 19ff.). Diese erste begriffliche Abgrenzung von Finanzialisierung fügt sich in die populärste Definition des Terms Finanzialisierung von Epstein (2005), der Finanzialisierung als:

„the increasing role of financial motives, financial markets, financial actors and financial institutions in the operation of the domestic and international economies” definiert (Epstein, 2005, S. 3). Der Finanzialisierungsprozess selbst kann jedoch nicht so einfach erfasst und beschrieben werden, wie diese breite Definition es vermuten lässt. Vielmehr handelt es sich um ein vielschichtiges und höchst komplexes Phänomen, welches eine Vielzahl von Veränderungen des Finanzsystems in unterschiedlichen Dimensionen verursacht. Darunter fallen etwa die Beziehung zwischen Staat und Finanzmärkten, die Entwicklung neuer Finanzinstrumente, die Ausweitung des Anlage- und Kreditgeschäftes, die Deregulierung des Finanzsektors, der

Bedeutungszuwachs von Investmentfonds, der Shareholder-Value als Leitideologie sowie die Erleichterungen im internationalen Kapitalverkehr (Stockhammer, 2014, S. 34). Forschungsarbeiten rund um das Thema der Finanzialisierung beschäftigen sich demnach nicht mit einem klar umrissenen eindeutigen Phänomen, sondern meist mit unterschiedlichen Teilaspekten dieses Phänomens. Daher reicht ein einfacher Blick aus, um zu erkennen, dass Forschungsarbeiten zum Thema Finanzialisierung vorab eine Auswahl von Forschungsaspekten und -dimensionen zur Untersuchung des Phänomens treffen. Die unterschiedlichen Schwerpunkte der Forschenden sind wiederum abhängig von der Forschungsdisziplin und dem theoretischen Zugang der Forschenden. Im Bewusstsein dessen erscheint eine Kategorisierung der Forschung zur Finanzialisierung anhand verschiedener Aspekte sinnvoll. Heires und Nölke (2014) benennen zunächst eine sektorale, funktionale und geographische Dimension anhand denen Finanzialisierung thematisch erforscht wird. Die sektorale Dimension analysiert das „Verhältnis zwischen dem Finanzsektor und den produzierenden Sektoren der Ökonomie“, während die funktionale Dimension die ökonomische, soziale und ökologische Reproduktion durch Finanzialisierung erfasst. (Heires & Nölke, 2014b, S. 19). Genauer gesagt fokussiert sich die Analyse der funktionalen Dimension von Finanzialisierung auf die Erforschung der Ausweitung von Finanzmotiven auf soziale Sicherungssysteme und die Natur. Zuletzt können in der geographischen Dimension die globale Ausbreitung und Bedeutungszuwächse der Finanzmärkte beschrieben werden (Heires & Nölke, 2014b, S. 19ff.). Darüber hinaus findet neben der Kategorisierung von Finanzialisierung anhand verschiedener Dimensionen auch eine Unterscheidung der jeweiligen Analyseebene statt. Differenziert wird dabei zwischen einer Mikro-, Meso- und Makroebene innerhalb der Analysen. Studien, welche auf der Mikroebene angesiedelt sind, analysieren etwa den Aufstieg des Shareholder-Value Ansatzes oder die Finanzialisierung des alltäglichen Lebens von Haushalten oder Individuen. Auf der Mesoebene sind Unternehmen und Banken angesiedelt, wobei bei Fragen nach Unternehmenseigentum und-kontrolle auch die sich verändernden Beziehungen der Unternehmen zu den Finanzmärkten betrachtet werden. Auf der Makroebene wiederum werden gesamtwirtschaftliche Prozesse und Staat-Markt Beziehungen analysiert, insbesondere die Beziehung zwischen dem produzierenden Teil der Wirtschaft und dem Finanzsektor. Hier steht das Verhältnis der erwirtschafteten Profite in den beiden Sektoren im Fokus. Aber auch die Institutionalisierung von Finanzmotiven oder die Vermögens- und Einkommensverteilung sind der Makroebene zugehörige Themenschwerpunkte (Heires & Nölke, 2014a, S. 257–259; Mader et al., 2020, S. 6). Zuletzt gilt es Forschungsarbeiten zur Finanzialisierung im Hinblick auf ihren theoretischen Zugang zu unterscheiden, da dieser die Art und Weise bestimmt, wie die Themen- und Analyseschwerpunkten erforscht werden. Der Großteil

der Autor*innen, welche sich mit Finanzialisierung beschäftigen stammen aus einem kritischen heterodoxen Theoriespektrum, so lassen sich Beiträge aus dem marxistischen und postkeynesianischen Theoriespektrum, aber auch aus der Weltsystem- und Regulationstheorie finden. Grund dafür ist eine normative, kritische Grundausrichtung des Finanzialisierungskonzeptes, die implizit eine zu starke Rolle des Finanzsektors unterstellt oder zumindest deren Aufkommen kritisiert, da von den meisten Wissenschaftler*innen für das hier untersuchte Phänomen instabile schädliche Verteilungsfolgen festgestellt werden (Heires & Nölke, 2014a, S. 255ff.; Mader et al., 2020, S. 12).

Analysen zur Finanzialisierung als ein andauernder Prozess, in welchem die Bedeutung von Finanzmotiven und Finanzmärkten wächst, lässt sich demnach anhand der untersuchten Dimensionen, Analyseebenen und deren zugrundeliegenden theoretischen Zugang unterscheiden und dementsprechend kategorisieren. Dabei soll hervorgehoben werden, dass Finanzialisierung ein hoch komplexes Phänomen mit einer enormen Reichweite darstellt und eine Definition, welche sich nur an ihrem Bedeutungszuwachs orientiert dazu neigt, diese Komplexität nicht adäquat abzubilden. Eine breite Definition von Finanzialisierung wie sie Epstein vorschlägt ermöglicht es zunächst verschiedene Arbeiten zu dem Themenschwerpunkt miteinander zu verknüpfen. Für Arbeiten, die nach den Ursachen und den dahinterliegenden Mechanismen von Finanzialisierung forschen, bleibt die Definition jedoch unterkomplex. Vor allem eine Abgrenzung zu den Konzepten wie Globalisierung oder dem Neoliberalismus kann nicht geliefert werden (Heires & Nölke, 2014a, S. 259ff.). Daher erscheint es hilfreich, die Finanzialisierungsdefinition von Epstein zu erweitern. Dafür kann eine Vielzahl von Definitionen anderer Autor*innen herangezogen werden, die jeweils verschiedene Aspekte von Finanzialisierung berücksichtigen. Eine Übersicht liefern Mader et. al (2020), die 11 verschiedene Definitionen zusammengetragen haben, die zu den verschiedenen Analyseebenen der Mikro- Meso- und Makroebene Bezug nehmen (Mader et al., 2020).

Am hilfreichsten für diese Forschungsarbeit erscheint jedoch die Definition des amerikanischen Ökonomen Thomas Palley (2008), welcher Finanzialisierung folgendermaßen definiert:

„Financialization is a process whereby financial markets, financial institutions and financial elites gain greater influence over economic policy and economic outcomes. Financialization transforms the functioning of economic system at both the macro and micro levels. Its principal impacts are to (1) elevate the significance of the financial sector relative to the real sector; (2) transfer income from the real sector to the financial sector; and (3) increase income inequality and contribute to wage stagnation. [...] Financialization operates through three different

conduits: changes in the structure and operation of financial markets; changes in the behavior of nonfinancial corporations, and changes in economic policy” (Palley, 2008, S. 1).

Die Stärke dieser weitaus umfassenderen Definition liegt in ihrem breit ausgelegten Grundverständnis von Finanzialisierung, welches sich an Epsteins Definition orientiert diese aber um wichtige Aspekte erweitert. So werden die verschiedenen Analyseebenen auf der Mikro- und Makroebene berücksichtigt. Die Punkte eins und zwei beschreiben beobachtbare Mechanismen des Finanzialisierungsprozesses, während Punkt drei deren Folgen beschreibt (Heires & Nölke, 2014a, S. 260). Zuletzt werden auch die relevantesten Teilprozesse der Finanzialisierung beschreiben, was es schlussendlich ermöglicht „Finanzialisierung als den Kulminationspunkt einer längerfristig angelegten, strukturellen Transformation des Kapitalismus“ zu begreifen (Heires & Nölke, 2014b, S. 19).

Eine breite einfach verständliche Definition von Finanzialisierung wie sie Epstein präsentiert, mag den von meisten Lesenden verständlicherweise präferiert werden. Trotz dessen ist es entscheidend eine Idee von der Komplexität des Phänomens der Finanzialisierung zu vermitteln. Im weiteren Verlauf der Forschungsarbeit, wird im vollen Bewusstsein der Komplexität des Phänomens entsprechend des jeweiligen untersuchten Aspekts von Finanzialisierung detailliert auf die hier beschriebenen Punkte Bezug genommen. Denn die Fokussierung auf Finanzialisierung in der Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht es für dieses konkrete Teilphänomen von Finanzialisierung nicht nur einzelne Aspekte zu erforschen, sondern den Finanzialisierungsprozess in seiner Gesamtheit zu betrachten. Also unterschiedliche Dimensionen und Analyseebenen aus verschiedenen theoretischen Perspektiven zu analysieren. Konkret können so Finanzialisierungstendenzen auf der Makro- und Mesoebene aber auch die Finanzialisierung des alltäglichen Lebens der Bevölkerung im Globalen Süden analysiert, miteinander verbunden und deren Folgen in den Fokus genommen werden.

4.5.2 Finanzialisierung als zentraler Mechanismus des Neoliberalismus

Wie Heires und Nölke (2014) anmerken liegt der Fokus der Forschung zur Finanzialisierung meist auf den Folgen von Finanzialisierung, die politischen und ökonomischen Ursprünge des Phänomens werden dabei jedoch weitestgehend außer Acht gelassen (Heires & Nölke, 2014a, S. 261). Auch eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Begriff der Finanzialisierung kann das Phänomen zwar detailliert beschreiben jedoch kaum erklären. Die breite Einbettung in die verschiedene theoretische Perspektiven, der Regulations- und Dependenztheorie und dem Neogramscianismus, versucht an diesem Kritikpunkt anzusetzen und eine möglichst umfassende

Erklärung der Ursprünge und Mechanismen des Phänomens zu liefern. Die Erklärungen selbst orientieren sich an den vier verschiedenen Forschungstraditionen der heterodoxen Ökonomie, die Erklärungsmechanismen in Bezug auf Funktion, Macht, Interesse und Legitimität unterteilen (Engelen, 2008, S. 117).

Daneben fehlt es bisherigen Diskussionen, der Kritischen Internationalen Politischen Ökonomie über Finanzialisierung, an einer globalen Perspektive, die sich an Entwicklungen außerhalb der USA und Großbritannien orientieren (Heires & Nölke, 2014a, S. 261). Auch hier bilden die vorgestellten Theorien den Ausgangspunkt einer globalen Perspektive auf Finanzialisierung.

Bis jetzt wurden die verschiedenen Theorien auf den Neoliberalismus angewandt, welche diesen als das dominierende gesellschaftliche Verhältnis begreifen, wobei deutlich wurde, dass Finanzialisierung eine prägende Rolle im Neoliberalismus spielt. Offen bleibt jedoch, wie die theoretischen Perspektiven in Zusammenhang mit dem Neoliberalismus auf das konkrete Phänomen der Finanzialisierung und der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit übertragen werden kann. Hierfür lohnt es sich auf Harvey (2005) zurückzukommen, der den grundlegenden Mechanismus des Neoliberalismus als die Finanzialisierung von allem beschreibt (Harvey, 2005, S. 33). Ausgehend von dieser These ist die Finanzialisierung zentraler Bestandteil des Neoliberalismus und untrennbar mit diesem verknüpft. Wie in der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus deutlich wurde ist der Neoliberalismus tatsächlich von einer finanzdominierten Akkumulationsweise und einem globalen Bedeutungszuwachs von Finanzmotiven, Finanzmärkten und Finanzinstitutionen durchzogen. Die Erklärung zur historischen Entstehung und aktuellen Funktionsweise des Neoliberalismus kann, wie hier argumentiert werden soll, direkt auf das Phänomen der Finanzialisierung übertragen werden.

4.5.3 Das globale Finanzsystem

Die Finanzialisierung und deren spezifische Form die Finanzialisierung der EZA sind logischerweise in eine breite allgemeine Finanzialisierung des globalen Wirtschaftssystems eingebettet, welche sich anhand der beschriebenen Mechanismen der Krisenbewältigung und neoliberalen hegemonialen Ausbreitung vollzog. Speziell der Dependenz- und Regulationstheoretiker Giovanni Arrighi folgt dieser Argumentationslinie. Er identifiziert historische Zyklen der Finanzialisierung, welche als Reaktion einer Hegemoniekrise auftreten. Hegemoniale kapitalistische Formationen folgen demnach einem zyklischen Entwicklungsmuster und lösen sich gegenseitig ab. Sinkt die Produktivkraft einer hegemonialen Macht nimmt die Finanzsphäre eine größere Rolle ein. Durch den Machtverlust in Produktion und Handel treten hegemoniale Kräfte als Kreditgeber*innen, insbesondere für aufsteigende Länder und Mächte in Erscheinung, um

auf diesem Wege ihre Macht abzusichern. Privilegierten Akteursgruppen nutzen den Finanzialisierungsprozess somit als Machtmittel, indem Finanzströme genutzt werden, um anderen Regionen und Ländern Wohlstand zu entziehen (Beck & Knafo, 2020, S. 139).

Für Arrighi gibt es mit Genua als frühere Handelsstadt, den Niederlanden und Großbritannien ältere historische Beispiele dieses Prozesses (Lapavistas, 2011, S. 615ff.). Die Ausweitung von Finanzmotiven als Form der Transformation des Kapitalismus bezieht sich somit auf ein Akkumulationsmuster, bei dem Gewinne vor allem über Finanzkanäle statt über Handel und Warenproduktion erzielt werden (Krippner, 2005, S. 179).

Für die Moderne soll der Übergang von einem fordistischen zu einem neoliberalen Akkumulationsregime als hegemonialer Krisenzyklus verstanden werden, welcher in der Etablierung eines globalen Finanzsystems mündet. Die Etablierung des globalen Finanzsystems ist in dieser Logik an die Ausbreitung der neoliberalen Hegemonie gekoppelt. Der Prozess der Errichtung spiegelt auch die vielseitige Nutzung der Finanzialisierung als Machtmittel wider. Durch eine schrittweise Liberalisierung des Finanzmarktes, welche durch den Abbau der Kapitalverkehrskontrollen geprägt war, konnten Kapitalfraktionen ihre Macht stetig ausbauen. Eine entscheidende Rolle spielten neben dem ausführlich diskutierten Internationalen Währungsfonds auch der Integrationsprozess der Europäischen Union und weitere internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Zunahme globaler Finanzflüsse spielt sich vor allem auf der Ebene der ausländischen Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und einer Ausweitung globaler Kreditbeziehungen ab (May et al., 2023, S. 173ff.).

Hier wird die geographische Dimension der Finanzialisierung deutlich. Die Etablierung der Strukturanpassungsprogramme sorgte nicht nur zur Herstellung neuer Abhängigkeitsverhältnisse zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden, sondern auch zur Durchsetzung der finanzbasierten neoliberalen Akkumulationsweise. Neben der, von Arrighi beschriebenen und schließlich nachgewiesenen konstanten Abschöpfung von Wohlstand aus der Peripherie in das Zentrum (siehe Kapitel 4.3.3) bilden Schulden einen zentralen Fixpunkt der finanzbasierten Machtstrukturen. Die Bedeutung der internationalen Finanzinstitutionen und multilateralen Entwicklungsinstitutionen als Kreditgeber*innen für periphere Länder und Herrschaftsinstitutionen lässt sich an der zunehmenden Verschuldung der Länder erkennen. Seit dem Beginn einer neuen neoliberalen Ordnung sind die Schulden der Peripherie stark angestiegen. Einen weiteren Schub erhielt die Schuldenhöhe nach der Finanzkrise ab 2007 (siehe Abbildung 2). Die Konsequenz der ansteigenden Verschuldung ist ein stetiger Werttransfer vom Globalen

Süden in den Globalen Norden. Der Nettotransfer von der Peripherie in das Zentrum lag zwischen 2000 und 2028, jährlich bei 440 Milliarden US-Dollar (UNCTAD, 2019, S. 108).

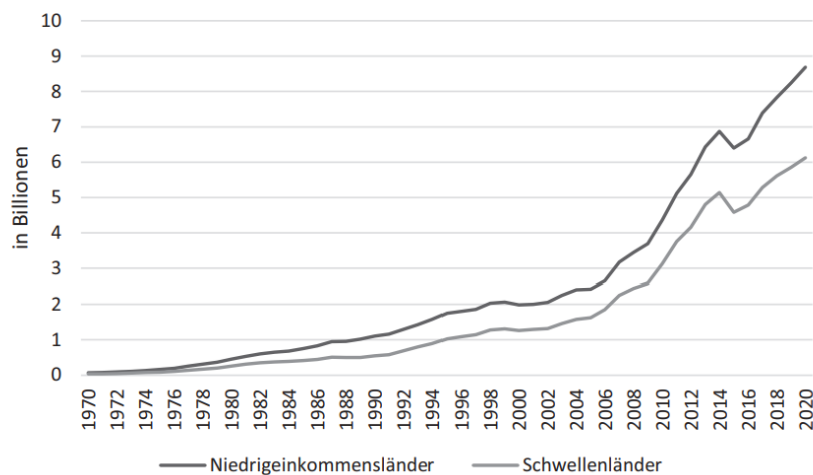


Abbildung 2: Auslandsverschuldung von Niedrigeinkommens- und Schwellenländern, 1970-2020, Quelle: (May et al., 2023, S. 174)

Akkumulations- und Hegemoniekrisen sind demnach entscheidende Mechanismen, die eine zunehmende Finanzialisierung verursachen. Finanzialisierung ist somit viel mehr als der bloße Bedeutungszuwachs von Finanzmotiven, sondern im erweiterten Sinne die „Tendenz einer hegemonialen Positionierung der Finanzmärkte und ihrer Akteure in den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhängen des globalen Kapitalismus“ (Ebner, 2014, S. 49).

Die Absicherung einer hegemonialen Vormachtstellung des Globalen Nordens über ein globales Finanzsystem ist zwar eine Reaktion auf kapitalistische Krisen, sie ist dabei jedoch selbst sehr krisenanfällig. Für den Wirtschaftswissenschaftler Engelbert Stockhammer ist ein finanzbasiertes neoliberales Akkumulationsmuster von einer schwachen realen Wachstumsdynamik und einer zunehmenden finanziellen Fragilität durch eine steigende Verschuldung gekennzeichnet. Die konkreten Folgen dieser Fragilität unterscheiden sich, je nach Position in den internationalen Machtbeziehungen jedoch erheblich (Stockhammer, 2014, S. 44). Besonders für den Globalen Süden sind die negativen Folgen des umfassenden Finanzialisierungsprozesses evident. Die neoliberale Vorstellung, dass die Globalisierung der Finanzmärkte dazu führt Kapital effizient einzusetzen und somit Wachstumseffekte zu erzeugen wurde wiederum hinreichend widerlegt (Stockhammer, 2014, S. 42). Konträr dazu verhindert eine zunehmende Verschuldung und die Einbindung in den globalen Markt eine autonome wirtschaftliche Entwicklung der Regionen, was für zunehmende Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft sorgt. Zudem führen volatile Kapitalströme zu einer Häufung von Wechselkurskrisen in der Peripherie. Die Beispiele

solcher Krisen in den letzten Jahrzehnten sind zahlreich. Unter anderem waren Mexiko 1994, die Türkei 1994 und 2001, Süd-Ost-Asien 1997/98 und Argentinien 2001 betroffen (Stockhammer, 2014, S. 42). Negative Folgen der Finanzialisierung treten in der Peripherie aufgrund ihrer Abhängigkeitsverhältnisse zum Globalen Norden zwar besonders stark hervor, sind aber nicht auf diese Regionen beschränkt. Global kann durch die fortschreitende Finanzialisierung eine zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit beobachtet werden. Rückflüsse aus Finanzinvestitionen werden in einem finanzdominierten Akkumulationsregime nicht in die Unternehmen für produktive Tätigkeiten reinvestiert, sondern dem Finanzmarkt zurückgeführt, da hier höhere Renditen erzielt werden können. Die Stagnation der Reallöhne und die zunehmende Verschuldung der Lohnempfänger*innen, welche sich in einer zunehmenden Lohnungleichheit ausdrücken, sind die ökonomische Konsequenz (van der Zwan, 2014).

Die beobachtbaren Krisenprozesse haben einen harten politökonomischen Kern, die durch die finanzbasierte kapitalistische Akkumulationsdynamik, damit einhergehende instabile transnationale Finanzbeziehungen, Abhängigkeitsverhältnissen sowie den Prozessen der ungleichen Entwicklung systematisch gefördert werden. Das stetige Auftreten von Krisen führt zu einer zunehmenden Legitimationskrise, in welcher die Operationsweise internationaler Institutionen und Staaten kritisiert und hinterfragt wird (Bieling, 2014, S. 195). Durch die ökonomischen Krisenprozesse und damit die einhergehende Legitimationskrise sieht sich der Neoliberalismus einer Hegemoniekrise konfrontiert, die zunehmend reguliert werden muss, besonders „wenn gesellschaftskritische Deutungsangebote und emanzipatorische politische Projekte, im öffentlichen Diskurs an Attraktivität und Bedeutung erlangen“ (Bieling, 2014, S. 195).

Wie in dieser Forschungsarbeit argumentiert wird, ist die Reaktion auf die zunehmende Hegemonie- und Legitimationskrise des Neoliberalismus nicht nur eine Rückkehr zu einer verstärkt intensiven Akkumulation und Handelsbeschränkungen, sondern dem diametral entgegenstehend auch eine Ausweitung der Finanzialisierung auf weiterer bisher nicht von Finanzmotiven durchdrungene Bereiche. Den Prozess der Ausweitung der Finanzialisierung auf andere Bereiche, welche nicht traditionelle Bereiche der finanzialisierten Ökonomie betreffen, soll angelehnt an den Wirtschaftshistoriker Karl Polany als Vermarktlichungsprozess begriffen werden. Hier steht nicht das quantitativ zunehmende Volumen von finanzgetriebener Akkumulation, etwa auf den Aktien- und Derivatmärkten im Fokus, sondern dessen qualitative Ausweitung. Vermarktlichung beschreibt also einen Prozess der „Ausweitung von Marktmechanismen in zuvor nicht-marktlich koordinierten gesellschaftlichen Felder [...] und von politischen Akteuren unter Maßgabe strategischer Interessen durchgesetzt wird“ (Ebner, 2014, S. 49). Finanzialisierung ist somit als spezifische Phase kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung zu begreifen,

in welcher das Finanzsystem vermarktet wird und bisher nicht durch Finanzmärkte organisierte Bereiche in ein globales Finanzsystem eingegliedert werden. In dem Prozess der Vermarktlichung sucht das Kapital nicht nur neue Anlageformen, sondern auch nach neuen Anlageregionen, die finanzialisiert werden können (Becker, 2014, S. 182). Polany geht in seinem Verständnis von Vermarktlichung von einer institutionellen Einbettung von ökonomischen Prozessen aus, welche die soziale Konstruktion von Märkten politisch forciert und als Bestandteil strategischer Interessen begreift (Ebner, 2014, S. 50; Holmes, 2012). Die Perspektive steht im Einklang mit den bisherigen Überlegungen zur Analyse der spezifischen historischen Gesellschaftsformation des Neoliberalismus. Auch hier gilt es herauszuarbeiten, dass Finanzialisierung ein politisch und ideologisch geprägter historischer Prozess ist und von gesellschaftlichen Sonderinteressen stimuliert wird (Ebner, 2014, S. 49). Wie die Errichtung des globalen Finanzsystems eindrücklich zeigt sind die Finanzialisierungsprozesse, in Form einer zunehmenden Vermarktlichung staatlich forciert und von einer Umstrukturierung sozialer Beziehungen geprägt (Ebner, 2014, S. 50). Finanzialisierung ist dementsprechend nicht nur der historische Ausgangspunkt der Entstehung des Neoliberalismus als Reaktion einer kapitalistischen Krise, sondern auch Teil dessen aktueller Krisenbewältigungsstrategie.

Die bisher diskutierten theoretischen Zugänge ermöglichen, wie hier dargestellt wurde, in Kombination eine Erklärung der zunehmenden Finanzialisierung im Neoliberalismus.

Vor diesem Hintergrund soll im weiteren Verlauf der Forschungsarbeit argumentiert werden, dass die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit ein spezifischer Bestandteil des beschriebenen globalen finanzbasierten Akkumulationsregimes darstellt und in den Vermarktlichungsprozesse der Finanzialisierung eingebettet ist. In der Finanzialisierung der EZA lassen sich die sozialen Kämpfe und Kompromisse, die Formen der Regulation, besonders im Hinblick auf Formen der Regulation des Geldes und Kredits sowie Formen der Regulation lokaler, nationaler, regionaler, internationaler und globaler Verhältnisse und ideologische Aspekte des Phänomens deutlich beobachten und nachvollziehen. Insbesondere inwieweit Finanzialisierung einen aktiv politisch forcierten Prozess darstellt.

TEIL III Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit und die Rolle der KfW

5. Politische Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit

Im zweiten Teil dieser Arbeit konnte auf einer sehr abstrakten Ebene eine Erklärung des Phänomens der Finanzialisierung geliefert werden. Die gewonnen Erkenntnisse sollen nun als Basis der weiteren theoretischen Analyse des spezifischen Phänomens der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit dienen. Die folgenden Kapitel dienen dementsprechend dazu die bisherigen Erkenntnisse auf eine konkretere Ebene zu verlagern.

5.1 Politökonomische Perspektiven auf die globale Entwicklungszusammenarbeit

Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist die Entwicklungszusammenarbeit ein wichtiger politischer und wirtschaftlicher Bestandteil der internationalen Politik und insbesondere der Außenpolitik der wichtigsten Industrieländer. Sieht man sich die Ausgaben für die Official Development Aid Mitte der letzten Jahre an wird deutlich, dass dieser Bereich der Außenpolitik weiter an Relevanz gewinnt.

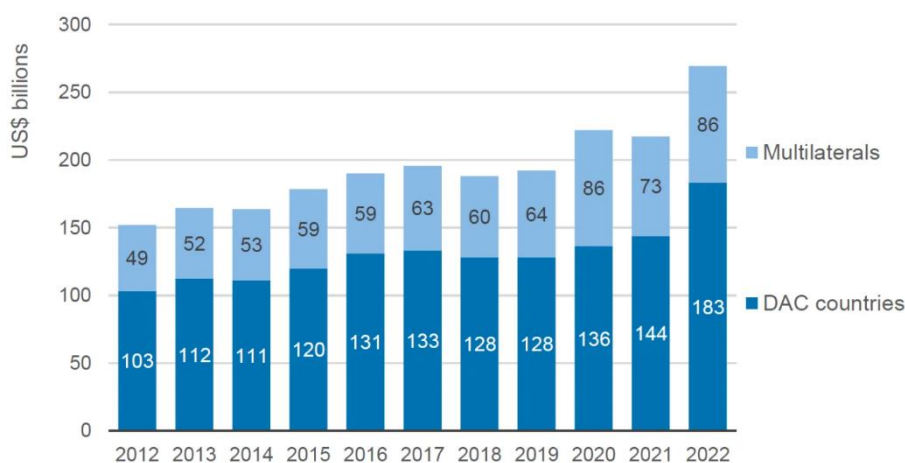


Abbildung 3 ODA von DAC-Ländern und multilateralen Organisationen (in Mrd. US\$), Quelle: (OECD DAC data, 2022)

Ebenso lang wie die Entwicklungszusammenarbeit existiert wird sie auf verschiedensten Ebenen kritisiert. Der Hauptkritikpunkt richtet sich an die umstrittene positive Wirkung der EZA. Bisher ist es den Hauptempfängerländern nicht gelungen sich auf einen Pfad einer nachhaltigen Entwicklung zu begeben, auf welchen das Wohlfahrtsniveau der Länder des Globalen Nordens zeitnah erreicht wird. Darüber hinaus herrschen im wissenschaftlichen Diskurs über die EZA unterschiedliche Meinungen über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit. Wissenschaftliche Studien über die Wirksamkeit einzelner Projekte oder über die gesamte Entwicklungszusammenarbeit können entweder keine oder nur geringe positive Effekte feststellen (Faust & Michaelowa, 2013, S. 13). Wie mit Hilfe der Dependenztheorie aufgezeigt werden konnte, liegt die fehlende Wirksamkeit nicht hauptsächlich an uneffektiv eingesetzten Mitteln der EZA, sondern ist in der kapitalistischen Verwertungslogik begründet, da Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnisse auf globaler Ebene in das kapitalistische System eingeschrieben sind. In der Entwicklungszusammenarbeit drückt sich dies in den kapitalistischen Eigeninteressen beteiligter Akteur*innen aus. Entwicklungszusammenarbeit wird besonders in der Außenpolitik instrumentalisiert, um andere Ziele und Interessen etwa in den Bereichen der Handels-, Klima- und Migrationspolitik durchzusetzen, wie auch am Beispiel der Strukturanpassungsprogramme deutlich wurde. Auch die Sonderinteressen beteiligter Akteur*innen in den Ländern des Globalen Südens spielen eine wichtige Rolle. Sie nutzen Entwicklungsprojekte häufig aus, um eigene finanzielle Vorteile zu generieren (Faust & Michaelowa, 2013, S. 16). Die Kritikpunkte lassen sich in ein größeres Bild der kritischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus einbetten, da in der Entwicklungszusammenarbeit eine Vielzahl der beschriebenen Mechanismen des Neoliberalismus in konzentrierter Form zusammenlaufen.

Die EZA fungiert wie hier argumentiert werden soll als Mittel des transformismo, um gegenhegemoniale Perspektiven, die sich zwangsläufig aus einer anhaltenden globalen Ungleichheit ergeben, zu neutralisieren. Entwicklungszusammenarbeit soll im diesem Sinne Ungleichheitsverhältnisse zwar anerkennen deren Ursachen jedoch im Fehlen neoliberaler Rahmenbedingungen verorten und Lösungen im Sinne neoliberaler Prinzipien etablieren. Der Bedeutungsgewinn der Entwicklungszusammenarbeit für die Außenpolitik der Länder des Globalen Nordens ist somit zeitgleich Ausdruck und Lösungsversuch einer Legitimationskrise der neoliberalen Verhältnisse, die sich in einer anhaltenden Ungleichheit und stetig auftretenden Krisen begründet. Dementsprechend nimmt innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit, die im Sinne eines Mittels zur Legitimationskrise des Neoliberalismus steht, Finanzialisierung eine wichtige Rolle als Krisenbewältigungsstrategie ein. Entwicklungszusammenarbeit kann und möchte Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnissen jedoch gar nicht vollständig beseitigen. Zum einen da

sie dessen Ursache nicht in den neoliberalen Verhältnissen verortet, sondern in diesen deren Lösung sieht und zum anderen da Entwicklungszusammenarbeit als politisches Mittel genutzt wird, um die Hegemonie des Globalen Nordens zu sichern und die herrschenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten.

In diesem Sinne kann auch die Monopolisierung der globalen Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahrzehnte betrachtet werden. Die führenden Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, bestehend aus dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, multi- und bilateralen Entwicklungsbanken und weiteren Entwicklungsorganisationen schließen sich zu einem 'Kartell' zusammen, welches die EZA organisiert, koordiniert und nach dessen Zielen und Interessen ausrichtet. Die Koordination und Interessensausrichtung mündet in einen von den Kartell entwickelten Entwicklungsrahmen, der sich stetig anpasst. Bildeten die Millennium Development Goals den Entwicklungsrahmen für die Jahre 2000 – 2015, sind seit 2015 die Sustainable Development Goals der Bezugspunkt, an dem sich die Entwicklungszusammenarbeit ausrichtet. Dominiert wird die Koordination, die Durchführung und das Agenda-Setting der EZA aufgrund der ökonomischen und politischen Macht von den Nationen des Globalen Nordens. Werden Gelder benötigt gibt es kaum Möglichkeiten sich nicht an dieses Kartell zu wenden. Infolgedessen müssen sich die Empfängerländer des Globalen Südens in die Bürokratie der Organisationen eingliedern, welche die Bedingungen für Entwicklungsgelder, die Formen der Projektauswahl und -beurteilung und dessen Ziele bestimmen. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Machtpositionen führen dazu, dass Entwicklungsorganisationen der Geberländer nur sich selbst gegenüber Rechenschaftspflichtig sind (Easterly, 2013).

Aufgrund der fehlenden positiven Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit, dem kontinuierlichen Bestehen globaler Abhängigkeits- und Ungleichverhältnisse und den ungleichen Machtstrukturen innerhalb der EZA, gerät diese selbst in eine stetige Legitimationskrise. Die allgemeine Legitimationskrise des Neoliberalismus spiegelt sich also wegen der neoliberalen Organisation der EZA in dieser wider. Dementsprechend sind sowohl die dahinterliegenden Mechanismen als auch die Bewältigungsstrategien sehr ähnlich. Wie konkret dargelegt wird ist besonders eine zunehmende Finanzialisierung der EZA ein prägendes Mittel, um der Legitimationskrise entgegenzuwirken. Innerhalb des Finanzialisierungsprozesses müssen Entwicklungsziele und -strategien aufbauend auf einer neoliberalen Ideologie, eine neue Legitimation verliehen werden. Gerade die stetige Anpassung der Entwicklungsziele etwa im Rahmen der SDGs ist Ausdruck dieses Prozesses.

Die bisher beschriebenen Mechanismen der kapitalistischen Produktionsweise, wie stetig auftretende Akkumulations- und Legitimationskrisen, sowie das Fortbestehen globaler Abhängigkeitsverhältnisse lassen sich direkt auf die Entwicklungszusammenarbeit und deren Finanzialisierung übertragen.

5.2 Die Rolle von Entwicklungsbanken in der Finanzialisierung der EZA

In dem Finanzialisierungsprozess der EZA und deren globaler Koordination innerhalb des Kartells der Entwicklungszusammenarbeit nehmen besonders multi- und bilaterale Entwicklungsbanken eine zentrale Rolle ein. Sie sind ein wichtiges politisches Instrument, das es verschiedenen Ländern ermöglicht, miteinander zu kooperieren. Ihre Aufgabe liegt in der Förderung von sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Projekten, in welche sonst niemand investiert. Investitionen von multi- und bilateralen Entwicklungsbanken fokussieren sich daher auf die Schaffung öffentlicher Güter wie Infrastruktur oder ein Gesundheitssystem. Projekte dieser Art werfen üblicherweise keine direkten Gewinne ab, was sie für kommerzielle Investoren unattraktiv macht. Der Auftrag von Entwicklungsbanken besteht jedoch nicht im Erzielen von Gewinnen, sondern in der Entwicklungsförderung. Daher können sie Kredite für Projekte vergeben, die keine direkten finanziellen Erträge abwerfen, sondern einen langfristigen sozialen Mehrwert bieten. Die dahinterstehende Gemeinnützigkeit verleiht den Entwicklungsbanken eine Form der Legitimität, trotz kritischer Stimmen, welche Entwicklungsbanken die Verfolgung politischer und wirtschaftlicher Interessen ihrer Aktionäre vorwerfen. Entwicklungsbanken verfügen wegen ihres (multi-)staatlichen Rückhalts die finanziellen Möglichkeiten, eigene Direktinvestitionen zu tätigen oder Projekte für nachhaltige Infrastruktureinrichtungen zu unterstützen. Zudem sammelt sich in den Finanzinstitutionen ein weitreichendes Fachwissen und Netzwerk sowie internationales Ansehen mit dessen Hilfe langfristige Strategien und rechtliche Rahmenbedingungen entworfen und koordiniert werden können. Multi- und bilaterale Entwicklungsbanken können Entwicklungen initiieren und den Weg für private Investoren und Regierungen ebnen, indem sie Infrastrukturen für private und öffentliche Investitionen aufbauen und verdeutlichen, dass Investitionen in diese Bereiche lukrativ sein können.

Im Kern leihen sich multi- und bilaterale Entwicklungsbanken Kapital auf dem internationalen Finanzmarkt, um so private Ressourcen in gesamtgesellschaftlich ausgerichtete Projekte zu lenken. Besonders in Krisen nehmen diese Finanzinstitutionen eine tragende Rolle ein, da diese trotz schlechter Renditeaussichten über genug Kapital verfügen auch in diesen Zeiten Projekte

zu finanzieren (Humphrey, 2022, S. 3ff.). Eine ähnliche Funktionsweise können wir bei der KfW beobachten, die in Kapitel 6.3 in Detail vorgestellt wird.

Die Ziele und Struktur von Entwicklungsbanken unterscheiden sich zwar maßgeblich von kommerziellen Banken, die allgemeine Funktionsweise bleibt jedoch gleich. Sie vergeben meistens Kredite oder verleihen Ressourcen. Zwar wollen sie keine Gewinne erwirtschaften, jedoch auch keine Verluste generieren, da sie sonst nicht langfristig operieren und sich insbesondere nicht refinanzieren könnten. Sie müssen somit neben Entwicklungs- auch Finanzaspekte berücksichtigen, was zu einer ständigen Abwägung der beiden Teilbereiche in der Auswahl der Projekte führt (Humphrey, 2022, S. 10).

Mit der Europäischen Investitionsbank, der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank, der Bankengruppe Afrikanische Entwicklungsbank, der Inter-Amerikanische Entwicklungsbank oder der New Development Bank verfügt jede Weltregion über eigene Multilaterale Entwicklungsbanken. Die zentrale Rolle der Finanzinstitutionen in der globalen Entwicklungszusammenarbeit und der globalen Ausbreitung verdeutlicht, dass Entwicklungszusammenarbeit ein inhärent finanzialisiertes Phänomen ist.

6. Die KfW und ihre Rolle in der deutschen EZA

Ziel des folgenden Kapitels ist es den Prozess der Konkretisierung der bisherigen theoretischen Überlegungen weiter fortzuführen. Konnte im bisherigen Verlauf der Arbeit Finanzialisierung in seiner allgemeinsten abstrakten Form beschrieben und erklärt werden wurde das gewonnene Wissen darüber genutzt, um die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit zu beschreiben und einen kritischen Blick darauf zu werfen. Nun gilt es die Grundlage dafür zu legen das Phänomen der Finanzialisierung der EZA im Zusammenhang mit der Arbeit der KfW analysieren zu können. Hierfür wird zunächst ein Überblick über die Rolle der KfW in der deutschen EZA geschaffen.

6.1 Einführung in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Eingegliedert in das globale Kartell der Entwicklungsarbeit ist auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und deren zugehörige Institutionen, insbesondere die KfW als bedeutende Entwicklungsbank.

Die Rolle der KfW als wichtige Akteurin der institutionalisierten EZA muss zunächst in ein Gesamtverständnis der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eingebettet werden. Deutschland ist hinter den USA zweitgrößte Gebernation in der Entwicklungszusammenarbeit und nimmt dementsprechend eine bedeutende Position in der globalen EZA ein. Akteur*innen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben allein aufgrund der hohen verfügbaren Geldmittel entscheidenden Einfluss auf das Agenda-Setting und die Implementierung von Reformen im Rahmen der EZA (Bohnet, 2017). Eingebettet ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, wie die Grafik über die Struktur der deutsche Entwicklungszusammenarbeit verdeutlicht, in ein globales Netz globaler Entwicklungsinstitutionen (siehe Abbildung 4).

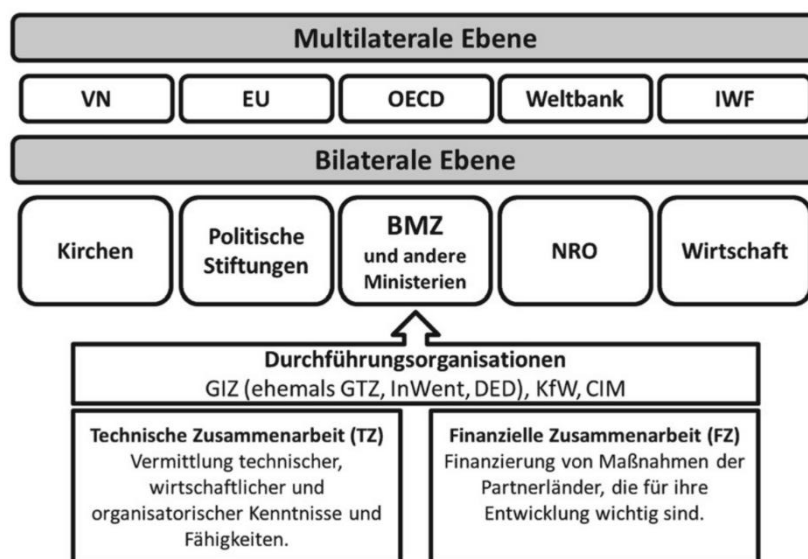


Abbildung 4: Schematische Darstellung der Akteur*innen der Entwicklungszusammenarbeit, Quelle (Gieler & Nowak, 2021, S. 357)

Als zentrale Koordinationsstelle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dient das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Hier wird die deutsche Entwicklungszusammenarbeit geplant, politisch gesteuert und mit der globalen Strategie der EZA harmonisiert. Die Ausführung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit findet jedoch in den sogenannten Durchführungsorganisationen statt, welche vom BMZ beauftragt werden (BMZ, 2024). Die KfW nimmt unter den Durchführungsorganisation der deutschen EZA eine zentrale Rolle ein. In der Arbeit der KfW und den durch sie durchgeführten Entwicklungsprojekten sind die Ziele, Strukturen und ideologische Ausrichtung der deutschen EZA eingeschrieben und lassen sich hier besonders gut beobachten. Die Festlegung der strategischen und ideologischen Ausrichtung und die zur Verfügung gestellten Mittel sind, wie später am Beispiel der Mikrofinanzierung deutlich wird, stark pfadabhängig und von vergangenen

Entscheidung, etwa früheren Mittelzusagen geprägt. Die Basis der thematischen Prioritäten und Zielsetzung der deutschen EZA sind die Vereinbarungen im Rahmen internationaler Abkommen, darunter fällt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin festgelegten Sustainable Development Goals sowie von der G7 getroffene Beschlüsse und das 2015 verabschiedete Pariser Klimaschutzabkommen. Gerade die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen sollen eigentlich die Verantwortung aller Länder zur Erreichung der globalen Entwicklungsziele in den Vordergrund stellen und somit eine Nord-Süd-Abhängigkeit überwinden (Bohnet, 2017, S. 7ff.). Ob dies wirklich der Fall ist soll anhand der Arbeit der KfW überprüft werden.

6.2 Die KfW und ihre Rolle innerhalb der deutschen EZA

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist als Förderbank nun seit über 75 Jahren eine bedeutende Finanzakteurin in Deutschland und weltweit. Hauptsächlich bekannt als Förderbank für die deutsche Wirtschaft nimmt sie jedoch auch als wichtigste Finanzinstitution eine Sonderstellung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein. Die Überschneidung von Finanzierungsaufträgen in Deutschland aber auch in Partnerländern ist nicht immer leicht zu durchschauen. Daher folgt zunächst ein kurzer historischer Abriss über die KfW, ein Überblick über dessen Rechtsgrundlage, dessen Struktur, Funktionsweise und darüber, wie Entwicklungszusammenarbeit als Aufgabenbereich der Bankengruppe umgesetzt und organisiert wird. Daraus werden erste Schlüsse über die grundsätzliche Arbeitsweise der KfW gezogen, die anschließend auf den Teilbereich der Entwicklungszusammenarbeit übertragen werden.

6.2.1 Die Kreditanstalt für Wiederaufbau – ein Überblick

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wurde am 5. November 1948 als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet. Die Gründung erfolgte im Zuge des Wiederaufbaus Westdeutschlands, zu welchem neue Institutionen von Nöten wurden, um die für den Wiederaufbau erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen und zu kanalisieren (Grünbacher, 2001, S. 71). Die Gründung der Bank wurde von den Briten und Amerikaner*innen angeregt und Ende der 1940er Jahren von den deutschen politischen Organen umgesetzt. Mehr zu den Anfangsjahren der KfW hat der Wirtschaftshistoriker Armin Grünbacher publiziert (Grünbacher, 2004).

Die KfW unterliegt in ihren Handlungen den KfW-Gesetzen. Diese Gesetze bestimmen sowohl die Organisation und Struktur der Bank als auch deren Aufgaben und Geschäfte (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBl. S. 123). Daneben sorgen die KfW-Verordnung sowie die Satzung der KfW für die Rechtsgrundlage der Bankengruppe. Als Anstalt des öffentlichen Rechts ist die KfW seit ihrer Gründung zu 80 % im Besitz des Bundes und zu 20 % im Besitz der Bundesländer und ist mit einem Grundkapital von drei Milliarden siebenhundertfünfzig Millionen Euro ausgestattet (Artikel 1 der KfW-Gesetze) (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBl. S. 123). Die Rechtsgrundlage bestimmt, dass die KfW bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften unterliegt, welche die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank überwacht (Artikel 12 der KfW-Gesetze) (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBl. S. 123). Die KfW ist folglich als staatliches Finanzinstitut mit beachtlichen finanziellen Mitteln anzusehen, eine wichtige Bestimmung, welche direkten Einfluss auf ihre Arbeitsweise ausübt, insbesondere auch auf die Entwicklungszusammenarbeit.

Die Arbeitsweise der KfW ist bestimmt durch die Kernaufgaben der KfW, welche sich in drei Bereiche unterteilen und in Artikel 2 der KfW-Gesetze festgelegt sind (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBl. S. 123). Zum einen ist sie für die nationale Förderung der deutschen Wirtschaft sowie für Geschäfte, die im besonderen ökonomischen Interesse Deutschlands sind, zuständig. Innerhalb ihres dritten Kernauftrages ist sie für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern verantwortlich (Vogt, 1994, S. 374).

Laut Aussage der für die KfW zuständigen Behörde, das Finanzministerium, setzt die KfW „weltweit Impulse für Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie insbesondere in den Bereichen Mittelstand, Existenzgründung, Umweltschutz, Wohnungswirtschaft, Infrastruktur, Bildungsförderung, Projekt- und Exportfinanzierung sowie Entwicklungszusammenarbeit“ (Bundesministerium der Finanzen, 2024).

Die Arbeit der KfW und die Realisierung der zugewiesenen Aufgaben erfolgt über die Finanzierung von verschiedenen Projekten durch die KfW. Zur Mittelbeschaffung können nach Artikel 4 der KfW-Gesetze Schuldverschreibungen ausgegeben und Darlehen aufgenommen werden (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBl. S. 123). Für die von der KfW aufgenommenen Darlehen und ausgegebenen Schuldverschreibungen haftet nach Artikel 1a der KfW-Gesetze der Bund, was es der Bank ermöglicht sich zu günstigen Konditionen am Kapitalmarkt zu refinanzieren (Gesetz über die Kreditanstalt für

Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBI. S. 123). Eine Gewinnausschüttung in Folge der Finanzierungen findet jedoch nicht statt, sondern werden verschiedenen Rücklagen zugewiesen (Artikel 10 KfW-Gesetze) (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBI. S. 123). Deutlich gemacht wird hier die zentrale Arbeitsweise der Bank, welche auf der günstigen Aufnahme von Finanzmitteln beruht, die anschließend an die Kund*innen und Partner*innen weitergeleitet werden. Die Bankengruppe agiert hierbei jedoch nicht aus einer Profitlogik heraus, womit sie sich stark von privaten Geschäftsbanken differenziert.

Die Ziele der KfW sind, wie im weiteren Verlauf argumentiert wird vielmehr gesamtwirtschaftlicher und politischer Natur, die besonders durch die handelnden Organe der KfW Bankengruppe verfolgt werden.

Die Geschäftsführung, Vermögensverwaltung und geschäftliche Vertretung der KfW unterliegt dem Vorstand, welcher derzeit aus sechs Mitgliedern besteht und vom Verwaltungsrat berufen wird (Artikel 6) (Artikel 6, Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBI. S. 123). Der Verwaltungsrat wiederum steht im jährlichen Wechsel der Bundesminister*in der Finanzen und der Bundesminister*in für Wirtschaft und Energie als Vorsitz und stellvertretender Vorsitz vor. Daneben sind fünf weitere Bundesminister*innen im Verwaltungsrat vertreten, die Bundesminister*in für Ernährung und Landwirtschaft, -Verkehr und digitale Infrastruktur, - Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie die Bundesminister*in für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zusätzlich werden weitere sieben Mitglieder jeweils aus dem Bundestag und Bundesrat sowie sechs Vertreter*innen aus der Wirtschaft, vier aus den deutschen Bankenwesen und vier aus den Gewerkschaften von der Bundesregierung für den Verwaltungsrat der KfW berufen (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBI. S. 123). Die Aufgabe des Verwaltungsrates liegt vor allem in der Überwachung und Beratung des Vorstandes. Die Organisationsstruktur der KfW zeigt deutlich auf, dass die Bank zwar eine selbstständig und eigenverantwortlich arbeitende Institution ist aber unter dem Einfluss, der jeweiligen Bundesregierung steht und dessen Arbeit dementsprechend politisch geprägt und beeinflussbar ist (Vogt, 1994). Nationale Entwicklungsbanken wie die KfW sind, da sie Eigentum des Staates sind auch in die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Staates eingebunden (Humphrey, 2022, S. 9).

Der Direktor der KfW Dr. Velibor Marjanovic sagt dazu: „Eine Förderbank wie die KfW ist letztlich ein politisches, insbesondere ein wirtschafts-, entwicklungs- und klimapolitisches Instrument der Bundesregierung.“ (Dr. Velibor Marjanovic, 2020). Die politische Prägung der

Bank gilt, wie im Folgenden argumentiert wird, auch für die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit.

6.2.2 Die Arbeitsweise der Kreditanstalt für Wiederaufbau

„Unser Ziel ist es, die Partnerländer dabei zu unterstützen, Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, Umwelt und Klima zu schützen und die Globalisierung gerecht zu gestalten.“ (KfW Entwicklungsbank, o.J.e). In diesem Wortlaut fasst KfW Entwicklungsbank ihren Zweck und ihre Ziele zusammen.

Die ‘Entwicklungshilfe’ ist bereits seit dem Beginn der staatlich geförderten EZA in den 1960er Jahren in den KfW-Gesetzen als Aufgabe verankert (Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2020/5. November 1948 (WiGBI. S. 123). Heute nimmt die Zusammenarbeit der KfW mit Partner*innen in Entwicklungs- und Schwellenländern rund ein Fünftel des Geschäftsvolumens der Bank ein. Verantwortlich dafür sind der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank und die KfW eigene Tochter Deutsche Entwicklungsgesellschaft GmbH (DEG) (Nagel, 2020, S. 36). Die KfW Entwicklungsbank ist zur Klarstellung nur ein Teil der KfW Bankengruppe. Der Fokus der Forschungsarbeit liegt jedoch auf der deutschen EZA, insbesondere der Rolle der KfW in der Finanzialisierung der EZA. Daher soll im Verlauf der Forschungsarbeit der Begriff KfW gleichbedeutend mit der KfW Entwicklungsbank verwendet werden.

Der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank ist insbesondere für die Realisierung öffentlicher Projekte, in Kooperation mit institutionellen und staatlichen Partner*innen zuständig, also in der und Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) und Official Development Aid (ODA). Die DEG wiederum realisiert Projekte mit deutschen sowie lokalen Unternehmen, welche in Schwellen- und Entwicklungsländern tätig sind und berät diese. Sie fördert somit direkt den strukturellen Aufbau des Privatsektors und ist deshalb als Development Finance Institution (DFI) zu betrachten. Dahingegen gilt die KfW wegen ihrer unterschiedlichen Aufgaben in der Auslands- als auch Inlandsförderung als Hybrid aus bilateraler Entwicklungsbank und nationaler Entwicklungsbank (Nagel, 2020, S. 41). Der Leiter der DEG-Abteilung Financial Institutions Equity, Andreas Zeisler, fasst die Arbeit der EZA in der KfW wie folgt zusammen „Die KfW-Entwicklungsbank fördert [...] (mit einer Ausnahme: dem Mikrofinanzierungsgeschäft) nur staatliche Unternehmen, während die DEG die privatwirtschaftlichen Unternehmen aus eigenen Mitteln finanziert“ (Zeisler, 2017, S. 56).

Die Förderungen und Finanzierungen der KfW Entwicklungsbank gestaltet sich dabei wie folgt: Die KfW übernimmt als Durchführungsorganisation selbst Projektaufträge. Meist für das

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aber auch weitere Ministerien wie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), das Bundesministerium der Finanzen (BMF) sowie das Auswärtige Amt (AA) aber auch für die Europäische Kommission. Die Durchführung der KfW Projekte verfolgt meist eine ähnlichen Vorgehensweise. Partnerländer und deren Regierungen schlagen im Hinblick auf deren Entwicklungsstrategien konkrete Entwicklungsprojekte vor. Anschließend prüft die KfW, für die Bundesregierung die Vorhaben und ob diese hinsichtlich der deutschen Entwicklungspolitik förderungswürdig sind. Nach der Genehmigung der Projektvorschläge werden diese von KfW-Expert*innen über die gesamte Laufzeit begleitet (KfW Entwicklungsbank, o.J.d). Die genehmigten Projekte werden drei verschiedenen Finanzierungsarten zugewiesen. ‘Arme und schwach entwickelte Länder’ haben die Möglichkeit vom Bundeshaushalt finanzierte Zuschüsse zu erhalten, welche nicht zurückgezahlt werden müssen. Daneben gibt es die Möglichkeit von Entwicklungskrediten, dessen Mittel teilweise aus den Haushaltsmitteln des Bundes und zum anderen Teil aus Eigenmitteln der KfW stammen. Diese Kredite werden als Darlehen strukturiert dessen Konditionen unter Marktniveau liegen. Zuletzt arbeitet die KfW mit Förderkrediten, die vollständig von der KfW am Kapitalmarkt refinanziert werden. Diese Form der Kredite wird für Projekte eingesetzt die entwicklungspolitischen Nutzen aufweisen aber auch wirtschaftlich rentabel sein sollen (KfW Entwicklungsbank, 2023a, 2023b). Die Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der KfW ist demnach in die allgemeine Arbeitsweise der KfW integriert und verfügt über verschiedene Mittel und Wege über Finanzinstrumente Entwicklungsprojekte zu finanzieren und zu fördern. Bereits hier lässt sich erkennen, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und die der KfW sich um verschiedene Formen von Krediten zentriert und den Finanzmarkt eine entscheidende Rolle einräumt.

Die finanziellen Mittel, welche der KfW Entwicklungsbank für die Finanzierung zur Verfügung stehen sind beachtlich. Für 2023 wurden knapp 9 Milliarden Euro an Neuzusagen für Entwicklungsvorhaben bewilligt, für 2022 11 Milliarden Euro. Die systematische Dokumentation der Entwicklungsfinanzierung reicht bis in das Jahr 2007 zurück und weist ein Fördervolumen der KfW in Höhe von knapp 110 Milliarden Euro (KfW Entwicklungsbank, o.J.b, eigene Berechnung). Im internationalen Vergleich stehen der KfW ähnlich hohe finanzielle Mittel zur Verfügung wie den anderen großen international tätigen Entwicklungsbanken. Das französische Pendant die ‘Agence Française de Développement’, kurz AFD hat 2023 11,4 Mrd. Euro in Entwicklungsprojekte investiert (Agence Française de Développement, 2023). Diese Zahlen unterstreichen noch einmal die Relevanz der KfW innerhalb der deutschen, aber auch globalen Entwicklungszusammenarbeit und das Erfordernis diese Arbeit kritisch zu betrachten.

Gerade die globale Perspektive auf die Arbeit der KfW ist besonders interessant. Diese ist seit Mitte der 1990er Jahren durch eine verstärkte Internationalisierung geprägt. Heute unterhält die KfW Büros in 61 Ländern (KfW Entwicklungsbank, o.J.a). Die KfW ist umfassend in verschiedene Netzwerke von privaten und staatlichen Akteur*innen eingebunden. Dazu zählen das Netzwerk der ‘European Development Finance Institutions’ (EDFI), der ‘International Development Finance Club’ (IDFC), welches aus 26 Institutionen aus Asien, Europa, Afrika und Lateinamerika besteht, oder das Netzwerk der lateinamerikanischen Entwicklungsbanken ‘Asociación Latinoamericana de Instituciones Financieras para el Desarrollo’ (ALIDE) das 60 Banken sowie 25 weitere assoziierten Partnerbanken umfasst (Nagel, 2020, S. 42). Zudem zählen auch einzelne Institutionen wie die Weltbank, die französische Entwicklungsbank AFD oder die Afrikanische-, Asiatische- und Lateinamerikanische Entwicklungsbanken zu den engen Kooperationspartner*innen der KfW (KfW Entwicklungsbank, o.J.f). Der Teilbereich der ODA der KfW findet demnach nicht unabhängig innerhalb der KfW statt, sondern ist in einem breiten Netzwerk von nationalen und internationalen Entwicklungsinstitutionen eingebettet. Die breite Vernetzung der globalen (westlichen) Entwicklungsorganisationen lässt auf einen hegemonialen Entwicklungskonsens schließen, der wie hier argumentiert wird in den Sustainable Development Goals (SDGs) festgeschrieben ist. Vor allem lässt sich hier das politisch-rechtliche-institutionelle Rahmenwerk des Neoliberalismus der ‘neue Konstitutionalismus’ auf der Ebene der Entwicklungszusammenarbeit beobachten, der wie später anhand der Arbeit der KfW auch eine neoliberale Hegemonie durchsetzen soll.

6.2.3 Die Arbeitsweise der DEG

Für die privatwirtschaftlichen Projekte lässt sich in den Grundzügen eine ähnliche Struktur und Vernetzung feststellen. Die Details unterscheiden sich jedoch von der ODA der KfW und sollen überblicksweise dargestellt werden. Die Durchführung der privatwirtschaftlich orientierten Projekte der deutschen EZA wird von der DEG übernommen. Diese wurde 1962 auf Initiative der damaligen Bundesregierung insbesondere unter dem Minister für Entwicklungszusammenarbeit Walter Scheel gegründet. Das Konzept der DEG lautet seitdem ‘Hilfe zur Selbsthilfe’. Demnach werden von der DEG keine Staaten gefördert, sondern nur private Unternehmen, die mit der finanziellen Hilfe der DEG von sich aus rentabel werden sollen, um so positive Wirkungen in den Ländern zu entfalten in welchen sie angesiedelt sind (Zeisler, 2017, S. 55). Bereits hier lässt sich ein neoliberales Entwicklungsmodell identifizieren, welches aus einer wirtschaftlichen Rentabilität eine grundsätzliche positive Entwicklung ableitet. Unter dem Motto ‘Hilfe zur Selbsthilfe’ wird auch die neoliberale Ideologie deutlich, welche

die Verantwortung von Entwicklung dem Individuum zuschreibt. So werden strukturelle Probleme weitestgehend ausgeblendet und Modernisierung durch Wirtschaftswachstum als Leitprinzip in die deutsche EZA festgeschrieben.

Die Institutionalisierung dieser Ideologie in die deutsche EZA erhielt 2001 einen Schub, als die KfW die DEG übernahm, um die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu bündeln. Durch die Eingliederung in die Bankengruppe der KfW und dessen Strukturen erlangte die DEG auch Zugang zu verbesserten Konditionen am Kapitalmarkt und einen breiteren Kundenstamm (DEG, o.J.d).

Mit rund 650 Mitarbeitenden, einem Investitionsetat von 1,9 Mrd. Euro im Jahr 2023 und einem Gesamtportfolio von knapp 10,3 Mrd. Euro zählt die DEG zu den größten europäischen Entwicklungsfinanciers (DEG, 2023). Als 100-prozentige Tochter der KfW Bankengruppe ist sie zwar in diese eingegliedert unterhält jedoch eine eigene Struktur mit einer eigenständigen Geschäftsführung und eigenständigem Aufsichtsrat. Die Auswahl der Geschäftsführung erfolgt durch das BMZ. Dasselbe gilt für den Aufsichtsrat, welcher vom BMZ und dem DEG-Organ der Gesellschafterversammlung bestellt wird. Das restliche Drittel des Aufsichtsrates besteht aus Arbeitnehmer*innen Vertreter*innen (DEG, 2022).

Ebenso wie die Struktur und Organisation unterscheidet sich auch die Arbeitsweise der DEG von der der KfW. Neben den bereits diskutierten unterschiedlichen Fokus der KfW und DEG auf öffentliche Projekte und Privatwirtschaft sind auch die Arbeitsmethoden insbesondere die angebotenen Finanzprodukte verschieden. Die DEG finanziert Privatunternehmen in 'Entwicklungsländern' auf zwei Arten: zum einen direkt mit Darlehen und Beteiligungen für Unternehmen und zum anderen mit Investitionen in lokale Banken und Financiers, die wiederum vor Ort die ansässigen meist kleine- und mittlere Unternehmen (KMU) mit einer Finanzierung ausstatten (DEG, o.J.a). Da die DEG seit der letzten Kapitalerhöhung 1993 keine Mittel mehr aus dem Bundeshaushalt erhält und sich folglich selbst refinanzieren muss, ist die DEG im Gegensatz zur KfW Entwicklungsbank gewinnorientiert (Zeisler, 2017, S. 56). Dementsprechend sind auch die angebotenen Kredite gestaltet, welche mit höheren Zinsen als bei der KfW Entwicklungsbank zurückgezahlt werden müssen. Ähnlich wie die KfW hat auch die DEG in den letzten Jahrzehnten eine verstärkte Internationalisierung erfahren. Mittlerweile unterhält das Unternehmen 18 Außenbüros auf allen bewohnten Kontinenten und ist in verschiedene internationale Organisationen integriert. Neben den üblichen Partner*innenorganisationen wie andere Entwicklungsbanken ist die DEG im Interessenverband der nationalen, bilateralen europäischen Entwicklungsgesellschaften, die European Development Finance Institutions (EDFI) Mitglied. Die EDFI ist ein Verbund aus 15 europäischen bilateralen

Entwicklungsfinanziers zur Förderung der Privatwirtschaft. Innerhalb des EDFI-Netzwerkes bilden sich auch Teilkoooperationen unter den Mitgliedern. mit der holländischen FMO und der französischen Proparco, hat die DEG 2011 beispielsweise eine gemeinsame Finanzierungsfazilität, die sogenannte ‘Friendship Facility’ aufgebaut. Das Ziel der Initiative besteht darin Kund*innen Zugang zu größere Finanzierungen von bis zu 90 Millionen Euro zu ermöglichen (DEG, o.J.c). Auch hier lässt sich eine Form des ‘neuen Konstitutionalismus’ feststellen, der wesentlich offensichtlicher als bei der KfW eine neoliberale Ideologie institutionalisiert.

In einem ersten Schritt diene das Kapital dazu einen deskriptiven Überblick der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu geben und insbesondere die der KfW. Besonders die lange Historie der KfW als deutsche Finanzinstitution soll dabei hervorgehoben werden, welche seit jeher, aufgrund ihrer Organisation und Struktur stark mit der deutschen Politik verstrickt ist. Die KfW soll als Bindeglied zwischen den Ministerien, den Partnerländern und internationalen Organisationen verstanden werden und in diesem Zug als Abbild der deutschen EZA selbst begriffen werden, wobei die Bank im Zuge ihres Auftrages durchaus eigenständig arbeitet. Wichtig zu betonen, bleibt die Aufteilung der EZA der KfW in eine öffentliche und eine privatwirtschaftliche Sparte, die auch differenziert analysiert werden muss. Die vorhandene oder nicht-vorhandene Profitlogik der KfW und DEG führt zum Teil zu unterschiedlichen Mechanismen in den jeweiligen Projekten, welche in der Case Study berücksichtigt werden müssen. Die KfW gilt es in diesem Verständnis als bilaterale Entwicklungsbank zu begreifen, in welcher die beschriebene Struktur, Aufgabe und Funktionsweise multi- und bilateraler Entwicklungsbanken direkt beobachtbar ist.

In einem zweiten Schritt konnte an ersten Stellen eine in der Arbeit der KfW eingeschriebene neoliberale Ideologie festgestellt werden und die KfW als Teil eines ‘neuen Konstitutionalismus’ beschrieben werden. Die KfW ist demnach eine Institution des ‘integralen Staates’, in welcher der hegemoniale neoliberale Konsens eingeschrieben ist und von ihr abgesichert wird.

Die Punkte gilt es nun anhand der konkreten Arbeit der KfW weiter herauszuarbeiten. Zwei Bereiche der Arbeit der KfW werden hier genauer betrachtet. Zum einem der Bereich der Mikrofinanzierung, welcher eine lange Tradition in der Entwicklungszusammenarbeit aufweist. Die ausführliche und langfristige Dokumentation dieses Teilbereiches ermöglicht eine detaillierte Analyse in Bezug auf die Finanzialisierung der EZA durch die KfW. Zum anderen widmet sich die Arbeit dem neuen Phänomen des Green Finance, welches eine immer

prominentere Rolle innerhalb der Arbeit der KfW einnimmt und die neusten Entwicklungen in der Finanzialisierung der EZA veranschaulicht.

7. Die KfW und ihr Rolle in der Mikrofinanzierung

Den ersten hier betrachteten Bereich der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit stellt die Mikrofinanzierung dar. Zunächst werden die vorangegangenen theoretischen Überlegungen über die Funktionsweise des Kapitalismus, des Neoliberalismus und der Finanzialisierung auf das konkrete Phänomen der Mikrofinanzierung übertragen, um die bisherigen Erkenntnisse weiter zu konkretisieren und einen kritischen Blick auf das Phänomen zu werfen. Anschließend gilt es die Im Rahmen der Case Study die Rolle der KfW in der Mikrofinanzierung zu beschreiben und kritisch zu hinterfragen.

7.1 Die Entwicklung der Mikrofinanzierung als entwicklungspolitisches Instrument

Die wohl bekannteste Form der Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit stellt die Mikrofinanzierung dar, mit derer seit Jahrzehnten versucht wird Entwicklungsimpulse im Globalen Süden zu setzen. Die Idee der Mikrofinanzierung existiert jedoch schon seit Jahrhunderten. Bereits im 18. Jahrhundert wurden in Irland Mikrokredite vergeben. Besonders in Deutschland hatten Mikrokredite seit ihrem ersten Aufkommen im 18. Jahrhundert besonderen Erfolg, weshalb heute ehemalige Mikrofinanzinstitute wichtige Akteur*innen auf dem deutschen Bankenmarkt sind (Seibel, 2003). Die Weiterentwicklung von Mikrofinanzierung hin zu einem dominierenden Mittel der Entwicklungszusammenarbeit hat ihren Ursprung in Mikroversicherungsprojekten postkolonialer Organisationen der Zivilgesellschaft. Meist wird sie jedoch mit der Gründung der Grameen Bank durch den bangladeschischen Wirtschaftsprofessor Muhammad Yunus im Jahr 1976 verknüpft (Bernards, 2022, S. 73). Entwicklungspolitisches Ziel der Bank war es den Ärmsten einen Zugang zu Kapital zu ermöglichen, damit diese unternehmerisch tätig werden können, um sich selbst aus Armut zu befreien. In Bangladesch hatte die Grameen Bank großen Erfolg, weshalb sich auch die großen Entwicklungsinstitutionen wie die Weltbank der Mikrofinanzierung widmeten. Die wachsende Verschuldung der Länder des Globalen Südens und das Scheitern der Strukturanpassungsprogramme kreierten einen Bedarf an neuen Entwicklungskonzepten und Finanzierungsmöglichkeiten, weshalb seit den 1990er Mikrofinanzierung

in die entwicklungspolitische Strategie miteinbezogen werden (Bernards, 2022, S. 64ff.). Besonders der Strategiewechsel der Weltbank und anderer Entwicklungsinstitutionen in den 2000er Jahren, die eine Abkehr von der ‘trickle-down Methode’ hin zum Konzept des ‘inklusi-ven Wachstums’ beinhaltete beschleunigte den Prozess (Wichterich, 2015, S. 470). Anschließend riefen die Vereinten Nationen 2005 das Jahr der Mikrokredite aus (United Nations, o.J.b). Auch in der aktuellen strategischen Ausrichtung der globalen Entwicklungszusammenarbeit spielt die Mikrofinanzierung eine bedeutende Rolle und ist in verschiedenen Teilzielen der Sustainable Development Goals eingeschrieben. Unter dem Ziel 1.4 der SDGs soll sichergestellt werden, dass Armen und Schwachen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu Eigentum und Dienstleistungen haben, insbesondere Finanzdienstleistungen, einschließlich Mikrofinanzierung. Zudem wird unter dem Ziel 5.a die Förderung des Zugangs für Frauen zu u.a. Finanzdienstleistung festgelegt. Zuletzt wird auch im Rahmen des achten SDGs (Decent Work and Economic Growth) Mikrofinanzierung als Mittel zur Zielerreichung der SDGs gefördert. Zum einen durch die Stabilisierung inländischer Finanzinstitute, um den Zugang zu Bank-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen für alle zu fördern und zu erweitern (SDG 8.10). Zum anderen um das Wachstum von Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu forcieren (United Nations, o.J.a). Die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Mikrofinanzierung ist demnach direkt im Entwicklungsrahmen des ‘Kartells’ der Entwicklungszusammenarbeit festgeschrieben und im Zuge dessen institutionalisiert. In diesem lassen sich auch Formen des transformismo finden, etwa unter dem SDG 10.5, welches die Verbesserung der Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte und -institutionen als Ziel beinhaltet. Auch die Gewährleistung einer stärkeren Vertretung und Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wird im Rahmen des SDG 10.6 wurde als Ziel ausgesprochen. Eine tatsächliche Mitsprache in den Entscheidungen darüber, ob die Durchsetzung der Finanzialisierung auf einer Mikroebene überhaupt erstrebenswert ist und wie mit den Folgen der Mikrofinanzierung umgegangen werden soll bleibt jedoch aus. Der Weg ist also vorgegeben, nur wie dieser beschritten wird lässt sich in Teilen noch von den betroffenen Ländern mitbeeinflussen.

Der Aufstieg der Mikrofinanzierung als bedeutender Teil der Entwicklungszusammenarbeit ist jedoch kein organischer Vorgang, der sich einfach aus einer Pfadabhängigkeit seit der Gründung der ersten Mikrokreditbank ergibt, sondern stellt einen, im Zuge der Finanzialisierung der EZA, politisch forcierten Prozess dar. Besonders das Scheitern der

Strukturanpassungsprogramme als Mittel der Armutsbekämpfung, beförderte die Entwicklungszusammenarbeit in eine verstärkte Legitimationskrise. In diesem Verständnis lässt sich die Finanzialisierung der EZA als kapitalistischer Mechanismus der Krisenbewältigungsstrategie verstehen.

7.2 Mikrofinanzierung als neoliberales Mittel der Entwicklungszusammenarbeit

Im ersten Teil des Kapitels konnte die Historie der Mikrofinanzierung als entwicklungspolitisches Mittel beschrieben und diese als kapitalistischer Mechanismus der Krisenbewältigungsstrategie identifiziert werden. Der bisher abstrakt beschriebenen Mechanismus lässt sich somit auf das Phänomen der Entwicklungszusammenarbeit übertragen. Die konkreten kapitalistischen Mechanismen und neoliberalen Ideologien gilt es im Folgenden am Beispiel der Mikrofinanzierung weiter herauszuarbeiten.

7.2.1 Politökonomische Perspektiven auf die Mikrofinanzierung

Zunächst konnte die historische Entwicklung der Mikrofinanzierung als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in ihren Grundzügen nachgezeichnet werden. Nun gilt es dessen Funktionsweise und Zweck darzulegen.

Grundsätzlich ist der Mikrofinanzsektor Teil einer transnationalen Finanzindustrie, deren Ziel es ist, mit den Mitteln der meist aus dem Globalen Norden stammenden Geldgeber*innen, arme Menschen sowie Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen im Globalen Süden mit Finanzdienstleistungen zu versorgen (Klas & Mader, 2014, S. 13). Bisher von Finanzdienstleistungen ausgeschlossene marginalisierte Gruppen sollen so durch eine umfassende Inklusion in das transnationale Wirtschaftssystem aus der Armut befreit werden. Dieser Mechanismus der Marktinklusion eines größeren Teils der Bevölkerung des Globalen Südens wird unter dem Ziel der Armutsbekämpfung entwicklungspolitisch legitimiert und von staatlichen sowie privaten Akteur*innen vorangetrieben (Wichterich, 2015, S. 470). Die Aufgabe der staatlichen Seite liegt darin „den Armen Zugang zu Märkten und Ressourcen zu ermöglichen und Armutsreduktion mit der Förderung privatwirtschaftlicher Ansätze und dem makroökonomischen Ziel der Marktexpansion zu verknüpfen“ (Wichterich, 2015, S. 470). Also die nötige finanzielle Infrastruktur aufzubauen und so weitere Teile der Welt mit Hilfe der Mikrofinanzierung zu vermarktlischen. In Folge der Institutionalisierung des Mikrofinanzsektors entsteht ein globales

Akkumulationsmodell, welches durch eine weitere Liberalisierung des Finanzdienstleistungssektors dem Finanzmarkt auch Arme Personen bereitstellt und besonders informelle Finanztransfers und Produktionsweisen verwertbar macht (Wichterich, 2015, S. 470).

Der Bedarf an einem inklusiven Finanzwesen, welches auch Menschen im Globalen Süden einbezieht ergibt sich jedoch nicht aus einer schlechten Politik oder mangelnder Entwicklung, sondern aus der Beschränkung der inländischen Kreditvergabe in den Ländern des Globalen Südens. Inländische Finanzierungslücken wiederum sind eine direkte Konsequenz des globalen Finanzwesens. Der dahinterliegende Mechanismus ist der folgende: Zur Stabilisierung der Wechselkurse tendieren die Zentralbanken im Globalen Süden dazu Zinssätze hochzuhalten, was wiederum die private Kreditaufnahme hemmt. Konsequenterweise werden deshalb vermehrt Kredite auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommen, was wiederum die inländische Verschuldung und die Vulnerabilität gegenüber internationalen Finanzkrisen erhöht. Als weiteren Grund für die inländischen Finanzierungslücken lässt sich die Schwäche der inländischen Währung gegenüber dem Dollar oder Euro identifizieren. Zum einen, da heimische Haushalte ihr Kapital lieber in reale Vermögenswerte, also in stabilen ausländischen Währungen investieren, statt sie in den heimischen Banken zu hinterlegen. Zum anderen müssen sich die Staaten des Globalen Südens im großen Maße bei inländischen Banken verschulden, um Devisenreserven aufzubauen, die nötig sind, um die heimische Währung zu stabilisieren. Daraus resultiert eine Verdrängung der privaten Kreditnehmer*innen (Jafri, 2021, S. 210). Der Bedarf an Mikrofinanzierung, resultiert demnach aus einem Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten für den inländischen Privatsektor und den daraus erwachsenen ungleichen Zugang zu Finanzmitteln (Jafri, 2021, S. 223). Der Grund dafür ist ein strukturelles Merkmal der Ökonomien des Globalen Südens und dem globalen Finanzwesen selbst.

Im Zuge der Etablierung des Mikrofinanzsektors, welche die Finanzierungslücken im Globalen Süden schließen soll, wurde dieser kontinuierlich in den globalen Finanzsektor eingegliedert. In diesem Prozess wurden auch private Akteur*innen und Investor*innen einbezogen, die mit Aussicht auf eine hohe Rendite eigene Gelder in Mikrofinanzprojekte investieren. Die Mikrofinanzindustrie ist somit nicht mehr allein auf staatliche Gelder oder Spenden angewiesen, sondern kann sich weiter ausdehnen und eine größere Gruppe an Armen Menschen erreichen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, dass eine hohe Rendite gewährleistet ist, damit das private Mikrofinanzmodell 'attraktiv' bleiben (Klas & Mader, 2014, S. 14; Sabrow, 2014). Der Aufbau des Mikrofinanzsektors ist in diesem Sinne ein politisch forciert Prozess, welcher durch den Staat gefördert eine neue Form der finanzialisierten Akkumulation aufbaut.

Besonders die versprochenen Renditensicherheit und die geringen finanziellen Risiken im Mikrofinanzmarkt, basierend auf der hohen Rückzahlungsquote und einer großen Streuung der Mikrofinanzprodukte führten zu einer verstärkten Mobilisation privater Investor*innen (Wichterich, 2015, S. 471ff.). Eine philanthropische auf öffentliche Entwicklungsfinanzierung basierende Form der finanziellen Inklusion weicht so einer profitorientierten an den globalen Finanzmärkten orientierten Strategie der Kapitalakkumulation (Jafri, 2021, S. 207).

Die daraus resultierende Ausbreitung des Mikrofinanzsektors in viele von Armut dominierte Gebiete des Globalen Südens musste auf Grund einer hinzugekommenen Profitlogik neu legitimiert werden. Das Resultat ist eine Umdeutung des Armutsbegriffes der Armut, bei nicht mehr der Mangel an Geld und Ressourcen im Vordergrund steht, sondern vielmehr der Mangel an verfügbaren Finanzinstrumenten (Sabrow, 2014, S. 126). Diese ideologische Umdeutung findet ihren Ausdruck im Begriff der 'finanziellen Inklusion', welche Finanzdienstleistungen und -produkte beinhaltet, die sich spezifisch Bekämpfung von Armut widmen sollen, um die bisherige Exklusivität des globalen Finanzwesens zu überbrücken (Jafri, 2021). Der Zugang zu Finanzprodukten wandelt sich so zu einem Mittel zur Armutsbekämpfung hinzu einem eigenständigen Entwicklungsziel.

Das Fortbestehen von globaler Armut innerhalb des Kapitalismus stellt wie argumentiert wurde ein Legitimationsproblem der neoliberalen Hegemonie dar, welche mit Hilfe der EZA reguliert werden soll. Gerade die im Globalen Süden bestehende strukturelle Heterogenität, in diesem Fall das nicht oder nur partiell existierende kapitalistische Bankenwesen ist hier von zentraler Bedeutung. Ein im Sinne der Dependenztheorie deformiertes Bankenwesen kann so aufgebaut werden, dass es auf die Interessen des Globalen Nordens ausgerichtet ist. Genau dies ist im Mikrofinanzwesen, wie hier argumentiert der Fall. Mikrofinanzierung als Instrument der EZA nimmt dabei eine Doppelrolle ein. Zum einen wird die durch Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse manifestierte Armut, da sie nicht beseitigt werden kann, ideologisch umgedeutet. Armut ist weiterhin keine direkte Konsequenz des kapitalistischen Systems, sondern ein Mangel in der Integration in dieses. Ein Motiv, welches in der Dependenztheorie aufgedeckt und kritisiert wird, nun aber von einer globalen Ebene auf eine individuelle Ebene gesetzt wird. Zum anderen wirkt die Inklusion der Armen in den globalen Finanzsektor, als Prozess der Vermarktlichung, einer Akkumulationskrise entgegen, indem ein noch größerer Teil der Weltbevölkerung in die kapitalistische Verwertungslogik integriert wird. Die in dem Prozess der Vermarktlichung entwickelten Instrumente sollen angelehnt an den Ökonom Peter Volberding als marktorientierte Entwicklungsfinanzierungsinstrumente verstanden werden. (Volberding, 2021).

Natürlich vollzieht sich der Prozess der Vermarktlichung nicht widerstandslos. Seit der Etablierung der ersten Mikrokreditbanken wurde die Mikrofinanzierung weitgehend mit der Vergabe von Mikrokrediten gleichgesetzt. Seit dem entwickelte sich die Mikrofinanzindustrie, auch auf Grund der anhaltenden Kritik, stetig weiter und umfasst gegenwärtig ein breites Spektrum an Finanzprodukten, darunter Sparbücher, Versicherungsdienstleistungen, Geldtransfers sowie Krediten (Klas & Mader, 2014, S. 13). Die spezifischen kapitalistischen Mechanismen und dahinterliegende Ideologie, welche dem Mikrofinanzsektor weiterhin Legitimität verleihen lassen, sich an den bedeutendsten Mikrofinanzinstrumenten, den Mikrokrediten und Mikroversicherungen, verdeutlichen.

7.2.2 Mikrokredite

Mikrokredite als spezifisches Instrument des Mikrofinanzsektors sind “Geldbeträge von umgerechnet bis zu mehreren Tausend Euro – je nach Weltregion, meist aber viel kleiner –, die ohne klassische Sicherheiten an Arme vergeben werden” (Klas & Mader, 2014, S. 14). Mikrofinanzinstitute (MFIs) nehmen mit durchschnittlichen Zinssätzen von 6-12% Kapital von Banken und privaten Investor*innen auf und geben es mit Zinsen von bis zu 40 Prozent an Arme im Globalen Süden weiter (Wichterich, 2015, S. 471). Zur Sicherstellung der Rückzahlung wird der Landbesitz der Kreditnehmer*innen als Pfand zurückgelegt und sozialer Druck aufgebaut, indem andere Mitglieder einer kreditnehmenden Gruppe oder Familienmitglieder zur Rückzahlung gezwungen werden, falls die ursprüngliche Kreditnehmer*in diesen nicht zurückzahlen kann (Klas & Mader, 2014, S. 14). Die entwicklungspolitische Legitimation von Mikrokrediten kann bereits hier hinterfragt werden. Hinter Mikrokrediten steht kein altruistisches Motiv der Entwicklungszusammenarbeit, welches im neoliberalen Sinne Arme dazu befähigen soll unternehmerisch tätig zu werden, sondern dient dazu Arme in kapitalistische Abhängigkeitsstrukturen zu zwingen. Das neoliberale Narrativ von Mikrokrediten als ‘soziales Investment’, welches zusätzliche Rendite abwirft, verschleiert die dahinterliegende kapitalistische Verwertungslogik und die daraus resultierenden Abhängigkeitsverhältnisse (Mader, 2014, S. 161).

Die Abhängigkeitsverhältnisse ergeben sich aus einer Veränderung in den globalen Kreditbeziehungen. Aus einer kritisch politökonomischen Perspektive eignet sich die Geldtheorie von Marx zur Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse durch Kreditbeziehungen. Für Marx nimmt Geld die Rolle als Vermittler und Regulator aller individuellen Beziehungen ein und wird zum Maß gesellschaftlicher Macht. Die Akkumulation von Geld als inhärentes Merkmal des kapitalistischen System geht mit einer potenziellen unbegrenzten Akkumulation von sozialer Macht einher. Geld ist somit nicht nur als Tauschwert und Wertaufbewahrungsmittel zu verstehen,

sondern fungiert auch als soziales Machtmittel (Soederberg, 2014, S. 23ff.). Kredite als spezielle Form von Geld sind ebenso ein Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse und dementsprechend sozial umkämpft (Jäger & Springler, 2015, S. 312). Die aus Kreditbeziehungen entstandenen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse lassen sich auf globaler Ebene in den hohen Schuldeniveau der Länder des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden und insbesondere in den Strukturanpassungsprogrammen beobachten. In diesen konnte sich durch den Aufbau von Kreditbeziehungen ein ungleiches Machtverhältnis manifestieren. Im Rahmen von Mikrokrediten verschieben sich diese Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse von der staatlichen Ebene auf eine persönlich individuelle. Speziell wandeln sich soziale Beziehungen von Kapitalist*innen-Arbeiter*innen Beziehungen zu Schuldner*innen-Gläubiger*innen Beziehungen. Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse werden durch 'objektive' Abhängigkeitsverhältnisse ersetzt (Soederberg, 2014, S. 34ff.). Die Mikrokreditvergabe ist wie hier festgestellt wurde mit sozialen Verpflichtungen und Zwängen verknüpft. Bisher von der kapitalistischen Produktionsweise nicht betroffene Arbeiter*innen vor allem aus dem informellen Sektor werden in diesem Prozess in eine kapitalistische Verwertungslogik und den damit einhergehenden Machtverhältnissen integriert.

Die Eingliederung der Armen des Globalen Südens in das kapitalistische System führt zu einer, Disziplinierung und deren Kontrolle sowie der Enteignung der Bevölkerungsgruppe insbesondere durch Schulden. Hier lohnt es sich den Begriff der 'Gouvernementalität' erneut heranzuziehen. Zunächst wird deutlich, dass im Rahmen dieser Form der 'Gouvernementalität' Werte des Wettbewerbs und Eigeninteresses global ausgedehnt werden und die Ermächtigung des Individuums und die Übertragung zentraler staatlicher Macht auf kleinere lokale Entitäten forciert wird (siehe Kapitel 4.1). Zusätzlich wird ein Anreiz- und Kontrollsystem aufgebaut in dem sich Akteur*innen selbst disziplinieren, bestrafen und überwachen (Mader, 2014, S. 161). Die kapitalistische Produktionsweise kann so gewaltlos auf einen immer größeren Bevölkerungsanteil ausgeweitet und innerhalb von diesem abgesichert werden. Die systematischen Ursachen werden in diesem Prozess negiert und auf eine individuelle Ebene gesetzt. Die neoliberale ideologische Argumentation dahinter gestaltet sich wie folgt: Kann sich ein Individuum trotz des Zugangs zu einem Grundkapital nicht selbst aus der Armut und der eigenen prekären Lebenssituation befreien ist es dessen eigene Schuld. Mikrokredite privatisieren so eine gesellschaftliche Not (Gebauer, 2014, S. 146ff.). Eine Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise auf eine marginalisierte Bevölkerung wird durch diese Ideologie naturalisiert. Die damit einhergehende Entpolitisierung der Marginalität unterminiert und wiederum potentielle Gegenperspektiven und Formen des Widerstandes (Soederberg, 2014, S. 42). Es erfolgt eine Inwertsetzung von

Armut. Ein Mehrwert wird generiert, indem entweder ein Mikrokredit mit Zinsen zurückgezahlt wird, wobei die Rückzahlungsquote bei etwa 95% liegt, oder indem bei einem Zahlungsausfall, Kreditnehmer*innen enteignet werden (Wichterich, 2015, S. 478). Die Inwertsetzung von Armut durch Mikrokredite ermöglicht nicht nur eine Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern manifestiert auch die globalen Abhängigkeitsverhältnisse. Auf einer individuellen Ebene wiederum werden Abhängigkeitsverhältnisse durch die Zerstörung bäuerlicher oder einheimischer Formen der Subsistenzlandwirtschaft und Proletarisierung der Bäuer*innen aus dem ländlichen Raum vorangetrieben, da diese enteignet oder in eine Verschuldung getrieben werden (Soederberg, 2014, S. 40ff.). Mikrokredite zerstören in diesem Sinne örtliche soziale Gefüge, indem lokale Beziehungen durch globale anonyme Finanzbeziehungen unterminiert werden, die es Investor*innen des Globalen Nordens ermöglicht sich, die vorher aufgrund der räumlichen Entfernung nicht zugängliche Arbeitskraft der Proletarier*innen des Globalen Südens, zugänglich zu machen (Mader, 2014, S. 165).

Auf einer staatlichen Ebene manifestieren sich die globalen Abhängigkeitsverhältnisse durch die stetige Abschöpfung von Mehrwert aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden. Der vom Globalen Süden in den Globalen Norden von Mikrofinanzinstituten extrahierte Mehrwert wurde für das Jahr 2012 auf 17,3 Milliarden US-Dollar geschätzt (Mader, 2015, S. 108). Die Abschöpfung des Mehrwerts ergibt sich aus einer neuen Form des 'ungleichen Tausches', welche sich nicht auf das Lohnniveau bezieht, sondern auf den Zugang zu Kapital. Personen im Globalen Süden können sich nur zu wesentlich höheren Zinssätzen als Personen des Globalen Nordens Geld leihen. Die unterschiedlichen ökonomischen Konditionen auf dem Weltmarkt ermöglichen es den Finanzinstitutionen langfristig mehr Geld von Kreditnehmer*innen im Globalen Süden abzuschöpfen als von denen im Globalen Norden. Darüber hinaus entstehen im Zuge der Ausweitung der Kreditbeziehungen auch neue Metropol-Satellit-Beziehungen. Mikrokredite werden meist in Zusammenarbeit mit lokalen Mikrofinanzinstituten vergeben. Diese werden von staatlichen Institutionen unterstützt und von traditionellen 'money lenders' ergänzt. Die lokalen Akteur*innen der Mikrofinanzindustrie sind somit als Brückenköpfe oder 'Lumpenbourgeoisie' der globalen Finanzindustrie zu verstehen. Sie profitieren zum einen finanziell vom Mikrokreditgeschäft und setzen zum anderen die kapitalistische Verwertungslogik vor Ort um. Zudem erfolgt eine Harmonisierung der Interessen der transnationalen Kapitalfraktion, indem die Durchsetzung der Disziplinierungs- und Kontrollmechanismen durch die Brückenköpfe forciert wird. Daraus ergibt sich eine Entsolidarisierung der örtlichen Gemeinschaft und eine Individualisierung der persönlichen prekären Lebensverhältnisse. Eine Entsolidarisierung mit dem eigenen sozialen Umfeld führt zwangsläufig auch zu einer Entfremdung

des eigenen Klassenbewusstseins, was emanzipatorische Bewegungen und klassenkämpferische Gegenbemühungen verhindern soll und die globalen Abhängigkeitsverhältnisse langfristig sichert.

Trotz dessen formierte sich im Laufe der Ausbreitung der Mikrofinanzindustrie zunehmende Kritik. Die globale Finanzkrise brachte den gesamten Finanzsektor und das darum aufgebaute System ins Schwanken. Darüber hinaus führte eine Überschuldungskrise im indischen Andhra Pradesh zu einer kritischen Betrachtung von Mikrokrediten als profitables und nachhaltiges Investment auch unter privaten Investor*innen. Zudem gibt keine empirische Evidenz über die grundsätzlichen positiven Wirkungen von Mikrokrediten. Über deren Schäden jedoch sehr wohl, was die gesamte Mikrofinanzbranche besonders entwicklungspolitisch in Legitimationsschwierigkeiten brachte. Mikrokredite wurden daraufhin in ihrer ursprünglichen ideologischen Idee von den wichtigsten neoliberalen Institutionen der Entwicklungspolitik als gescheitert erklärt. Die neoliberale Legitimation von Mikrokrediten wurde als Konsequenz neuinterpretiert und die Zielsetzung von einer Verminderung von Armut hin zu einer finanziellen Inklusion von Armen reformuliert. Mikrokredite dienen folglich nicht mehr ausschließlich zur Reduktion von Armut, sondern sollen den Armen helfen sich in ihren prekären Lebensverhältnissen zurechtzufinden (Bernards, 2022, S. 112ff.). Als weitere Reaktion auf die Legitimationskrise wurde der Mikrofinanzsektor um neue Produkte erweitert, die zunächst nicht so umfassend kritisiert werden konnten. Dazu zählen die Mikroversicherungen.

7.2.3 Mikroversicherung

Die ersten Mikroversicherungsprojekte wurden in den 1980er von der Internationalen Arbeitsorganisation lanciert und sollten den Sozialversicherungsschutz für Nicht-Standard-Arbeitnehmer*innen in 'Entwicklungsländern' erweitern (Bernards, 2022, S. 68ff.). Doch erst die zunehmende Kritik an Mikrokrediten, die Folgen der Coronapandemie und die immer deutlicher spürbaren Auswirkungen des Klimawandels rücken Mikroversicherung verstärkt in den Fokus der internationalen Entwicklungspolitik. Die kapitalistischen Mechanismen und die dahinterliegende neoliberale Ideologie von Mikrokrediten gelten jedoch weitestgehend auch für dieses Mikrofinanzprodukt.

Mikroversicherungen bilden ein Spektrum von Vorsorgesystemen ab, bei dem Mitglieder Beiträge zahlen, um bestimmte Risiken zu vergemeinschaften. Die Beiträge, welche die Versicherten an ihre Versicherung zahlen, richtet sich nach der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Schadensvolumen eines bestimmten Risikos. Im Eintrittsfall werden die entstandenen

Schadenskosten durch die Versicherung gezahlt. Die Höhe des von der Versicherung gezahlten Betrages wird im Vorhinein festgelegt. Die möglicherweise eintretenden hohen Schadenskosten werden in sicher eintretende kleine Zahlungen umgewandelt (Degens, 2014, S. 113ff.). Kranken-, Agrar- oder Lebensversicherungen zählen zu den Standardprodukten der Mikroversicherungen.

Die Unterscheidung von Mikroversicherungen zu Mikrokrediten liegt vor allem in ihrem Zahlungszeitpunkt. Bei Mikroversicherungen erhalten Kund*innen nicht gleich einen bestimmten Geldbetrag, sondern zahlen bereits im Vorfeld, um im Falle eines Schadensfalles eine größere Summe zu erhalten. Somit besteht auch kein Rückzahlungszwang. Im Falle von Zahlungsschwierigkeiten erlischt nur der Versicherungsschutz ohne die Gefahr einer Überschuldung. Mikroversicherungen sind dementsprechend von einer geringeren Machtasymmetrie geprägt. Darüber hinaus richten sich Mikroversicherungen nicht nur an Klein- und Kleinstunternehmen, sondern direkt an individuelle Personen, Haushalte und Gemeinschaften. Der potentielle Kund*innenkreis wird so bedeutend erweitert (Degens, 2014, S. 114–115). Mikroversicherungen treten innerhalb der Entwicklungspolitik und der Mikrofinanzindustrie keinesfalls an die Stelle von Mikrokrediten, sondern ergänzen diese. Mikrofinanzinstitute etwa verknüpfen Versicherungsprodukte mit eigenen Krediten, indem sie Kreditlebensversicherungen einführen. Lebensversicherung werden in diesem Finanzprodukt an Mikrokredite gekoppelt und mit einem Teilbetrag des Kredites verrechnet. Fällt im Falle des Ablebens der Kreditnehmer*in Rückzahlung des Kredites aus erhält das Mikrofinanzinstitut den ausstehenden Restbetrag von der Versicherung zurück. Dieses Vorgehen ist in vielen Mikrofinanzinstituten gängige Praxis. Versicherungen werden teilweise obligatorisch in Kreditverträge integriert (Degens, 2014, S. 115ff.). Mikroversicherungen sollten deshalb nicht als Alternative zu Mikrokrediten verstanden werden, sondern als weiteres Instrument zur Inwertsetzung von Armut. Ernteaufschläge oder Krankheiten führen häufig zu einer noch stärkeren Prekarisierung, dem soll durch einem Zugang zu Mikroversicherung entgegengewirkt werden, indem die finanzielle Vulnerabilität der Betroffenen reduziert wird. Wieder werden die Ursachen der besonderen Vulnerabilität der Armen des Globalen Südens nicht auf einer strukturellen Ebene verortet, sondern auf einer individuellen. Mit der Bereitstellung eines umfänglichen Zugangs zu Finanzprodukten wird die Verantwortung von Armut auf das Individuum übertragen. Fragen nach der institutionellen und staatlichen Vorsorgepflicht werden so aus dem Diskurs verdrängt. Die Verantwortung für den Bedarf an Versicherungen, welcher sich unter anderem aus der reduzierten öffentlichen Finanzierung des Gesundheitswesens ergibt und durch Programme der Weltbank und des IWF vorangetrieben wurde, liegt nun beim Einzelnen. Der Diskurs über Armut wird so weiter individualisiert und

entpolitisiert (Degens, 2014, S. 118ff.). Auch die zukünftig verstärkt auftretenden Schäden und Risiken durch den Klimawandel sollen durch Mikroversicherungen abgesichert werden. Die Verantwortlichkeit für den, hauptsächlich vom Globalen Norden verursachte Klimawandel und dessen Folgen wird abgegeben und von dessen strukturellen Ursachen abgelenkt. Vielmehr wird im Form von Mikroversicherungen Möglichkeiten gesucht vom Klimawandel finanziell zu profitieren. Insbesondere von der Not der Ärmsten.

Zusammenfassend gilt es zu betonen, dass die Entwicklung der Mikrofinanzindustrie ein entscheidender Teilprozess der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit darstellt. Waren bisher die Bourgeoisie und die oberen Mittelschichten mehrheitlich in der finanzialisierten Akkumulation involviert, wird durch die entwicklungspolitische Förderung der Mikrofinanzierung, ein größerer Teil der Lohnabhängigen freiwillig oder erzwungen an einer Finanzakkumulation beteiligt. Eine Finanzialisierung der Elite wird in diesem Zusammenhang um eine 'populäre Finanzialisierung' erweitert. Logischerweise führt die Einbindung in ein finanzialisiertes Akkumulationsmodell auch dazu, dass die Lohnabhängigen noch stärker und direkter von Finanzkrisen betroffen sind (Becker et al., 2010, S. 230–231).

Die verschiedenen Instrumente der Mikrofinanzindustrie stellen in diesem Sinne auch ein Abbild der in Kapitel 4.4 charakterisierten neoliberalen Hegemonie dar. Der unter dem Begriff der Marktzivilisation stattfindende Kommodifizierungs- und Vermarktlichungsprozess also die geographische Ausbreitung der Marktwirtschaft und die Inwertsetzung nicht marktförmig organisierter Lebensbereiche tritt in der Mikrofinanzierung besonders zu Tage. Diese vollzieht sich spezifisch entlang einer Inwertsetzung von Armut im Globalen Süden. Die ideologische Neuinterpretation von Armut führt zu einer Veränderung des Alltagsverständes, in welchem die Konkurrenzprinzipien und ökonomischen Freiheiten in den Vordergrund rücken. Die aus der Auflösung bisheriger gesellschaftlichen Strukturen und zunehmenden ökonomischen Abhängigkeiten durch Finanzbeziehungen entstandenen Konflikte werden durch den 'disziplinierenden Neoliberalismus' verhindert. Der 'disziplinierenden Neoliberalismus' drückt sich in der Einbindung der Arbeiter*innen des Globalen Südens in die globalen Finanzmärkte aus. Insbesondere erfolgt die Disziplinierung durch die beschriebenen Anreiz- und Kontrollsysteme der Mikrofinanzindustrie als neue Form der 'Gouvernmentalität'. Die Schwächung der Arbeiter*innen, durch die aus Finanzbeziehungen entstehenden Abhängigkeitsverhältnisse, sind ein weiterer Ausdruck der Machtverschiebung von Arbeit zum Kapital. Die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die Mikrofinanzierung stellt dementsprechend eine untergeordneten Produktionsweisen der finanzialisierten Akkumulation des Neoliberalismus dar, in

welchem ein Zusammenspiel der Regulation des Geldes und Kredits, sowie Formen der Regulation lokaler, nationaler, regionaler, internationaler und globaler Verhältnisse und Formen des Konkurrenz- und Lohnverhältnisses zusammenfließen (siehe Kapitel 4.1).

7.2.4 Akteur*innen in der Mikrofinanzindustrie

Die zuletzt für den Neoliberalismus geltende Institutionalisierung der finanzialisierten Akkumulationsweise durch die Mikrofinanzierung lässt sich in Form des ‘neuen Konstitutionalismus’ an der Akteur*innenstruktur der Mikrofinanzindustrie beobachten. Eine Analyse dieser Struktur ermöglicht auch ein Verständnis über die Rolle der KfW Entwicklungsbank innerhalb der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit und deren Förderung der Mikrofinanzindustrie. Zunächst gilt es daher die globalen Strukturen und Verflechtungen der Mikrofinanzindustrie aufzuzeigen. Die Mikrofinanzindustrie bildet eine spezifische Form des ‘neue Konstitutionalismus’ in welcher die KfW eine entscheidende Rolle spielt. Aus der Perspektive der Akteur*innen gleicht der Mikrofinanzsektor einer Pyramide mit drei Ebenen. Auf jeder Ebene befinden sich Akteur*innen, welche eine ähnliche Rolle im (Mikro-) Finanzsektor einnehmen. Trotz der ähnlichen Rolle sind die verschiedenen Akteur*innen eine heterogene Gruppe, weil sie sich in ihren Absichten und Zielsetzungen teils deutlich unterscheiden.

Die kritische Positionierung der Forschungsarbeit soll den Menschen in den Vordergrund stellen, daher wird die Akteur*innenstruktur auch von den einzelnen Personen aus beschrieben, welche die Basis der Pyramide bilden. Sie repräsentiert die einzelnen Kredit- und Versicherungsnehmer*innen. Die angebotenen Mikrokredit und -versicherungsprodukte erhalten sie von der darüber liegenden Ebene der Pyramide den Mikrofinanzinstituten (MFI). Zumeist handelt es sich bei denen um NROs, die im Zuge von Entwicklungsprogrammen zur Armutsbekämpfung gegründet wurden, dementsprechend sind sie nahezu ausnahmslos im Globalen Süden angesiedelt. Im Zuge der Privatisierung der NROs zu MFIs und einer mangelnden Regulierung des globalen Finanzsektors, speziell im Globalen Südens entstand ein rechts- und normfreier Raum in welchem die MFIs ethische und nachhaltige Aspekte der Kredit- und Versicherungsvergabe zu vernachlässigen und den Profit in den Vordergrund zu stellen (Klas & Mader, 2014, S. 16). MFIs sind innerhalb der Mikrofinanzindustrie von so entscheidender Bedeutung, da sie als Vermittlerin zwischen der Basis der Akteur*innenpyramide und deren Spitze auftreten. Konkret leiten sie die Finanzströme zwischen Investor*innen und Kreditnehmer*innen an der Spitze der Pyramide an die einzelnen Kredit- und Versicherungsnehmer*innen, weiter. Sie bilden demnach die ‘Lumpenbourgeoisie’ oder Brückenköpfe innerhalb der globalen Mikrofinanzindustrie und bilden die finanziellen Zentren der Peripherie (Klas & Mader, 2014, S. 15ff.).

Die mächtigsten Akteur*innen sind an der Spitze der Pyramide angesiedelt und wird von drei unterschiedlichen Gruppen gebildet. Die größte Relevanz besitzen institutionelle Investor*innen wie die Weltbank oder die KfW, welche über die letzten Jahrzehnte die größten finanziellen Mittel in die Mikrofinanzindustrie gelenkt haben. Darüber hinaus nehmen sie eine Sonderstellung ein, da sie im Rahmen sogenannter First-Loss-Tranchen haften, wenn ein Mikrofinanzfonds in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Damit spielen sie eine entscheidende Rolle bei der finanziellen Absicherung des Mikrofinanzsektors. Neben den institutionellen Investor*innen agieren kommerzielle Investor*innen wie Investmentgesellschaften, Privatbanken und nichtkommerzielle Investor*innen wie NGOs von der Spitze der Pyramide, indem sie direkt in Mikrofinanzinstitutionen investieren. Die beiden letzteren unterscheiden sich darin, dass kommerzielle Investor*innen an Gewinnmaximierung interessiert sind, während nichtkommerzielle Investor*innen zumindest nach außen soziale, nachhaltige und ethische Absichten in den Vordergrund stellen (Klas & Mader, 2014, S. 15ff.).

7.3 Die KfW und ihre Tätigkeit in der Mikrofinanzierung

Im vorherigen Kapitel konnte konkret die neoliberale Ideologie der Mikrofinanzierung und die Funktionsweise von Mikrofinanzprodukten dargestellt und erklärt werden. Diese Überlegungen sollen nun mit der Analyse der Tätigkeit der KfW in der Mikrofinanzierung verknüpft werden. Dabei wird in der Arbeit insbesondere auf die institutionellen Eigenschaften der KfW eingegangen, welche den Ausgangspunkt der Arbeit der Bank im Mikrofinanzsektor darstellen. Anschließend wird die daraus resultierende Arbeit der KfW in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft detailliert analysiert und mit den bisherigen theoretischen Überlegungen verknüpft.

7.3.1 Institutionelle Eigenschaften der KfW

Bisheriges Ziel der Forschungsarbeit war es zunächst die grundlegenden Mechanismen hinter der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit aufzudecken und diese auf das konkrete Phänomen der Finanzialisierung durch die Mikrofinanzierung zu übertragen und kritisch zu betrachten. Anschließend konnte eine Einführung in die Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle von Entwicklungsbanken einen Überblick über die Rolle der KfW als bilaterale Entwicklungsbank in der globalen EZA herausgearbeitet werden. Die Erkenntnisse der bisherigen sind entscheidend, um die Tätigkeit und Rolle der KfW im Bereich der Mikrofinanzierung zu verstehen. Das globale ‘Kartell’ der Entwicklungszusammenarbeit identifizierte den Zugang zum Finanzwesen als essenziellen Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungspolitik und als

bedeutendes Mittel zur Erreichung der SDGs. Mit diesem Ziel vor Augen kommt den multi- und bilateralen Entwicklungsbanken die Aufgabe zu die nötige Infrastruktur aufzubauen. Da das Finanzwesen im Globalen Süden für private Investor*innen zunächst von hoher Unsicherheit geprägt sind müssen die Entwicklungsbanken die Grundlage dafür schaffen, dass der Mikrofinanzsektor attraktiv und vor allem lukrativ für sie wird. In diesem Sinne ist auch die Rolle der KfW zu verstehen.

Als eine von sechs Kernaufgaben der KfW identifiziert das ehemalige Vorstandsmitglied der KfW Joachim Nagel die finanzielle Inklusion und Entwicklung des Finanzsektors (Nagel, 2020, S. 44). Die Bedeutung der KfW für die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere innerhalb der Mikrofinanzindustrie ist unter den multi- und bilateralen Entwicklungsbanken jedoch gesondert zu betrachten. Zwar ist die KfW in ihren Zielen und Aufgabenbereichen wie alle anderen Entwicklungsbanken ausgerichtet, besondere institutionelle Merkmale machen sie jedoch zum Vorreiter in der Entwicklung und Umsetzung neuer Finanzinstrumente wie Mikrofinanzprodukte.

Als zentrales Merkmal gilt der starke politische und wirtschaftlichen Rückhalt der deutschen Regierung für die KfW und das enge Verhältnis der politischen Entscheidungsträger*innen mit der Bank. Die enge Verbindung der KfW ermöglichte es ihr mit dem Rückhalt der Politik flexibler neue Instrument der Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln und neue Institutionen direkt in den Ländern des Globalen Südens zu gründen. Letzteres ist keiner anderen Entwicklungsinstitution möglich, da es nach den Vorschriften der Weltbank zu Konflikten der Souveränität in den beteiligten Staaten führen kann. Jedoch besitzt die KfW nicht nur die Fähigkeit lokale Institutionen zu gründen, sondern auch Mehrheitsbeteiligungen an diesen zu halten. Eine Möglichkeit die von der Weltbank aus Gründen der Souveränität eigentlich untersagt wird. Die KfW hat somit direkte Kontrolle über ihre Finanzinstrumente und die von ihr gegründeten Institutionen. Das daraus resultierende institutionelle Merkmal der Flexibilität ermöglicht es der KfW schneller und flexibler in ihre Projekte zu investieren, was wiederum die Attraktivität für private Investor*innen erheblich erhöht (Volberding, 2021, S. 7ff.). Genau hier liegt die Kernkompetenz der KfW. Die Kontrolle der KfW über die von ihr gegründeten Institutionen und Finanzinstrumente ermöglichen es ihr Garantien für Schuldverschreibungen und Verbriefungen von Kreditforderungen auszustellen. Das bedeutet, dass die KfW im Falle eines Kreditausfalles haftet. Das Investmentrisiko verschiebt sich von privaten Akteur*innen auf die KfW (Wichterich, 2015, S. 471). Zuletzt verfügt die KfW auf Grund ihrer Jahrzehnte langen Tätigkeit als inländische Förderbank über ein umfangreiches Wissen und Erfahrung in der Entwicklung und Durchsetzung von Finanzprodukten. 1971 legte die KfW ihr erstes Kreditprogramm auf,

welches kleineren Unternehmen langfristige Investitionskredite ermöglichte (Kreditanstalt für Wiederaufbau, o.J.). Zudem werden Mikro-Darlehen für Unternehmensgründungen in Deutschland von der KfW bereits seit 1999 vergeben (KfW, 2005). Diese institutionellen Eigenschaften ermöglichen es der KfW als Vorreiterin in der Entwicklung und Verbreitung neuer marktorientierter Entwicklungsfinanzierungsinstrumente zu agieren, da sie die KfW in die Lage versetzten die Finanzinstrumente so zu implementieren, dass sie ökonomisch rentabel und nach den gesetzten Zielen entwicklungspolitisch wirksam erscheinen. Keine andere Entwicklungsinstitution verfügt über die Fähigkeit Finanzinstrumente direkt zu schaffen und zu verwalten (Volberding, 2021, S. 155).

7.3.2 Die Entwicklung neuer Mikrofinanzinstrumente durch die KfW

Die besonderen institutionellen Eigenschaften bilden die Basis der Erklärung dafür, warum die KfW eine entscheidende Rolle in der Etablierung von Finanzinstrumenten als Säule der internationalen Entwicklungspolitik einnimmt. Nun gilt es den Prozess anhand der Mikrofinanzierung zu konkretisieren.

Bereits Mitte der 1980er Jahre fragte Muhammad Yunus die KfW für eine Finanzierung seiner Grameen Bank an, welche jedoch auf Grund der hohen Unsicherheiten im damaligen Mikrofinanzsektor abgelehnt wurde. Erst im Zuge der Balkankrise der 1990er begann sich die KfW in der Mikrofinanzierung zu engagieren, da die Krise als Möglichkeit betrachtet wurde Mikrofinanzierung zu testen, um die deutsche 'Entwicklungshilfe' weiterzuentwickeln.

Auf Grund der Skepsis gegenüber der lokalen Politik sollte eine direkte Zusammenarbeit mit dieser vermieden werden. Deshalb wurde es der KfW erstmals ermöglicht flexibel eigene Mikrofinanzinstitute zu gründen und zu verwalten. Die Kontrolle der KfW über neu gegründete Mikrofinanzinstitute und deren Investitionsentscheidungen stärkte wiederum das Vertrauen anderer Regierungen und privater Investor*innen. (Volberding, 2021, S. 158–159).

Das erste von der KfW gegründete Mikrofinanzinstitut war die Foundation for Enterprise Finance and Development (FEFAD), welche 1995 in Tirana (Albanien) ihre Tätigkeit aufnahm. Die Gründung der FEFAD gilt als Standardmodell der Gründung von Mikrofinanzinstituten durch die KfW, da hier erstmals Verwaltungsratssitze eines Mikrofinanzinstitutes von einer Entwicklungsbank besetzt wurden. Ein Modell welches von der KfW standardisiert wurde. Anschließend gründete die KfW 1999 die Micro Enterprise Bank Bosnia und 2000 die Micro Enterprise Bank of Kosovo. Diesmal jedoch nicht allein, sondern in Zusammenarbeit mit weiteren privaten und staatlichen Partner*innen. Darüber hinaus investierte die KfW in die

Microfinance Bank of Georgia, die Microenterprise Credit in Rumänien und die Micro Enterprise Credit in Moldavien.

Bis 2005 gründete die KfW, mit finanzieller Hilfe der Bundesregierung und eigener Kredite, in der Region ein Netzwerk aus zwei Dutzend Mikrofinanzinstituten (Volberding, 2021, S. 166ff.).

Hier lässt sich bereits die führende Rolle der KfW in der Etablierung einer Mikrofinanzindustrie feststellen. So tritt die KfW bereits seit Mitte der 1990er als Initiatorin im Aufbau des Mikrofinanzwesens auf und involviert aktiv weitere entwicklungspolitische Akteur*innen in diesem Prozess. Der finanzielle Rückhalt der Banken durch die KfW, bewegte zahlreiche private Investor*innen in die Mikrofinanzbanken zu investieren. Zudem stärkten die Regularien der von der KfW gegründeten Banken die lokalen Unternehmer*innen und setzten Anreize für diese wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Zuletzt half das Fachwissen der KfW und ihr institutionelles Netzwerk den Banken schnell Kompetenzen aufzubauen und finanziell nachhaltig zu arbeiten, was in diesem Fall das Erwirtschaften von Profiten meint. Der erfolgreiche Aufbau der Mikrofinanzindustrie in Südosteuropa stellt das erste großangelegte Entwicklungsprojekt einer Entwicklungsbank im Mikrofinanzbereich dar (Volberding, 2021, 172ff.). Die KfW kann demnach als Vorreiterin in der Etablierung der Mikrofinanzindustrie als entwicklungspolitische Strategie betrachtet werden. Die positiven Ergebnisse der Arbeit der KfW führen zu einem verstärkten Engagement weiterer Entwicklungsinstitutionen und Gebernationen, die sich an der Verbreitung der marktorientierten Entwicklungsfinanzierungsinstrumente beteiligen (Volberding, 2021, S. 7ff.). Darüber hinaus bewegten die aus dem Projekt entstandenen positiven Erfahrungen der KfW mit der aktiven Gründung von Mikrofinanzinstituten, sie dazu ihr Mikrofinanzgeschäft finanziell zu erweitern und auf andere Regionen auszuweiten.

Bis heute ist die KfW in der Gründung zahlreicher Mikrofinanzbanken involviert oder direkt an ihnen beteiligt. Eine der größten Beteiligungen der KfW liegt in der Bankengruppe der Pro Credit Holding AG, einer Gruppe von entwicklungsorientierten Geschäftsbanken, die vor allem in Südost und Osteuropa aber auch Lateinamerika tätig ist. Die KfW ist derzeit mit 13,2% an der Bank beteiligt, die mit einem Kreditportfolio von 6,23 Milliarden Euro (Stand 31.12.2023) zu einen der größeren internationalen Mikrofinanzbanken zählt (Pro Credit Holding AG, 2023). Mit 12,8% hält die KfW auch eine hohe Beteiligung an der Advans Bank Group, die in Afrika und Asien tätig ist und dort ein Kreditportfolio von 1,75 Milliarden Euro hält. Neben der KfW sind hauptsächlich weitere Entwicklungsinstitutionen wie die Weltbank, die französische Entwicklungsbank AFD, die Europäische Investitionsbank, das britische

Entwicklungsfinanzierungsinstitut British International Investment plc. sowie die niederländische Entwicklungsbank FMO an der Bank beteiligt. Die Bank selber erwirtschaftete 2023 rund 6,2 Millionen Euro und 2022 10,6 Millionen Euro (Advans Group, 2023). Somit steht hinter der Bank ein institutionelles Netzwerk aus internationalen Finanzinstitutionen, welches unter Beteiligung der KfW den Mikrofinanzsektor aufbaut. Darüber hinaus hält die KfW 13,2% an der von ihr mitgegründeten Pakistan Microfinance Investment Company Ltd. (PMIC) (PMIC, 2023). Auch die Access Microfinance Holding AG wurde 2006 unter Regie der KfW als Mikrofinanzinstitution aufgebaut, mit dem Ziel eine Privatbank zu gründen, die weitere Mikrofinanzinstitute (MFIs) im Globalen Süden errichtet und führt. Heute hält die KfW 12,7% an der Bank und ihren sieben Finanzinstituten. Diese sind in Madagaskar, Ruanda, Zambia, Nigeria, Liberia, Georgien und Tadschikistan angesiedelt, wo die Gruppe 2023 einen Kreditbetrag von 1,7 Milliarden Euro auszahlte (Access Holding, 2023). Betrachtet man die Gründungen und Beteiligungen der KfW tritt sie als zentrale Akteurin im Aufbau einer globalen Mikrofinanzindustrie auf. Mit ihrem Partner*innen nimmt sie eine zentrale Rolle im institutionellen Netzwerk der Entwicklungszusammenarbeit ein, welches den Aufbau vorantreibt.

Neben der aktiven Gründung und Beteiligung an Mikrofinanzinstituten treibt die KfW die Kommerzialisierung des Sektors voran, indem sie nicht-profitorientierte entwicklungspolitisch ausgerichtete NROs in 'vollwertige Finanzinstitute' verwandelt (Wichterich, 2015, S. 471). Besonders FINCA stellt ein zentrales Beispiel für die Erweiterung des Auftrages der KfW in der Ausdehnung der profitorientierten Mikrofinanzindustrie dar. FINCA wurde bereits 1984 gegründet und war eine der ersten Mikrofinanzinstitute. Zunächst war FINCA als Nichtregierungsorganisation aktiv, kam in diesem Auftrag jedoch in Finanzierungsprobleme. Auf Betreiben der KfW wurden 2005 und 2006 insgesamt 30 Millionen US-Dollar in FINCA investiert und anschließend in eine moderne Mikrofinanz-Holdingstruktur umgewandelt. Im Zuge dessen erfolgte eine Kommerzialisierung der FINCA, die in der Gründung einer Investitionsplattform für private Investor*innen zur Finanzierung von Mikrofinanzprojekten mündete (Volberding, 2021, S. 214–216). Ein ähnliches Vorgehen lässt sich bei der NRSP Microfinance Bank aus Pakistan beobachten. Mit einer Beteiligung am Eigenkapital der Bank und einem Nachrangdarlehen finanziert die KfW die Umwandlung der Bank von einer unregulierten NRO in eine von der Zentralbank regulierte Mikrofinanzbank (KfW Projektdatenbank, o.J.).

Im Rahmen dieser Aktivitäten lässt sich die KfW als institutionelle Akteurin begreifen, die sich direkt an dem Aufbau der lokalen Brückenköpfe im Globalen Süden beteiligt, indem sie bisher nicht der Marktlogik unterworfenen Finanzinstitute in kapitalistische Banken umwandelt, die wiederum die neuen Marktlogiken der Finanzbranche vor Ort durchsetzen sollen.

Im Kern lässt sich die Rolle der KfW als Initiatorin der Mikrofinanzindustrie verstehen (Wichterich, 2015, S. 471). Im Rahmen ihrer weitreichenden Möglichkeiten prägt sie den Aufbau und die Etablierung einer Interpretation von Entwicklungszusammenarbeit, die sich für eine Finanzialisierung dieser stark macht.

7.3.3 Weiterentwicklung entwicklungspolitischer Finanzinstrumente durch die KfW

In Ergänzung zur Gründung von Mikrofinanzbanken fungierte die KfW als zentrale Institution zur Errichtung von Entwicklungsfonds. Die weitere Ergänzung der Instrumente der KfW in der Finanzialisierung sind ebenso historisch erwachsen wie die Gründungen der Finanzinstitute. Auch hier spielten die institutionelle Eigenschaften der KfW eine entscheidende Rolle. Im Zuge der Gründung der Mikrofinanzbanken Ende der 1990er Jahren gab es konsequenterweise einen Bedarf an deren Finanzierung. Die politisch instabile Lage auf dem Balkan und in Osteuropa drängten die Entwicklungsinstitutionen dazu neue unkonventionelle Möglichkeiten zu suchen die nötigen Gelder auch zu verteilen. Da keine andere europäische Institution zu diesem Zeitpunkt die rechtlichen Möglichkeiten und Erfahrungen hatte neue Finanzinstrumente aufzulegen fungierte die KfW als Gründerin verschiedener Kreditlinien. Andere europäische Institutionen beauftragten so die KfW mit der Kreditvergabe an von ihr ausgewählte lokale Finanzinstitute. Wodurch die KfW als Bindeglied zwischen den öffentlichen Geldgeber*innen, dem Empfänger*innen und den Finanzmärkten agierte (Volberding, 2021, S. 178). Die Erfahrung der KfW mit der Kreditvergabe im Inland übertrug die KfW auf eine internationale Ebene und gründete schließlich 2005 den European Fund for Southeast Europe (EFSE). Die Gründung des Fonds stellt einen der wichtigsten Eckpfeiler der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit dar, da erstmalig ein strukturierter Fond von einer Entwicklungsinstitution zur Förderung der internationalen 'Entwicklungshilfe' eingesetzt wurde (Volberding, 2021, S. 174–175).

Strukturierte Fonds sind seitdem zu einem etablierten Finanzinstrument aufgestiegen die zusätzliche private Mittel für die Finanzierung von Entwicklungszielen mobilisieren sollen. In der deutschen EZA werden für diese Vorhaben Haushaltsmittel des Bundes, Marktmittel der KfW Entwicklungsbank und weiterer Finanzinstitutionen mit Investitionen von privaten Geldgeber*innen kombiniert. Die öffentlichen Geldgeber*innen, insbesondere die KfW übernehmen ähnlich wie bei Beteiligungen an Mikrofinanzbanken einen Großteil des Investitionsrisikos, um es für private Investor*innen möglichst klein zu halten, damit diese in die Fonds investieren. Die Steuerung, Ausrichtung, Tätigkeit und strategische Zielsetzung der Fonds werden von den Investor*innen bestimmt. Hält die KfW größere Finanzierungsbeteiligungen an einem Fond ist

diese auch stärker an deren Entscheidungen beteiligt. Im Kern verfolgen entwicklungspolitisch ausgerichtete strukturierte Fonds das Ziel ein inklusiven Finanzsystems aufzubauen, wozu die Fonds lokale Finanzinstitutionen mit Kapital versorgen und diese im Zuge dessen mehr Kredite vergeben können (Orth et al., 2020).

Der EFSE ist nicht nur der erste Fonds dieser Art, welchen die KfW gegründet hat, sondern mit über 1,1 Milliarden verwalteten Vermögen auch einer der größten (EFSE, 2022). 2019 betrug der Nettovermögenswert der Beteiligung am EFSE 226,4 Millionen Euro (Orth et al., 2020, S. 11). In der Projektdatenbank der KfW sind 12 Projekte im Bezug zum EFSE aufgelistet. Dazu zählen Treuhandbeteiligungen in Höhe von insgesamt ca. 120 Millionen Euro und Förderbeteiligungen in Höhe von zusammengerechnet ca. 92 Millionen Euro (KfW Projektdatenbank, o.J., eigene Berechnungen). Die KfW investierte die letzten Jahre konstant in den Fond, der sich auf Investitionen in die finanzielle Infrastruktur fokussiert. Mit den großen Investitions- und Beteiligungsvolumen sichert sich die KfW auch das Recht die strategische Ausrichtung zu bestimmen, indem sie den Vorsitzenden des Verwaltungsrates stellt (EFSE, 2022).

Die KfW ist somit die zentrale Akteurin in der Kontrolle einer der größten Fonds zur Förderung der Mikrofinanzindustrie. Die Logik der Arbeitsweise der KfW kann anhand dieses Beispiels veranschaulicht werden. Die KfW entwickelt ein neues Finanzinstrument in diesem Fall den strukturierten Fond und sichert sich die Kontrolle darüber. Mit Hilfe der eigenen finanziellen Mittel wird Kapital für den Aufbau und die Finanzierung der Mikrofinanzinstitutionen mobilisiert und neue Investor*innen für das Projekt gewonnen. Mittlerweile investieren unter anderen öffentliche Investor*innen wie die Austrian Development Agency und das Schweizer Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, internationale Finanzinstitutionen wie die European Bank for Reconstruction and Development und private Investor*innen wie die Deutsche Bank in den Fond (EFSE, 2022).

Die positiven Erfahrungen der KfW mit dem Finanzinstrument des strukturierten Fonds veranlassten sowohl die KfW als auch weitere internationale Finanzinstitutionen das Geschäft mit den Fonds auszuweiten. Neben privaten und staatliche Banken werden Mikrofinanzinstitute heute von ca. 100 Mikrofinanzfonds weltweit rekapitalisiert (Wichterich, 2015, S. 471).

Seit 2005 beteiligte sich die KfW aktiv an der Gründung und Finanzierung von einer Vielzahl verschiedener Fonds. Je nach Quelle wird von über 40 strukturierten Fonds mit einem Investitionsvolumen von über 1,4 Milliarden Euro gesprochen (Volberding, 2021, S. 195). Die KfW selbst gab an zu Beginn 2020 an 51 verschiedenen Investmentfonds beteiligt zu sein und diese zu fördern. 14 davon fördern direkt Mikrofinanzinstitute im Globalen Süden. Weitere drei fördern das Angebot an Finanzdienstleistungen für Kleinst- Kleine und Mittlere Unternehmen und

zusätzliche drei investieren in den Ausbau des (Mikro-)Versicherungsangebots im Globalen Süden (KfW Entwicklungsbank, 2019). Insbesondere anhand des InsuResilience Challenge Initiative lässt sich die Erweiterung des Mikrofinanzgeschäftes durch die KfW beobachten. Die Initiative wurde 2015 unter der deutschen G7-Präsidentschaft gegründet und soll als eine Arbeitsgemeinschaft für die Finanzierung und Versicherung von Klimarisiken fungieren. Zu diesem Zweck wurden besonders von der KfW verschiedene Fonds, wie der InsuResilience Solutions Fund oder der InsuResilience Investment Fund, aufgelegt, die mit Hilfe der Mittel der G20 Staaten Finanzierungs- und Versicherungslösungen für Klima- und Katastrophenrisiken fördern. Insbesondere das Angebot von direkten indexbasierten Klimarisikoversicherungen, für vulnerable und arme Personen sollen im Rahmen des Fonds ausgebaut werden (GIZ, o.J.). Die Versicherungsprodukte selbst werden wiederum meist von lokalen Mikrofinanzinstituten angeboten u.a. die von der KfW geförderten FINCA. Neben der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist auch die KfW eine von sechs durchführenden Partner*innen in diesem (Mikro-)Versicherungsprojekt. In der Projektdatenbank der KfW sind 12 Projekte mit einem Bezug zu Fonds der InsuResilience Global Partnership aufgelistet. Das Gesamtkapital der KfW-Projekte für die Initiative beläuft sich auf 216,7 Millionen Euro (KfW Projektdatenbank, o.J., eigene Berechnungen). Auch hier wird wieder einmal deutlich, dass die KfW als staatliche Institution agiert, welche die Ausdehnung der Mikrofinanzindustrie forciert, in diesem Fall im Mikroversicherungssektor. Zudem ist die KfW zentrale Akteurin im Aufbau eines institutionellen Netzwerkes, die gesamtheitlich mit den anderen Akteur*innen der ersten und zweiten Ebene den Finanzialisierungsprozess auf globaler Ebene vorantreiben.

Die zentrale Bedeutung der Mikrofinanzierung ist hier besonders deutlich geworden. Schwierigkeiten bestehen jedoch darin das Gesamtvolumen des Mikrofinanzportfolios der KfW abzuschätzen, da hierzu kaum Informationen bereitgestellt werden. Zuletzt veröffentlichte die KfW 2017 einen Bericht zur Finanzierung von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU). In diesem Jahr lag das Finanzsektorportfolio der KfW bei 7,56 Milliarden Euro. Mikrofinanzierung erhielt mit einem Anteil von 27% hinter der KMU-Finanzierung den zweitgrößten Finanzierungsanteil, was einer Gesamtsumme von knapp zwei Milliarden Euro entspricht (Colla & Kühn, 2017). Die zahlreichen finanzierten Mikrofinanzprojekte der letzten Jahre ließen den Anteil um mehrere hundert Millionen Euro anwachsen.

Die von der KfW Entwicklungsbank entwickelten Finanzinstrumente und Vorgehensweisen werden von der DEG in ähnlicher Form übernommen, mit dem Unterschied, dass sich die DEG auf den Privatsektor fokussiert. Für das Jahr 2023 konnten aus der Projektdatenbank der

DEG-Projekte mit einem Investitionsvolumen von ca. 266 Millionen identifiziert werden, die den Mikrofinanzsektor direkt oder indirekt fördern. Seit 2019 liegt nach Auswertung der Projektdatenbank das Fördervolumen bei mindestens 830 Millionen Euro. Die Investitionen richteten sich an Versicherungsunternehmen, Privatbanken, private Finanzinstitutionen und Finanzkooperationen, welche Mikrofinanzprodukte anbieten und durch die Investitionen und Kredite ausgebaut werden. (DEG, o.J.b, eigene Berechnung). Betrachtet man das Gesamtportfolio der DEG werden die Prioritäten der Verwendung der Entwicklungsgelder deutlich. Von den 10,3 Milliarden Euro des Gesamtportfolios der DEG wurden jeweils 29%, rund 3 Milliarden Euro, an Finanzinstitute und Private-Equity-Fonds vergeben. 2023 beliefen sich die Zusagen für Finanzinstitute auf 737 Millionen Euro und für Private-Equity-Fonds auf 468 Millionen Euro (DEG, 2023). Im Namen der DEG wird die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit auf einer privatwirtschaftlichen Ebene vorangetrieben. Die von ihr geförderten Entwicklungsprojekte sorgen in erster Linie dafür, dass sich eine Profitlogik in den förderungswürdigen Sektoren, insbesondere der Mikrofinanzindustrie manifestiert.

Abschließend gilt es hervorzuheben, dass die KfW als Urheberin des Finanzinstruments des strukturierten Fonds als entwicklungspolitisches Mittel zu betrachten ist und eine entscheidende Rolle in dessen Etablierung in der Mikrofinanzindustrie und Entwicklungszusammenarbeit allgemein einnimmt. Sowohl die Gründung und Finanzierung von Mikrofinanzbanken als auch die Etablierung strukturierter Fonds führen zu einer neuen Situation in der Entwicklungszusammenarbeit. Deren Funktion beschränkt sich nicht mehr nur auf die Förderung von Entwicklung und der Reduktion von Armut, sondern dient als Absorber für Investitionsrisiken. Gerade weil Staat in Repräsentanz der KfW mit Entwicklungsgeldern die Finanzierung zu marktüblichen Konditionen ermöglicht und zeitgleich mögliche Verluste von Investor*innen der Mikrofinanzindustrie auffängt, um private Investor*innen anzuziehen (Volberding, 2021, S. 195–196). In diesem Zusammenhang wird die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich von der KfW und der DEG geprägt. Die Finanzialisierung der EZA durch die KfW umfasst dabei alle in Kapitel 4.5.1 beschriebenen Ebenen und Aspekte der Finanzialisierung. Es werden neue Finanzinstrumente entwickelt, die Beziehung zwischen Staat und Finanzmärkten neu regulieren, eine Ausweitung des Anlage- und Kreditgeschäftes insbesondere durch Fonds vorangetrieben und eine neue Leitideologie gefördert. Die Auswirkungen davon lassen sich sowohl auf der Mikroebene als auch auf der Meso- und Makroebene beobachten. Auf der Mikroebene konnte die voranschreitende Finanzialisierung des Alltags durch die aktive Arbeit der KfW nachgewiesen werden, während auf der Mesoebene die Beziehungen zwischen den

verschiedenen Finanzinstitutionen von der KfW bestimmt werden. Diese soll hier als zentraler Fixpunkt eines entwicklungspolitischen geframten Ausbaus der Mikrofinanzindustrie verstanden werden. Zuletzt konnte auf einer Makroebene auch das verstärkte Abhängigkeitsverhältnis der Staaten des Globalen Südens durch eine zunehmende Verschuldung im Zuge der Finanzialisierung beschrieben werden.

7.3.4 Ausblick auf die Tätigkeit der KfW in der Mikrofinanzindustrie

Trotz der anhaltenden Kritik, den negativen unintendierten Effekten und der nicht nachweisbaren Wirksamkeit von Mikrofinanzprodukten scheint es keine Abkehr von der bisherigen Strategie der intensiven finanziellen Förderung des Mikrofinanzsektors zu geben und das, obwohl Publikationen der KfW darauf hindeuten, dass sie die Probleme der Mikrofinanzierung bereits selbst erkannt hat. Hervorgehoben wird in diesen, dass die expansive Geldpolitik der Industrieländer infolge der Finanzkrise 2008 zu einer Umleitung von Kapitalflüssen in Entwicklungsländer führte, da sie während der Nullzinspolitik höhere Zinsen versprachen. Im Zuge dessen wird eine steigende Privatsektorverschuldung in Ländern des Globalen Südens festgestellt, was laut der KfW ein bedrohliches Ausmaß erreicht hat und für eine erhöhte Anfälligkeit der Länder bei Finanzkrisen sorgt (Ramus & Colla, 2019).

Doch gerade die KfW trägt mit ihrer Tätigkeit in der Mikrofinanzierung maßgeblich zur Verflechtung der ‘Entwicklungsländer’ mit den internationalen Finanzmärkten bei und ist somit Verursacherin der massiven Finanzialisierung.

Statt einer Abkehr von der bisherigen strategischen Ausrichtung der Entwicklungspolitik findet vielmehr eine Anpassung der ideologischen Legitimation der Arbeit der KfW statt. Unter dem Stichwort der feministischen Außenpolitik stellte die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland Svenja Schulze im März 2023 die zukünftigen Leitlinien der deutschen Entwicklungspolitik vor (Schulze, 2023). Das Ziel der neuen Strategie ist es besonders Frauen verstärkt in den Entwicklungsprozess mit einzubeziehen, um so die Welt gerechter zu gestalten und die SDGs zu erreichen. In den neuen Leitlinien werden sowohl neue progressive intersektionale Perspektiven wie auch postkoloniale Ansätze berücksichtigt. Gestützt werden die neuen Leitlinien der zukünftigen deutschen Entwicklungszusammenarbeit von dem Konzept der sogenannten ‘3 R’, die für Rechte, Ressourcen und Repräsentanz stehen. Unter den darunter formulierten Zielen ist die finanzielle Inklusion weiter stark präsent mit der Einschränkung, dass der besondere Fokus auf der Inklusion von Frauen in das globale Finanzsystem und deren Zugang zu Finanzprodukten und -dienstleistungen liegt. Unter dem Aspekt ‘Rechte’ wird argumentiert, dass Frauen für den Zugang zu Krediten eigenen

Landbesitz benötigen, weshalb für Frauen das Recht auf Land gefördert werden soll (BMZ, 2023; Schulze, 2023).

Unter dem Punkt ‘Ressourcen’ soll in der deutschen Entwicklungspolitik der Zugang von Frauen zum formellen Finanzsystem gestärkt und deren finanzielle Absicherung gegen Klimarisiken gefördert werden, insbesondere durch Mikroversicherungen und Mikrokredite. Zuletzt zielt der Teilbereich ‘Repräsentanz’ auf eine „stärkere Ausrichtung von Finanz- und nicht finanziellen Dienstleistungen auf die Bedarfe von Frauen und marginalisierten Gruppen“ ab (BMZ, 2023, S. 27). Die neuen Leitlinien der feministischen Entwicklungspolitik und deren Ziele verdeutlichen wie Gegenperspektiven zum dominanten Entwicklungsdiskurs und kritische Stimmen im Prozess des transformismo in die ideologische Ausrichtung des neoliberalen Entwicklungsmodells aufgenommen werden, ohne dass die zentralen neoliberalen Entwicklungsziele und -strategien aufgegeben werden. Die Arbeit der KfW in der Mikrofinanzbranche wird dementsprechend nicht grundlegend kritisch hinterfragt oder verändert, sondern nur in einer neuen Weise ideologisch legitimiert. Hier durch intersektionale und feministische Argumente. Der Staat in Form der Entwicklungsinstitutionen trägt so maßgeblich zur Neubestimmung von Regeln, Normen und Wertvorstellungen im Zuge des Finanzialisierungsprozesses bei (Ebner, 2014, S. 52).

Das Festhalten an der Mikrofinanzierung der KfW lässt sich auch in den geplanten Projekten der Entwicklungsbank beobachten, die im Portal der Germany Trade and Invest GmbH (GTAI) veröffentlicht sind. Darunter fallen Projekte wie die Gründung einer Kreditgarantiefazilität in Ghana, die zwischen 2023 und 2028 20 Millionen Euro für Kreditgarantien an Partnerfinanzinstitutionen verteilen soll oder die Vergabe von Portfoliogarantien in Höhe von 25 Millionen Euro an das Ministère des Finances et du Budget (MFB) in Côte d'Ivoire (GTAI, 2023b, 2024). Aber auch die Errichtung eines Fonds zur Vergabe von Portfoliokreditgarantien an Partnerfinanzinstitutionen in Höhe von 21 Millionen Euro ist von der KfW geplant (GTAI, 2023a). Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei der DEG beobachten 2024 wurden von der DEG bereits 25 Millionen Euro an den 2012 von der KfW konzipierten ALCB Fund, der Finanzinstitute fördert, die auch Mikrofinanzprodukte anbieten vergeben und 25 Millionen in die Co-operative Bank of Kenya Limited, zur Ausdehnung des (Mikro-)Kreditgeschäftes investiert (DEG, o.J.b). Die Auswahl an geplanten Projekten der KfW und DEG verdeutlicht, dass die Mikrofinanzierung auch in Zukunft eine der wichtigsten Säulen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bleibt und die KfW weiterhin aktiv an der Finanzialisierung der EZA mitwirkt. Darüber hinaus werden die im Aufbau der Mikrofinanzindustrie entwickelten Finanzinstrumente ausgeweitet und auf andere Finanzbereiche übertragen.

Daneben erfährt die konzeptuelle Ausrichtung der Mikrofinanzierung mit Green Finance eine umfassende Erweiterung. Wurden MFIs bisher dann als nachhaltig bezeichnet, wenn sie finanziell rentabel arbeiten erfolgte die letzten Jahre eine Erweiterung des Verständnisses über Nachhaltigkeit. Für ein verantwortungsvolles nachhaltiges Finanzwesens gelten mittlerweile auch Auswirkungen auf die Umwelt zu den Faktoren, die als Maßstab für den Erfolg eines Mikrofinanzinstitutes herangezogen werden. So steht der Grundsatz der ‘profits, people, and planet’, also die Aufrechterhaltung einer finanziellen Rentabilität bei gleichzeitiger Förderung der sozialen Interessen der Stakeholder und dem Schutz der Umwelt im Vordergrund der Evaluierung von Mikrofinanzprojekten (Rippey, 2012, S. 217). Dementsprechend werden Mikrofinanzprodukte nicht mehr nur zur Förderung der individuellen unternehmerischen Tätigkeit und deren finanzieller Absicherung vergeben, sondern erhalten neue nachhaltige Vergabeziele vor dem Hintergrund der Bekämpfung und Anpassung an dem Klimawandel. So werden Mikrokredite auch für die Finanzierung von energieeffizienten oder erneuerbaren Energien vergeben oder Mikroversicherungen zum Schutz gegen Klimarisiken angeboten (Pfeiffer et al., 2012). Dieser Trend zur Förderung eines nachhaltigen Mikrofinanzsektors ist in einem breit angelegten Wandel der Finanzialisierung hin zum Green Finance eingebettet, den es im weiteren Verlauf dieser Arbeit zu analysieren gilt.

Abschließend gilt es für das Kapitel den Rückbezug zu den theoretischen Ausführungen aus dem zweiten Teil der Arbeit noch einmal zusammenzufassen. Wie hier ausführlich argumentiert werden konnte lassen sich alle im Teil II der Arbeit diskutierten Mechanismen der kapitalistischen neoliberalen Produktionsweise in spezifischer Form in der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit und im Rahmen der Mikrofinanzierung beobachten. Die KfW nimmt wie deutlich wurde eine zentrale Rolle in diesem Finanzialisierungsprozess ein.

Die Entwicklung und Implementierung spezifischer entwicklungspolitischer Instrumente durch die KfW ermöglichte erst die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie heute stattfindet. Besonders die Mikrofinanzierung als Teil des Finanzialisierungsprozesses nimmt eine besondere Bedeutung ein, da sie Akkumulationskrisen im Globalen Norden entgegenwirkt, indem Armut in Wert gesetzt wird und gleichzeitig durch vielfältige ideologische Maßnahmen legitimiert wird. Die Finanzierungsprojekte der KfW im Mikrofinanzsektor treiben den Vermarktlichungsprozess aktiv voran und sichern diesen ab. Als Entwicklungsbank ist sie in ihrer Tätigkeit als öffentliche Institution und als Teil des ‘integralen Staates’ zu begreifen, welche die Ausweitung einer kapitalistischen Marktlogik staatlich und ideologisch forciert. Eine kontinuierliche Kontrolle der KfW über die Finanzinstitute und -instrumente ermöglicht es den

Prozess gegen mögliche Widerstände der Länder des Globalen Südens durchzusetzen. Bestehende Abhängigkeitsverhältnisse werden dadurch genutzt, um die eigenen entwicklungspolitischen Vorstellungen, die sich an einer zunehmenden Finanzialisierung orientieren dauerhaft abzusichern. Die entwicklungspolitische Ausrichtung der KfW wird somit hegemonial während Abhängigkeitsverhältnisse des Globalen Südens weiter manifestiert werden.

8. Green Finance in der EZA und die Rolle der KfW

Im bisherigen Verlauf der Arbeit konnte die Rolle der KfW in der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit als eine zentrale Akteurin in der Entwicklung neuer Finanzinstrumente und im Aufbau einer globalen Mikrofinanzindustrie dargestellt werden. Bisher beschränkte sich die Analyse auf spezifische Finanzinstrumente und Tätigkeiten, wie strukturierte Fonds oder die Gründung von Banken etc. Wie anhand der Mikrokreditvergabe der KfW jedoch deutlich wurde hat sich in den letzten Jahren ein viel umfassender Trend innerhalb der Finanzialisierung ausgebreitet, der weit über einzelne Finanzinstrumente und Sektoren hinausgeht. Green Finance ist keine spezifische Form der Finanzialisierung, sondern beschreibt eine allgemeine Ausrichtung der Finanzialisierung insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Veränderungen, auf ideologischer, ökonomischer und praktischer Ebene der Entwicklungszusammenarbeit können nicht zu hoch eingeschätzt werden und bedürfen einer umfassenden Analyse. Besonders, da eine Anpassung der Rolle der KfW als Konsequenz der umfassenden Veränderungen zu erwarten ist. Daher gilt es im Folgenden zunächst die kapitalistischen Mechanismen hinter Green Finance zu beschreiben und diese auf die Entwicklungszusammenarbeit zu übertragen, um abschließend die Rolle der KfW zu analysieren.

8.1 Die imperiale Lebensweise als Voraussetzung für Green Finance

In einem ersten Schritt gilt es herauszuarbeiten aus welchen sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnissen ein Bedarf an Green Finance überhaupt entsteht. Hierfür bedient sich die Arbeit am Konzept der imperialen Lebensweise, welche als die Ursache für die Entstehung von Green Finance betrachtet und beschrieben werden soll.

8.1.1 Die imperiale Lebensweise als Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise

Der Bedarf an Green Finance ist wie hier argumentiert werden soll eine direkte Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise. Der Akkumulationsimperativ des Kapitalismus und der damit verbundene Ausdehnungs- und Wachstumszwang führen zwangsläufig zu einem immer intensiveren Gebrauch der natürlichen Ressourcen. Im Zuge dessen wird sich vom Globalen Norden die Natur und Arbeitskraft weltweit zunutze gemacht, während die ökologischen und sozialen Kosten, insbesondere in den Globalen Süden, externalisiert werden (Brand & Wissen, 2017, S. 12). Die im kapitalistischen Produktionsprozess entstehenden Treibhausgasemissionen münden im Klimawandel, dessen Folgen seit Jahrzehnten bekannt und immer deutlicher spürbar sind. Der Ökonom Ulrich Brand bezeichnet in diesem Zusammenhang die Ausbeutung und Zerstörung von Natur und Mensch als imperiale Lebensweise (Brand & Wissen, 2017). Die imperiale Weise beschreibt eine spezifische Regulation von gesellschaftlichen Verhältnissen und Naturverhältnissen (Brand & Wissen, 2017, S. 43). Dementsprechend soll sie auch als spezifische Regulationsweise des Kapitalismus verstanden werden, die zu einer direkten Zerstörung der Umwelt führt und zwangsläufig spezifische Formen kapitalistischer Regulation hervorbringt. Begründet liegt dies in einer einfachen Verknüpfung von Produktion und Konsum. Liegt im Kapitalismus ein inhärenter Akkumulations- und Ausdehnungszwang muss logischerweise immer mehr produziert werden. Zwangsläufig muss auch mehr konsumiert werden. Die imperiale Lebensweise ist dementsprechend ein Modus einer kapitalistischen Gesellschaft, in welcher die globale Produktionsweise, insbesondere die Arbeits- und Naturverhältnisse reguliert sind und die vorherrschenden Konsumnormen eingeschrieben sind. Die Basis der imperialen Lebensweise bildet eine Produktionsweise, die vor allem gesteuert vom Globalen Norden weltweit Natur und Arbeitskraft ausbeutet, um eigene über natürliche Grenzen hinausgehende Konsummuster zu ermöglichen.

Der Kampf darum wer, wo und wieviel konsumieren kann ist wiederum die Folge gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Im Fordismus etwa wurde durch erkämpfte wohlfahrtstaatliche Zugeständnisse der Lebensstandard eines größeren Teils der Bevölkerung verbessert und gleichzeitig die imperiale Lebensweise verallgemeinert (Brand & Wissen, 2017, S. 52ff.). Die Konsequenz bleibt jedoch die gleiche. Die Ausdehnung der imperialen Konsummuster führt zu einer Zerstörung unseres Lebensraumes.

Neben regulationstheoretischen Aspekten umfasst die imperiale Lebensweise auch hegemoniale Aspekte, die sich in den angesprochenen ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen der Bevölkerung des Globalen Nordens und der Schwellenländer, insbesondere in den

Produktions-, Distribution,- und Konsumnormen ausdrückt (Brand & Wissen, 2017, S. 43–44). Durch ein bestimmtes Ensemble von Normen und Werten findet erst eine konsensuelle Legitimation des extensiven Konsums statt, was wiederum zu einer Sicherstellung der expandierenden Produktionsweise des Kapitalismus führt, da eine Nachfrage stets gesichert ist. So sollen Akkumulationskrisen über eine hegemoniales Verständnis von Konsum verhindert werden. Ermöglicht wird die imperiale Lebensweise durch explizite Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnissen, welche die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften und die mit ihr verbundenen Produktions- und Konsumnormen sicherstellen sollen (Brand & Wissen, 2017, S. 44–45). Deshalb gilt es auch dependenztheoretische Aspekte zu berücksichtigen. Eine Erweiterung der Profiteur*innen einer imperialen Lebensweise innerhalb der Länder des Globalen Nordens führt zu neuen Ausbeutungsverhältnissen, die sich vermehrt auf den Globalen Süden verlagern. Beruht eine imperiale Lebensweise auf der Ausbeutung von Mensch und Natur, wird wenn die Ausbeutung nicht innerhalb der eigenen staatlichen Grenzen vollzogen werden kann diese in die Peripherie verlagert. Infolgedessen entsteht eine weitere Form des ‘ungleichen Tauschen’, welcher diese Arbeit als ‘ökologischer ungleicher Tausch’ bezeichnet. Ein ‘ökologischer ungleicher Tausch’ beruht darauf, dass der Globale Norden mit billigen Rohmaterial versorgt wird und die Kosten der Reproduktion der Arbeit gering hält (Brand & Wissen, 2017, S. 99–100). Die Kosten für die Zerstörung der Umwelt und Belastungen der Arbeiter*innen werden jedoch auch auf Grund, der nicht direkt spürbaren Folgen nicht im selben Maße kompensiert. Folgerichtig findet auch hier ein Wertetransfer vom Globalen Süden in den Globalen Norden statt. In diesem Fall in Form von natürlichen Ressourcen und dem Gebrauch oder eben nicht Gebrauch der natürlichen Umwelt. In diesem Sinne gilt es wieder hervorzuheben, dass ‘Unterentwicklung’ kein Nebenwiderspruch des Kapitalismus ist, sondern eine direkte Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise.

Im Zuge des Aufstieges der Schwellenländer, wie China, Indien und Brasilien, lässt sich eine Ausbreitung der imperialen Lebensweise auch in diesen Ländern beobachten insbesondere unter den Eliten und der Oberschicht. Die Ausbeutung von Mensch und Natur geht aber auch in den Ländern der Semiperipherie ununterbrochen weiter (Brand & Wissen, 2017, S. 106ff.). Demnach gilt es diese Länder als Brückenköpfe zu betrachten, welche die Lebensweise der Zentren übernehmen aber auch global absichern, insbesondere in ihren eigenen Ländern und in den peripheren Ländern des Globalen Südens. Die ökologische Krise, die mit einer imperialen Lebensweise einhergeht, wird als Folge dessen weiter verschärft. Dem Kapitalismus sind wie hier argumentiert wurde nicht nur Akkumulationskrisen durch etwa Überproduktion eingeschrieben, sondern auch Akkumulationskrisen, die sich aus einer von der dominierenden

Produktionsweise verursachten, ökologischen Krise ergeben. Der Mechanismus der Krisentendenz des Kapitalismus und den damit verbundenen vielfältigen Bewältigungsstrategien findet auch hier ihren Ausdruck.

8.1.2 Green Finance als Mittel zur Bewältigung der Folgen einer imperialen Lebensweise

Bisher beruhte die imperiale Lebensweise darauf, dass die sozial-ökologischen Widersprüchlichkeiten reguliert werden, indem deren Kosten in periphere Regionen verlagert werden und sich die Zentren die Arbeitskraft und Ressourcen des Globalen Südens zu eigen machen. Um die bestehenden Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten, braucht es jedoch eine Anpassung der imperialen Lebensweise, da die Folgen des Klimawandels die Lebensgrundlage auf dem Planeten grundsätzlich in Frage stellen. Steigende Temperaturen führen zu der Zerstörung von Lebensräumen durch den Anstieg des Meeresspiegels, Bränden und Überschwemmungen, sowie dem Verlust der Biodiversität und Produktivitätseinbußen durch die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter*innen oder Zerstörung der Produktionsmittel. Verschärft wird die aus der kapitalistischen Produktionsweise resultierende ökologische Krise durch die zunehmende Eingliederung der Semiperipherie in die imperiale Lebensweise. Konsequenterweise ist es zentrales Ziel der Weltgemeinschaft den Klimawandel aufzuhalten, was wiederum zu einem Bedarf an Instrumenten zur Erreichung des Ziels führt. Eingebettet sind diese Instrumente in einer Neuinterpretation des Kapitalismus: dem ‘Grünen Kapitalismus’. Ziel des Grünen Kapitalismus ist es die Klimakrise als Investitionsmöglichkeit zu verstehen. Der Umbau der Wirtschaft zu einer ressourcenschonenden soll über den freien Markt geregelt werden. Der freie Markt soll Investitionen in neue Technologien lenken, Arbeits- und Produktionsformen steuern sowie aus der Bearbeitung der ökologischen Krise wirtschaftliches Wachstum generieren, ohne die imperiale Lebensweise und die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen. (Brand & Wissen, 2017, S. 147ff.). Die Anpassung der Produktionsweise im Sinne eines Grünen Kapitalismus erfolgt über neue Inwertsetzungsstrategien der Naturverhältnisse.

Die Inwertsetzung von Natur wird in einer finanzialisierten Akkumulationsweise wie sie im Neoliberalismus beobachtbar ist und hier detailliert beschrieben wurde, im besonderen Maße über den Finanzmarkt vermittelt. Ihren namentlichen Ausdruck finden die Finanzaktivitäten im dem Begriff des Green Finance. In diesem Sinne soll Green Finance in Anlehnung an Arrighi (siehe Kapitel 4.5.3) als Reaktion einer potenziellen Hegemoniekrise der imperialen Lebensweise verstanden werden, in welcher durch die Folgen der Klimakrise die Produktivkraft zu

sinken droht und deshalb eine Fokussierung auf eine verstärkte (grüne) finanzialisierte Akkumulation gelegt wird.

Unter Green Finance fallen demnach alle Finanzierungsformen, die vorgeben den Klimawandel zu bekämpfen und einen positiven Einfluss auf die Umwelt zu nehmen (Jäger & Dziwok, 2024, S. 3). Im Zuge der zunehmenden Popularität von Green Finance entwickelten sich spezifische grüne Finanzinstrumente wie grüne Anleihen, grüne Kredite / Darlehen, grüne Investmentfonds oder grüne Finanzinitiativen sowie multilaterale und bilaterale Zuschüsse. Grüne Finanzinstrumente dienen in diesem Sinne als globale Lösungsstrategie die ökologischen Krisen zu bewältigen. Wie in der Forschungsarbeit ausführlich diskutiert wurde, führen Hegemonie- und Legitimationskrisen des Neoliberalismus zu einer Ausweitung der Finanzialisierung auf weiterer bisher nicht von Finanzmotiven durchdrungene Bereiche. In diesem Fall führt die ökologische Krise zu einer Ausweitung der Finanzialisierung auf Bereiche der Natur und deren Regulation. Green Finance gilt es als eine spezifische Form des diskutierten Vermarktlichungsprozesses zu begreifen. Der beschriebene Mechanismus der Vermarktlichung durch Finanzialisierung lässt sich dementsprechend auch auf Green Finance übertragen.

Ebenso gilt auch die dargestellte Logik der globalen Finanzmärkte, mit ihren makro- und mikroökonomischen Konsequenzen genauso für Green Finance. Auch Green Finance Instrumente führen zu einem Mehrwertabfluss von der Peripherie in die Zentren. Darüber hinaus verfolgen Green Finance Investments eine ähnliche Logik wie herkömmliche Finanzinstrumente und führen dementsprechend zu einer höheren Vulnerabilität gegenüber internationalen Finanzkrisen (siehe Kapitel 4.5.3). Zudem werden Abhängigkeitsverhältnisse vertieft, indem über den ‘grünen’ Finanzmarkt der Zugang für die Kapitalfraktion des Globalen Nordens zu den natürlichen Ressourcen des Globalen Südens erleichtert wird (Jäger & Schmidt, 2020, S. 36–37).

Green Finance reiht sich wie hier argumentiert wurde, ähnlich wie die Mikrofinanzierung, in einen globalen Finanzialisierungsprozess ein, der über spezifische Finanzinstrumente einer hegemoniale Legitimationskrise und einer ökonomischen Akkumulationskrise entgegenwirken soll. Die besondere Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Prozess wurde bereits ausführlich diskutiert. Welchen spezifischen Ausdruck Green Finance in diesem findet, soll im Folgenden konkretisiert werden.

8.2 Green Finance in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Da durch die beschriebene Ausbreitung der imperialen Lebensweise deren Kosten vermehrt in den Ländern des Globalen Südens ausgelagert werden, sind die Umweltzerstörungen aber auch sozialen Verwerfungen hier besonders stark ausgeprägt. Auch die Folgen des Klimawandels sind bekanntermaßen im Globalen Süden extremer spürbar. Da für die imperiale Lebensweise die Ausbeutung der Arbeiter*innen und der Natur essenziell ist, müssen beide in gewissem Maße erhalten bleiben. Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels sind in diesem Licht nicht aus einer altruistischen Logik zu verstehen, sondern als erforderliche Mittel zur Sicherstellung des Status quo. Formen des Green Finance können aus einer politökonomischen Perspektive daher auch als zielgerichtete Maßnahmen verstanden werden, die vermittelt über die Entwicklungszusammenarbeit die imperiale Lebensweise absichern und erhalten sollen. Die Analyse der Institutionalisierung von Green Finance, deren verschiedenen Ausprägungen und dessen Durchsetzung innerhalb der Entwicklungszusammenarbeit ist Inhalt des folgenden Kapitels.

8.2.1 Entwicklungspolitische Historie des Green Finance

Ihren Ursprung findet Green Finance in den 1970er Jahren, in welchem private Finanzinstitutionen in Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen, erstmals die Idee entwickelten private Finanzmittel zur Erreichung von ökologischen Zielen zu nutzen. Die heutige Dominanz von Green Finance insbesondere im Entwicklungsdiskurs hat ihren Ursprung jedoch in der Finanzkrise ab 2007 (Dziwok & Jäger, 2024, S. 3). Auch hier gilt es hervorzuheben, dass die aus der Finanzkrise erwachsene Finanzialisierung im Form von Green Finance aus einer Akkumulations- und Legitimationskrise erwachsen ist. Das komplette Versagen der Finanzmärkte führte nicht nur zu einem Wirtschaftseinbruch, sondern auch zu Vertrauensverlusten in den Finanzsektor. Daher benötigte es zur Wiederherstellung des Vertrauens, neue Finanzprodukte, welche einem moralischen Zweck verfolgen und gleichzeitig neue Profitmöglichkeiten ermöglichen (Jäger & Schmidt, 2020, S. 32). Diese Möglichkeiten bietet Green Finance. In diesem Sinne soll auch die Ausgabe der ersten grünen Anleihe von der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Jahr 2007 verstanden werden (Berrou et al., 2019). So liegt zum einen der Ursprung des Green Finance in einer kapitalistischen Krise (der Finanzkrise) aber auch deren Kontinuität in einer Krise (der Klimakrise) begründet. Ausgehend von der ersten Ausgabe von Green Bonds entwickelten sich Formen des Green Finance zu einem entscheidenden Mittel im Entwicklungsdiskurs. Globale Konferenzen zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit gab es in sehr unregelmäßigen Abständen bereits früher.

Etwa die 1972 stattfindende United Nations Conference on the Human Environment oder die 1992 abgehaltene United Nations Conference on Environment and Development. Für die strategische Ausrichtung der heutigen Debatte um Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere Green Finance sind vor allem die 2015 abgehaltene United Nations Climate Change Conference (COP 21) und deren Abschlussvereinbarung, das Pariser Klimaabkommen, sowie die 2030 Agenda for Sustainable Development und die darin festgelegten Sustainable Development Goals entscheidend. Das Pariser Klimaabkommen legt fest, dass der Klimawandel auf eine Temperaturerhöhung von 1,5 Grad begrenzt werden soll. Im Hinblick auf die SDGs sind neun Ziele darauf ausgerichtet zur Erhaltung der Umwelt beizutragen. Unter anderem zielt SDG 13 darauf ab direkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu ergreifen. Mit beiden Abkommen haben die Vereinten Nationen ein institutionelles Rahmenwerk aufgesetzt, welches einen starken Fokus auf nachhaltige Entwicklung und den Schutz vor dem Klimawandel legt, welches bestimmend ist für die Entwicklungszusammenarbeit und deren 'grüner' Ausrichtung (Berrou et al., 2019).

Die entwicklungspolitische Logik hinter Green Finance ist eine ähnliche wie in der Mikrofinanzierung. Auch hier werden entwicklungspolitisch legitime Ziele, wie eine intakte Umwelt genutzt, um einen Finanzialisierungsprozess ideologisch zu rechtfertigen. Ziel der Entwicklungspolitik ist es diesen Prozess abzusichern und für private Investor*innen attraktiv zu machen. Im Zuge der Umsetzung der SDGs wurde die Rolle des privaten Finanzmarktes noch einmal neuinterpretiert. Die 'Maximizing Finance for Development' Agenda der Weltbank zielt darauf ab mit jedem öffentlich investierten Euro mehrere Euro privater Investitionen zu mobilisieren. Die Finanzierung der SDGs soll so durch die Investition von Milliarden Euro öffentlicher Gelder Billionen Euro privater Gelder freisetzen. Das globale Finanzwesen gilt in der Strategie als der entscheidende Akteur zur Erreichung dieses Zieles (Elsner et al., 2022, S. 278). Green Finance ist hierfür lediglich ein Mittel, um die Gelder in, zur Erreichung der SDGs, relevante Bereich zu lenken.

8.2.2 Klassifizierung von Green Finance

Eine kritische Betrachtung von Green Finance ist im Vergleich zur Mikrofinanzierung wesentlich komplexer. Zwar sind die dahinterliegenden Mechanismen der Entstehung und Durchsetzung sehr ähnliche. Jedoch gibt es auch entscheidende Unterschiede. Zum einen ist Green Finance im Gegensatz zur Mikrofinanzierung ein relativ junges Phänomen, wozu weitaus weniger empirische

Daten zu den konkreten Auswirkungen existieren und zum anderen handelt es sich bei Green Finance um ein sehr weitreichendes Konzept, welches verschiedene Bereiche umfasst und ganz unterschiedliche Formen und Ausprägungen annimmt. Es handelt sich also nicht um ein eindeutiges Phänomen, sondern um eine Vielzahl von ganz unterschiedlichen Phänomenen und Ansätzen (Dziwok & Jäger, 2024, S. 3). Angelehnt an Dziwok und Jäger (2024) soll deren Klassifizierung von Green Finance genutzt werden, um später die Arbeit der KfW einzuordnen und kritisch zu hinterfragen.

Grundsätzlich unterscheiden die Autor*innen zwischen neoliberalen, reformistischen und transformativ-progressiven Formen der grünen Finanzierung. Die meisten grünen Finanzierungen lassen sich derzeit einer neoliberalen Ausrichtung zuordnen. In ihnen spiegeln sich die diskutierten ideologischen Annahmen des Neoliberalismus wider. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Klimakrise durch den Aufbau funktionierender freier Märkte gelöst werden kann. Entweder indem Innovationen zu neuen Technologien führen, welche den Klimawandel bekämpfen oder dadurch, dass Marktmechanismen,

welche negative Umweltauswirkungen haben, korrigiert werden. Der Natur wird in einer neoliberalen Logik ein finanzieller Wert zugewiesen, welcher mit anderen Wertformen substituiert werden kann. Wird der Wert der Natur richtig bemessen werden automatisch umweltbelastende Formen der Produktion vermieden, die einen zu hohen Wertverlust innerhalb der Natur verursachen. Fragen nach Einkommens- und Vermögensverteilungen und daraus resultierende Ungleichheit werden auch hier außer Acht gelassen (Dziwok & Jäger, 2024, S. 5).

Die neoliberale Form des Green Finance wird, abhängig davon in welcher Form der Staat in den Markt um grüne Finanzierung eingreifen sollte in drei Subkategorien unterteilt, neoliberale grüne Laissez-faire-Finanzierung, markterrichtende grüne Finanzierung und eine 'normale' neoliberale grüne Finanzierung. Erstere geht davon aus, dass keine staatlichen Interventionen, sondern nur freiwillige Maßnahmen eine effektive grüne Finanzierung gewährleisten. Da die KfW jedoch als staatliche Institution auftritt, welche Green Finance aktiv fördert ist diese Kategorie für die folgenden Ausführungen irrelevant. Der Fokus sollte daher vielmehr auf den beiden letzten Kategorien liegen.

Markterrichtende grüne Finanzierung zielt in erster Linie darauf ab die Grundlagen und Regelungen zur Schaffung neuer Märkte bereitzustellen und für deren Funktionieren Maßnahmen zu ergreifen und etwa die Transparenz auf den Märkten zu erhöhen. Besonders die Schaffung und Sicherung von Eigentumsrechten und die Möglichkeit des Handelns mit den neuen Eigentumsrechten sind relevante Funktionen staatlicher Institutionen in dieser neoliberalen Form des

Green Finance. Unter der markterrichtenden grünen Finanzierung fällt unter anderem der CO₂-Emissionshandel.

Eine ‘normale’ neoliberale grüne Finanzierung sieht die Rolle des Staates im Green Finance darin durch Steuern oder Subventionen Preiskorrekturen vorzunehmen, um Marktergebnisse zu optimieren. Besonders Subventionen werden aus öffentlichen Geldern finanziert und sollen private Investor*innen dazu anregen in Green Finance zu investieren. Ähnlich gilt es Taxonomien und Regelungen im Finanzwesen zu betrachten, deren Ziel es ist grüne Kredite zu fördern (Dziwok & Jäger, 2024, S. 4ff.).

Im Gegensatz zu neoliberalen Formen des Green Finance sind aus einer reformistischen Perspektive staatliche Eingriffe und strenge Regulierungen in den (grünen) Finanzmarkt zwingend notwendig, um ökologische Ziele zu erreichen. Staatliche Eingriffe gehen in diesem Verständnis über marktkorrigierende und markterrichtende Maßnahmen hinaus, sondern sollen diesen strikt regulieren, um negative Effekte zu verhindern, die sich aus einer rein privatwirtschaftlichen Kontrolle über Green Finance ergeben würden. Eine entscheidende Rolle kommt in den reformistischen Formen der grünen Finanzierung dem öffentlichen Sektor und im speziellen den Entwicklungsbanken, wie der KfW zu, die einen aktiven Part in der Gestaltung der Geldpolitik spielen. Eine aktive Gestaltung der Geldpolitik beinhaltet beispielsweise die Möglichkeit unterschiedliche Zinssätze für braune und grüne Investitionen zu vergeben oder die finanzielle Autonomie des Globalen Südens im Bereich des Green Finance zu erhöhen. Trotz dessen bleiben auch reformistische Ansätze dem Ziel treu grünes Wachstum zu fördern, um so den Klimawandel unter Beibehaltung einer kapitalistischen Produktionsweise aufzuhalten (Dziwok & Jäger, 2024, S. 8–9).

Zuletzt existieren im Diskurs um Green Finance auch progressive Ansätze, welche den Gedanken des grünen Wachstums für illusorisch halten. Vielmehr geht es im progressiven Diskurs darum die bisherigen Produktionsweisen und die damit verbundene Regulation der Naturverhältnisse zu transformieren und neue ökologisch nachhaltige Formen des Wirtschaftens zu etablieren. Progressive Ansätze stehen meist in einer kritisch politökonomischen Tradition und erkennen im Klimawandel die Folge eines kapitalistischen Mechanismus des Wachstums und der Überausbeutung der natürlichen Ressourcen. Daher gilt es die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Kern zu transformieren. Unter den progressiven Ansätzen fällt daher auch das Konzept des ‘Degrowth’, welches eine Schrumpfung spezifischer Wirtschaftstätigkeiten propagiert, um so den Wachstumszwang des Kapitalismus zu umgehen (Dziwok & Jäger, 2024, S. 9ff.).

Hier kann bereits vorweggenommen werden, dass progressive Ansätze in der Arbeit der KfW keine Rolle spielen. Stattdessen verschreibt sie sich dazu „den Wandel durch ‘grünes

Wachstum' voranzutreiben" (KfW Entwicklungsbank, o.J.c). Vor diesem Hintergrund gilt es im Bezug zur Arbeit der KfW diese vor allem im Hinblick auf neoliberale und reformistische Formen des Green Finance zu analysieren.

8.2.3 Die Rolle von Entwicklungsbanken im Green Finance

Die Rolle von multi- und bilateralen Entwicklungsbanken in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wurde in Kapitel 5.2 erläutert und bereits auf die Mikrofinanzierung übertragen. Ihre hier beschriebene Rolle lässt sich in ähnlicher Weise auch im Green Finance beobachten. Innerhalb des Green Finance nehmen sie ihre Hauptfunktion ein sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Projekte zu fördern, welche für private Investor*innen eigentlich unrentabel und somit unattraktiv sind. Von ihnen geförderte Projekte werfen normalerweise keine direkten Gewinne ab, führen langfristig aber zu einem sozialen Mehrwert (Humphrey, 2022, S. 3ff.). Konkret bedeutet dies, dass den Entwicklungsbanken der Auftrag zukommt, den hinter Green Finance liegenden Finanzialisierungsprozess zu koordinieren und durchzusetzen. Insbesondere liegt die Aufgabe der multi- und bilateralen Entwicklungsbanken darin, mit Hilfe ihrer institutionellen Eigenschaften und komparativen Vorteilen Finanzierungslücken im Bereich des Green Finance zu schließen. Zum einen können Projekte zu niedrigeren als marktüblichen Zinssätzen finanziert werden und somit verschiedene Arten von Finanzierungsinstrumenten und -strukturen ermöglicht werden. Diese können mit Hilfe des institutionellen Netzwerkes der Banken skaliert und Erfahrungen über deren Einsatz ausgetauscht werden. Die programmatische Ausrichtung der Banken hilft darüber hinaus gezielt Sektoren und Wirtschaftsbereiche anzusteuern und zu fördern. Zuletzt können so potenziell öffentliche und private Interessengruppen mobilisiert und Synergieeffekte erzeugt werden (Choi & Laxton, 2023, S. 64).

Im Hinblick auf den Anteil an grünen Finanzprodukten innerhalb des globalen Finanzsystems existiert jedoch noch ein erheblicher Nachholbedarf zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele, die das Pariser Klimaabkommen und die SDGs vorgeben. Bisher sind nur 1,1% der ausgegebenen Anleihen auf dem Weltmarkt Anleihen, die als 'grün' kategorisiert werden. Von den weltweit gehandelten Fonds sind nur ein Bruchteil von 0,5% im Einklang mit den Pariser Klimazielen (Revelli & Walter, 2024, S. 47–48). Diesen Anteil, insbesondere im Globalen Süden auszubauen ist die Aufgabe der multi- und bilateralen Entwicklungsbanken wie der KfW. Ihre Tätigkeit soll den Green Finance Sektor für private Investor*innen attraktiv machen, um das Ziel der globalen Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen und Gelder in grüne Sektoren und Bereiche zu leiten. Wie auch bei der KfW deutlich werden wird, sind die Ausgabe und Errichtung von grünen Finanzinstrumenten wie Green Bonds sowie grünen Fonds oder die Entwicklung

von Nachhaltigkeitskonzepten beliebte Mittel. Entwicklungsbanken tragen somit aktiv zum Aufbau eines grünen Finanzmarktsegments insbesondere im Globalen Süden bei. Die dahinterliegenden Ziele des Umwelt- und Klimaschutzes verleihen der Arbeit der Banken eine gewisse Legitimation und verschleiern gleichzeitig das strukturelle Ziel den Finanzialisierungsprozess auszuweiten, um neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation aufzubauen.

In diesem Sinne können hier bereits zwei Formen des Green Finance beobachtet werden, in denen Entwicklungsbanken und insbesondere die KfW involviert sind. Zum einen werden durch den aktiven Aufbau eines Finanzmarktes und der dazugehörigen Infrastruktur markterrichtende neoliberale Formen des Green Finance angewandt. Zum anderen sorgt die aktive Gestaltung von Nachhaltigkeitsrichtlinien etwa durch die KfW, einer staatlichen Institution, zu einer staatlichen Regulierung des Green-Finance-Marktes. Durch die allgemeine Funktionsweise von multi- und bilateralen Entwicklungsbanken sich Kapital auf dem internationalen Finanzmarkt zu leihen und mit guten Konditionen weiterzugeben können indirekt unterschiedliche Zinssätze für ‘braune’ und ‘grüne’ Investitionen vergeben werden und der Markt aktiv gestaltet werden. Dementsprechend tragen die Entwicklungsbanken, insbesondere die KfW in verschiedener Weise zur Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die Förderung des Green Finance bei. Wie sich der Beitrag bei der KfW konkret ausdrückt, gilt es im folgenden Kapitel zu analysieren.

8.3 Green Finance in der Tätigkeit der KfW

Wie bereits festgestellt werden konnte ist die Aktivität der KfW an sich als eine bestimmte Form des Green Finance zu betrachten. Die aktive Regulierung von Green-Finance-Märkten und Instrumenten im Globalen Süden mit dem Ziel grüne Investitionen zu fördern kann als reformistische Form des Green Finance interpretiert werden.

An erster Stelle drückt sich dieser Befund im Nachhaltigkeitskonzept der KfW aus, welches Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte als Grundlage aller Finanzierungs- und Förderaktivitäten bestimmt. In den Nachhaltigkeitsrichtlinien betont die KfW die aktive Förderung „der sozialen Entwicklung, des Umwelt- und Klimaschutzes, der Anpassung an den Klimawandel sowie der Schutz der natürlichen Ressourcen“ voranzutreiben (KfW Entwicklungsbank, 2023c, S. 3). In diesem Sinne sollen alle Finanzierungen der KfW als Gegenstand von ‘Klimamainstreaming’ betrachtet und der Klimawandel in allen Projekten der Bank berücksichtigt werden. Nachhaltigkeitskonzepte werden hier auf die gesamte Arbeit der KfW übertragen. Die Richtlinie gilt für alle Aktivitäten der KfW, auch für solche die außerhalb der Finanzialisierung liegen. Inwieweit

diese auf Projekte mit Partner*innen des Finanzmarktes angewandt werden sollen wird daher gesondert diskutiert.

Zunächst hält die KfW sich das Recht vor Kredite mit hohen Klimarisiken nicht zu genehmigen oder zurückzuziehen. Stattdessen müssen Kredite an Richtlinien des Pariser Klimaabkommen gekoppelt werden (KfW Entwicklungsbank, 2023c, S. 16). Grundsätzlich gilt es in der Zusammenarbeit mit anderen Finanzinstituten Klimarisiken und soziale Risiken zu minimieren und Finanzierungen auf Umwelt- und Sozialaspekte zu prüfen. Insbesondere für die bankeigenen Beteiligungen an Fonds und Banken müssen diese Aspekte eingehalten werden. Darüber hinaus wird auch die Finanzierung von Mikrofinanzinstituten geregelt. In diesem Bereich soll das bisherige Verhalten der Mikrofinanzinstitute in Umwelt- und Sozialbelangen geprüft werden und nach Möglichkeit ein Umwelt- und Sozialmanagementsystems für den Nachweis der Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Mikrokrediten eingerichtet werden (KfW Entwicklungsbank, 2023c, S. 12–13).

Wie die Umsetzung des Nachhaltigkeitskonzeptes der KfW aussehen soll, wird in einem Positionspapier der KfW deutlich. In erster Linie zielt die Arbeit der KfW darauf ab privates Kapital zu mobilisieren. Dafür werden von der KfW verschiedene Instrumente und Ansätze genutzt. Neben der Förderung des Finanzsektors über Kreditlinien, der Kapitalmarktentwicklung, Direktinvestitionen in Finanzinstitute, sind strukturiert Fonds das zentrale Finanzinstrument der KfW (Colla, 2019). In der Förderung von Green Finance kann die KfW somit auf ihre etablierten Finanzinstrumente aus der Mikrofinanzierung zurückgreifen. Darunter fallen insbesondere verschiedene Fonds. Im Fall der KfW wurde bereits 2009 der Green for Growth Fund Southeast Europe gegründet, welcher die Refinanzierung von Finanzinstituten auf die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausrichtet. Die KfW konnte durch ihre Erfahrungen mit strukturierten Fonds frühzeitig zu einem zentralen Player in der Förderung von Green Finance in der Entwicklungszusammenarbeit aufsteigen. Bereits 2012 lag das Portfolio der KfW in der Finanzierung von Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien über den Finanzsektor bei knapp 800 Millionen Euro (Pfeiffer et al., 2012, S. 243ff.). Kontinuierlich wurde der Ausbau des Finanzmarktes im Globalen Süden zur Förderung von den Klimawandel bekämpfenden Investitionen vorangetrieben und auf weitere Bereiche erweitert. Von den 51 Fondsbeteiligungen der KfW im Jahr 2020, haben mindestens 15 Fonds einen direkten Auftrag Projekte zu fördern, die dem Klimawandel entgegenwirken. Die Fonds fördern dabei ganz unterschiedliche Bereiche. Über den Encourage Solar Finance, den FEI-OGEF Bürgerenergiefonds, den Global Climate Partnership Fund, den Green for Growth Fund, den IHS Fund und die responsibility Renewable Energy Holding sollen Erneuerbare Energien und Projekte

zur Erhöhung der Energieeffizienz gefördert werden. Daneben werden durch den Natural Disaster Fund, die Mikrofinanzinitiative für Asien, den LeapFrog Financial Inclusion Fund oder den InsuResilience Investment Fund Mikrofinanzinstitute und deren -produkte gefördert, die entweder Versicherungen gegen Klimarisiken anbieten oder Mikrokredite für die klimafreundliche Förderung der Wirtschaft vergeben. Zuletzt fördern weitere Fonds verschiedene spezifische Aspekte des Green Finance. Der CRAFT Fond fördert über den Finanzmarkt vermittelte Maßnahmen zur Klimaanpassung. Daneben werden über den eco.business-Fonds Investitionen in den Erhalt der Biodiversität finanziert oder durch den Latin American Green Bond Fund grüne Anleihen gefördert (KfW Entwicklungsbank, 2019).

Die im Zuge der großflächigen Förderung des Mikrofinanzsektors, entwickelten Finanzinstrumente der strukturierten Fonds werden demnach durch die KfW auf den Bereich des Green Finance übertragen. Die KfW übernimmt in diesem Fall nicht die Risiken für einen Ausfall von Krediten, sondern die Risiken, die mit einer Investition in grüne Bereiche im Globalen Süden einhergehen. So werden insbesondere Erneuerbare Energien und Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und grüne Mikrofinanzprodukte gefördert. Ziel ist es einen besonders breiten Teil der Bevölkerung des Globalen Südens zu erreichen und sie dazu zu bewegen in aus der Perspektive der KfW positive Bereiche zu investieren. Grundsätzlich ist die Tätigkeit der KfW im Green Finance darauf ausgerichtet den Finanzmarkt zu reformieren, damit dieser grüne Investitionen finanziert und insbesondere privates Kapital mobilisiert.

Neben den von der KfW gegründeten und finanzierten Fonds erweiterte sich die Tätigkeit der KfW durch das neue Finanzinstrument der ‘Green Bonds’. Die ersten Green Bonds wurden schon 2007 von der European Investment Bank ausgegeben. Mit den ‘grünen Anleihen’ werden Projekte finanziert, die sich positiv auf die Umwelt auswirken sollen (Berrou et al., 2019, S. 15). ‘Grüne Anleihen’ sind in diesem Sinne Wertpapiere, die zu einem festgelegten Zinssatz zurückgezahlt werden und insbesondere Zinsen aus Investitionen in Bereiche wie erneuerbare Energien oder den Umweltschutz erzielen. Die aus dem Verkauf der grünen Anleihen erzielten Erlöse werden also direkt zur Finanzierung von Klima- und Umweltschutzprojekten genutzt.

Die KfW tritt in diesem Bereich sowohl als Emittentin als auch Investorin auf. Mit einem Volumen von 1,7 Milliarden US-Dollar legte die KfW 2014 schon mit ihren ersten eigenen Green Bond die damals größte grüne Anleihe auf. Das Interesse von Investor*innen war enorm und ließ das Auftragsbuch rasch auf knapp 3 Milliarden US-Dollar anwachsen (Griffith-Jones, 2016, S. 8). Mit einem Gesamtemissionsvolumen von 50 Milliarden Euro, seit 2014, zählt die KfW zu einen der größten Emittenten von Green Bonds der Welt. Für das eigene Green-Bond-

Portfolio wurden wiederum bereits mehr als 2 Milliarden Euro investiert. (KfW Entwicklungsbank, 2022).

Neben den zentralen Finanzinstrumenten der KfW zur Förderung des Green Finance und der damit einhergehenden Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit werden erhebliche Mittel aufgewendet direkte Darlehen an lokale Entwicklungsbanken zu vergeben, die wiederum Klimainvestitionen finanzieren sollen. Darunter fallen Darlehen in Höhe von jeweils 250 Millionen Euro an die zentralamerikanische Entwicklungsbank und der peruanischen Entwicklungsbank (KfW Projektdatenbank, o.J.).

Zusammengerechnet stellte die KfW den globalen Finanzmärkten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit 2020 4,3 Milliarden Euro und 2021 ca. 3 Milliarden Euro für Projekte im Green Finance zur Verfügung (KfW Entwicklungsbank, 2022).

Auch innerhalb des Green Finance der Entwicklungszusammenarbeit spielt eine institutionelle Einbettung der Entwicklungsbanken eine wesentliche Rolle. Die Mitgliedschaft der KfW im International Development Finance Club (IDFC), einen Zusammenschluss von 27 Entwicklungsbanken, der eine nachhaltige Entwicklung und klimaresistente Entwicklungspfade ermöglichen will (IDFC, 2024), ist auch hier ein relevantes Beispiel.

Die Arbeit der DEG lässt sich in einem ähnlichen Licht betrachten, mit der Einschränkung, dass Mittelzusagen der DEG nicht nur privates Kapital mobilisieren sollen, sondern direkt an private Akteur*innen gerichtet sind. Die genutzten Finanzinstrumente bleiben jedoch die gleichen. 2024 wurden bereits 80 Millionen US-Dollar in die türkische Privatbank Isbank investiert, um deren grünes Finanzportfolio auszuweiten. Mit demselben Ziel wurden 15 Millionen US-Dollar in die Banco Promerica S. A. in El Salvador investiert. Zudem wurde im selben Jahr ein Kredit in Höhe von 60 Millionen US-Dollar an die Kooperation LAAD Americas N.V vergeben, die 35% davon an kleine und mittelständische Unternehmen in Form von grünen Agrarkrediten weitergibt. Weitere 25 Millionen US-Dollar wurden in den von der KfW gegründeten ALCB Fund gesteckt (DEG, o.J.b). Zusammengerechnet nimmt Green Finance in der Förderung des Finanzsektors, 2024, die zentrale Position in der Finanzierung der DEG ein und ist aktuell der prägende Förderungsbereich. Ein ähnliches Vorgehen der KfW lässt sich auch im vergangenen Jahr beobachten. Vorhaben, welche den Klima- und Umweltschutz fördern nahmen 2023 mit 680 Millionen Euro von einem Gesamtinvestitionsvolumen von 10,3 Milliarden Euro einen bedeutenden Anteil ein (DEG, 2023). Darunter fielen Investitionen in den Latin American Green Bond Fund (25 Millionen USD), in die usbekische Private Joint-Stock Commercial Bank (23,5 Millionen USD), in die Ecobank Transnational Incorporated (25 Millionen USD) oder die

Banco Internacional de Costa Rica (25 Millionen USD), um einige Beispiele zu nennen (DEG, o.J.b).

In der Analyse der Projekte der KfW lässt sich deren Arbeit in die diskutierten Formen des Green Finance einordnen. Wie eingangs festgestellt wurde lässt sich die Arbeit der KfW im allgemeinen als reformistische Form des Green Finance charakterisieren. Die spezifischen Finanzinstrumente bilden wiederum markterrichtende und 'normale' neoliberale Formen des Green Finance ab. Mit einem bindenden Nachhaltigkeitskonzept, welches sich explizit auch auf die Finanzialisierungstätigkeiten der KfW bezieht, soll insbesondere durch Umwelt- und Sozialmanagementsysteme die Transparenz erhöht werden. Dieser Aspekt der KfW-Arbeit ist als eine klassische markterrichtende Form des Green Finance zu verstehen. Darüber hinaus wird durch eigens eingerichtete Fonds und Green Bonds erst ein Markt für grüne Finanzprodukte geschaffen, die von privaten und öffentlichen Akteur*innen gehandelt werden. Mit der Übernahme von Verlustrisiken in den strukturierten Fonds und den Aufbau des Finanzmarktes im Bereich Green Finance sollen, wie auch in den Positionspapieren der KfW deutlich wird, private Investor*innen dazu angeregt werden in grüne entwicklungspolitisch orientierte Finanzprodukte zu investieren und ihr Verhalten in eine gewünschte Richtung zu lenken. Diesen Aspekt gilt es als eine 'normale' neoliberale Form des Green Finance zu verstehen.

In der Gesamtbetrachtung zählt die KfW auf Grund ihrer ideologischen Funktion, ihrer Vorreiterrolle in der Etablierung grüner Finanzprodukte und im Hinblick auf ihr Investitionsvolumen zu einer der zentralen Akteur*innen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch Green Finance.

In der Bewertung der Arbeit der KfW ist besonders in diesem Aspekt darauf hinzuweisen, dass eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft auch im Globalen Süden durchaus positiv zu betrachten ist. Jedoch gelten auch hier die Beobachtungen, die bereits in der Mikrofinanzierung gemacht wurden. Die Ausweitung der von der KfW entwickelten Finanzinstrumente dienen in erster Linie dazu das Anlage- und Kreditgeschäft auf den Globalen Süden zu übertragen und dort eine neue Leitideologie zu fördern. In diesem Fall die Ideologie des grünen Wachstums. Wie bereits festgestellt wurde sollen besonders private Investor*innen dazu gebracht werden in Green Finance zu investieren. Dementsprechend unterliegen die Fonds und Green Bonds, an denen die KfW beteiligt ist, auch einer Profitlogik. Konsequenterweise werden zwar Gelder für die Projekte mobilisiert im Endeffekt aber mit einem zusätzlichen Mehrwert, sowohl auf finanzieller Ebene als auch auf ökologischer Ebene an private Akteur*innen im Globalen Norden zurückgezahlt. Die hier beschriebene Logik ergibt sich nicht nur aus der Übertragung kapitalistischer Mechanismen auf die Arbeit der KfW, sondern wird von der KfW selbst festgestellt aber

als natürlich dargestellt. So schreibt die KfW in einem eigens veröffentlichten Paper Folgendes: „Wesentlicher Faktor für die Mobilisierung privater Investitionen [...] die sich ergebenden Renditeaussichten“ sind und wesentlich von den Auswirkungen des Klimawandels und klimapolitischen Entscheidungen beeinflusst werden (Schwarz, 2023, S. 1). Demensprechend ist es die Aufgabe der KfW durch ihre Tätigkeit Anreize für grüne Investitionen zu setzen und vor allem privates Kapital in nachhaltige Bereiche zu lenken.

9. Fazit: Die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit eine kapitalistische Reaktion

Ziel der Forschungsarbeit war es im Sinne des Critical Realism verschiedene kritische Perspektiven auf die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit auf globaler Ebene zu beschreiben und die dahinterliegenden Mechanismen und Strukturen aufzudecken, um anschließend die gewonnen Erkenntnisse im Hinblick auf die konkret zu beobachtende Arbeit der KfW nachzuzeichnen. Daraus resultieren sollte eine umfassende Erklärung der tatsächlich beobachtbaren Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit.

Hierfür setzte sich Teil I der Arbeit detailliert mit dem wissenschaftstheoretischen Zugang des Critical Realism auseinander, welcher die Art und Weise der Forschung und die Richtung der Arbeit bestimmte. In Teil II der Arbeit konnte mit Hilfe verschiedener theoretischer Perspektiven erklärt werden, wie die Welt beschaffen sein muss, dass die Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit überhaupt stattfindet und die dahinterliegenden Mechanismen aufgedeckt werden. Zuletzt wurde in Teil III das Phänomen der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit anhand der Arbeit der KfW verdeutlicht und deren Rolle in diesem Prozess beschrieben. Die Ergebnisse des Forschungsprozesses gilt es abschließend zusammenzufassen.

9.1 Eine abschließende Betrachtung der Rolle der KfW in der Finanzialisierung der EZA

Wie im Verlauf der Forschungsarbeit deutlich wurde ist die KfW in vielfältiger Form an der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit beteiligt. Die Mikrofinanzierung und Green Finance nehmen in dem Prozess die größten Finanzierungsbereiche ein. Die konkreten kapitalistischen Logiken und Konsequenzen dieser Finanzialisierungsformen sind ausführlich

diskutiert worden. Was noch fehlt ist eine zusammenfassende Betrachtung der Arbeit der KfW im Kontext der Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit.

Wie sowohl bei der Mikrofinanzierung als auch beim Green Finance deutlich wurde ist das Hauptmotiv der KfW zum einen Finanzmärkte in den gewünschten Bereichen aufzubauen und zum anderen private Investor*innen zu Investitionen in die aufgebauten Finanzmärkte zu bringen. Zu diesem Zweck übernimmt die KfW Investitionsrisiken der privaten Akteur*innen. Das gilt sowohl für die Mikrofinanzierung als auch für Green Finance. Die Ökonomin Daniela Gabor bezeichnet diesen Mechanismus als ‘De-Risking’. Hinter dem Begriff steckt eine inoffizielle Vereinbarung zwischen privaten Akteur*innen und öffentlichen Entwicklungsinstitutionen in welcher sich der private Sektor dazu verpflichtet öffentliche Dienstleistungen und wünschenswerte Bereiche zu finanzieren, zu verwalten und aufzubauen während der öffentliche Sektor, insbesondere in Vertretung von multi- und bilateralen Entwicklungsbanken die Investitionsrisiken übernehmen und die Zahlungsströme an die privaten Investor*innen garantieren (Gabor, 2021, S. 430). Der globale Finanzmarkt gilt in diesem Sinne als entscheidender Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Dementsprechend kann Entwicklung keine rein öffentliche auf das Gemeinwohl orientierte Aufgabe bleiben, sondern muss aus einer kapitalistischen Perspektive ‘investierbar’ werden. Die gesamte Entwicklungszusammenarbeit wird zu diesem Zwecke umgeformt und gestaltet, sodass Finanzakteur*innen in Entwicklung investieren. Die Umgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit in Bezug auf den Mechanismus des ‘De-Risking’ manifestiert sich in einem Wandel von Washington- und Post-Washington Consensus hin zum Wall-Street-Consensus. In der Durchsetzung des Wall-Street-Consensus fällt besonders den Entwicklungsbanken wie der KfW eine besondere Rolle zu. Sie sind zum einen dafür verantwortlich die lokalen Finanzsysteme des Globalen Südens nach dem Vorbild der neoliberalen Finanzsystem des Globalen Nordens umzugestalten und zum anderen dafür zuständig öffentliche Gelder in Anlageklassen zu lenken, die Investitionsrisiken für private Akteur*innen zu minimieren und Profite zu sichern. Beide Aufgaben verfolgen das Ziel Kapitalakkumulation durch Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen (Gabor, 2021).

Wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, nimmt die KfW sowohl in der Mikrofinanzierung als auch im Green Finance beide Funktionen wahr und wird auf Grund ihrer institutionellen Stellung, ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihrer Voreiterinnenrolle in der Etablierung neuer Finanzinstrumente. Zudem agiert sie als eine entscheidende Institution in der Initiation und Durchsetzung der Umgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit hin zu einer finanzialisierten, auf Kapitalakkumulation ausgerichteten Form der EZA. Gerade die Subventionierung und Kapitalbeteiligungen in der Mikrofinanzierung, die Risikoübernahme der ‘first-loss’

Tranchen in ihren strukturierten Fonds und anderen entwicklungsorientierten Finanzinstrumenten sowie die ausgegebenen Garantien für die Emission grüner Anleihen begründen ihre Voreiterinnenrolle im Finanzialisierungsprozess der Entwicklungszusammenarbeit (Gabor, 2021, S. 433).

In der Gesamtbetrachtung beider Bereiche wird ein viel größeres Bild sichtbar, in welchem die KfW als zentrale Figur in der Finanzierung der Entwicklungsarbeit heraussticht und nicht nur in einzelnen Teilbereichen der EZA transformative Arbeit leistet, sondern auf die Umgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Gesamtheit hinarbeitet. Die Bedeutung der KfW für die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit kann daher nicht unterschätzt werden. Vielmehr sollte sie als zentrale Akteurin im gesamten Prozess betrachtet werden, sowohl historisch als auch in der aktuellen Phase.

Die Gründe des Phänomens der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit mögen auf den ersten Blick in historischen Entwicklungen, politischen Entscheidungen und in sich wandelnden Diskursen liegen. All diese Dinge tragen zwar entscheidend zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit bei, die eigentlichen dahinterstehenden Mechanismen sind jedoch als viel abstrakter zu betrachten und in der 'deep domain' angesiedelt. Ziel dieser Forschungsarbeit war es den Kapitalismus als Struktur zu bezeichnen, welche bestimmte Mechanismen erforderlich macht, verursacht und Prozesse wie die Finanzierung der EZA in Gang setzt. Ausgehend von dem Kapitalismus inhärenten Merkmalen des Akkumulations- und Ausdehnungszwanges gilt es diese als Ursache von kapitalistischen Akkumulations- und ökologischen Krisen zu verstehen, welche wiederum globale Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnisse kreieren. Die Beständigkeit solcher Verhältnisse lässt sich wiederum auf ideologische und diskursive Praktiken zurückführen, die Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse naturalisieren und moralisch legitimieren.

Im Gesamtzusammenhang der kapitalistischen Mechanismen und Prozesse kann die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit daher nicht als eigenständiges Phänomen betrachtet werden, sondern nur als Reaktion auf die dargestellten Vorgänge der darüberstehenden Struktur. Die Arbeit der KfW ist direkter Ausdruck der beschriebenen Mechanismen. So konnte eine detaillierte Verknüpfung von dem, was wir erleben, was tatsächlich geschieht, und den zugrunde liegenden Mechanismen hergestellt werden, welche die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Gesamtheit darstellt.

9.2 Rekapitulation der Forschungsarbeit und abschließende Bemerkungen

In der Gesamtbetrachtung der Forschungsarbeit konnte dieses Ziel erreicht werden. Der Kritische Realismus stellte die nötigen Mittel zur Verfügung ontologische, epistemologische und methodische Annahmen zu treffen, die einen Erkenntnisgewinn erst ermöglichten. Die herangezogenen herausragenden theoretischen Arbeiten zu der Funktionsweise des Kapitalismus ermöglichten es ein Gesamtbild über die historischen und gesellschaftlichen Verhältnisse unserer Welt zu zeichnen und die dahinterliegenden konstituierenden Mechanismen zu beschreiben. Aufbauend auf diesem Wissen konnte die spezifische Manifestierung des kapitalistischen Phänomens der Finanzialisierung anhand der Arbeit der KfW beschrieben werden.

Meist beschränken sich wissenschaftliche Beiträge zur Finanzialisierung auf einzelne hier berücksichtigte Theorien. Dementsprechend tragen sie auch nur jeweils zu Teilen zur Erklärung des Phänomens der Finanzialisierung bei. In dieser Arbeit konnten jedoch die relevantesten kritischen Theorieströmungen vereint und kombiniert und deren Stärken genutzt werden, um eine gesamtheitliche Erklärung über die Finanzialisierung herauszuarbeiten. Die Forschungsarbeit trägt somit zu einer Erweiterung des Verständnisses über Finanzialisierung bei, indem es bereits gewonnene Erkenntnisse zusammenführt und zu einem inhaltlich kohärenten Gesamtbild formt.

Darüber hinaus zeigt die vorliegende Forschungsarbeit auf, wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse über Finanzialisierung in seiner abstrakten Form genutzt werden können, um konkrete Formen, in diesem Fall die Finanzialisierung der Entwicklungsarbeit, zu erklären. So trägt die Arbeit auch dazu bei die Finanzialisierung der EZA umfassend zu erklären und zu verstehen. Zuletzt bietet die Forschungsarbeit mit Hilfe der Case Study eine detaillierte Analyse darüber, wie sich die Finanzialisierung der EZA in der Praxis ausdrückt und umgesetzt wird. Anhand der beschriebenen konkreten Handlungsmuster öffnet die Forschungsarbeit einen Raum für Veränderungen nicht nur innerhalb der deutschen EZA. Mit einer detaillierten Darstellung der KfW als zentrale Entwicklungsinstitution kann das abstrakte Phänomen der Finanzialisierung der EZA mit ganz konkreten Handlungen verknüpft werden. Dementsprechend bietet die Forschungsarbeit eine sowohl sehr abstrakte als auch sehr konkrete und somit eine Analyse und Erklärung der Gesamtheit eines prägenden Phänomens der Entwicklungszusammenarbeit.

Deutlich hervorgehoben werden muss dabei, dass die gewonnen Erkenntnisse in der Tradition des Critical Realism ein konkretes Phänomen beschreiben und erklären soll. Die Erklärungen sind auf einer sehr abstrakten Ebene angesiedelt. Zwar erfolgt im Zuge dessen eine kritische

Hinterfragung der Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen und der Arbeit der KfW im Konkreten, eine normative Bewertung oder konkrete, alternative Handlungsmöglichkeiten soll hier explizit nicht erfolgen. Vielmehr gilt es diese Arbeit in Bezug auf Bhaskars Aussage: “we will only be able to understand—and so change— the social world if we identify the structures at work that generate those events and discourses” zu verstehen (Bhaskar, S. 2). Die vorliegende Arbeit hat ebendiese Strukturen und Phänomene identifiziert. Dabei wird deutlich, dass die Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit systemisch bedingt ist. Emanzipatorische Handlungen haben daher nur dann Erfolg, wenn sich konkrete Handlungsmuster und Gegenbewegungen kumulieren und eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen verfolgen. In der Hoffnung zivilgesellschaftliche Akteur*innen, mit dem erforderlichen Wissen über die aktiven Strukturen und Mechanismen zu versorgen sollen sie in die Lage versetzt werden selbstbestimmt emanzipatorisch zu handeln.

Literaturverzeichnis

- Access Holding. (2023). *Impact Report 2023*. https://accessholding.com/wp-content/uploads/2024/03/Impact-Report_2023.pdf
- Advans Group. (2023). *Advans Annual Report 2023*. <https://annualreport2023.advansgroup.com/>
- Agence Française de Développement. (2023). *The Agence Française de Développement Group*. <https://www.afd.fr/en/agence-francaise-de-developpement>
- Aglietta, M. (1982). *Régulation et crises du capitalisme: l'expérience des États-Unis*. FeniXX.
- Beck, M. & Knafo, S. (2020). Financialization and the Uses of History. In P. Mader, D. Mertens & N. van der Zwan (Hrsg.), *Routledge international handbooks. The Routledge international handbook of financialization* (S. 136–146). Routledge.
- Becker, J. (2002). *Akkumulation, Regulation, Territorium: Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Zugl.: Wien, Wirtschaftsuniv., Habil.-Schr., 2001. Metropolis-Verl.
- Becker, J. (2014). Finanzialisierung und globale Peripherie. In M. Heires & A. Nölke (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Finanzialisierung* (S. 181–196). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Becker, J., Jäger, J., Leubolt, B. & Weissenbacher, R. (2010). Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective. *Competition & Change*, 14(3-4), 225–247. <https://doi.org/10.1179/102452910X12837703615337>
- Beigel, F. (2015). Das Erbe des lateinamerikanischen Dependensismo und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit. *Journal für Entwicklungspolitik*, 31(3), 11–38. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-31-3-11>
- Bernards, N. (2022). *A critical history of poverty finance: Colonial roots and neoliberal failures*. Pluto Press.
- Berrou, R., Dessertine, P. & Migliorelli, M. (2019). An Overview of Green Finance. In M. Migliorelli & P. Dessertine (Hrsg.), *The Rise of Green Finance in Europe* (S. 3–30). Springer International Publishing.
- Bhaskar, R. *Reclaiming reality: A critical introduction to contemporary philosophy*. Verso.
- Bhaskar, R. (2008). *A realist theory of science* [Neuausg.]. *Radical thinkers: Bd. 29*. Verso.
- Bhaskar, R. (2014). *The Possibility of Naturalism: A philosophical critique of the contemporary human sciences* (4th ed.). Taylor and Francis. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=1744201>
- Bieling, H.-J. (2011). Varieties of Capitalism, Regulationstheorie und neogramscianische IPÖ-komplementäre oder gegensätzliche Perspektiven des globalisierten Kapitalismus?
- Bieling, H.-J. (2014). Neogramscianismus. In J. Wullweber, A. Graf & M. Behrens (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* (S. 185–200). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Biglaiser, G. & McGauvran, R. J. (2022). The effects of IMF loan conditions on poverty in the developing world. *Journal of international relations and development*, 25(3), 806–833. <https://doi.org/10.1057/s41268-022-00263-1>
- BMZ. (2023). *Feministische Entwicklungspolitik: Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit*.
- BMZ. (2024). *Organisationsplan des BMZ*. <https://www.bmz.de/resource/blob/16042/organisationsplan-bmz.pdf>
- Boas, T. C. & Gans-Morse, J. (2009). Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan. *Studies in Comparative International Development*, 44(2), 137–161. <https://doi.org/10.1007/s12116-009-9040-5>

- Bohnet, M. (2017). *Politische Ökonomie der deutschen Entwicklungszusammenarbeit: Bestimmungsgründe, Akteure und Allokationsmuster. Discussion paper / German Development Institute: 2017, 20.* Deutsches Institut für Entwicklungspolitik gGmbH.
- Boyer, R. (1986). *La théorie de la régulation: une analyse critique. (No Title.*
- Brand, U. & Wissen, M. (2017). *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus* (7. Auflage). oekom Verlag.
- Brewer, A. (1990). *Marxist Theories of Imperialism: A Critical Survey* (2nd ed.). Routledge. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=178176>
- Buch-Hansen, H. (2020). *Critical Realism: Basics and Beyond.* Macmillan Education UK. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6384500>
- Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW Bankengruppe (2020 & i.d.F.v. 5. November 1948 (WiGBI. S. 123). <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/KfW-Gesetz/KfW-Gesetz-DE-EN.pdf>
- Bundesministerium der Finanzen. (2024). *Glossar; Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).* https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/FAQ_Glossar/Glossar/Functions/glossar.html?lv2=176766&lv3=176778#glossar176778
- Cafruny, A., Martin, G. P. & Talani, L. S. (2016). Introduction. In A. Cafruny, L. S. Talani & G. Pozo Martin (Hrsg.), *Springer eBook Collection Political Science and International Studies. The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy* (S. 1–6). Palgrave Macmillan.
- Callinicos, A. (2016). Marxism: and the Very Idea of Critical Political Economy. In A. Cafruny, L. S. Talani & G. Pozo Martin (Hrsg.), *Springer eBook Collection Political Science and International Studies. The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy* (S. 49–65). Palgrave Macmillan.
- Cardoso, F. H. (1970). Teoria de la dependencia o análisis de situaciones concretas de dependencia. *Revista Latinoamericana de Ciencia Política*, 1(3), 402–414.
- Cardoso, F. H. (1977). The Consumption of Dependency Theory in the United States. *Latin American Research Review*, 12(3), 7–24. <https://doi.org/10.1017/S0023879100030430>
- Cardoso, F. H. & Faletto, E. (1979). *Dependencia y desarrollo en América Latina.* Siglo xxi México.
- Choi, E. & Laxton, V. (2023). The Role of Multilateral Development Banks in Climate Finance for Developing Countries. In P. Mookherjee (Hrsg.), *Bridging the climate finance gap: Catalysing Private Capital for Developing and Emerging Economies* (S. 62–70).
- Colla, C. (2019). *Standpunkte zur Entwicklungsfinanzierung: Mobilisierung privaten Kapitals in der Entwicklungsfinanzierung: eine Bestandsaufnahme.* KfW Entwicklungsbank. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/Materialien/2019_Nr.4_Mobilisierung-privaten-Kapitals_DE.pdf
- Colla, C. & Kühn, C. (2017). *KMU-Finanzierung: Erfolgreicher Grundpfeiler der FZ: Materialien zur Entwicklungsfinanzierung.* Nr. 2, Februar 2017. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/Materialien/2017_Nr.2_KMU.pdf
- Cox, R. W. (1983). Gramsci, hegemony and international relations: an essay in method. *Millennium*, 12(2), 215–225.
- Cox, R. W. (1998). Gramsci, Hegemonie und Internationale Beziehungen: Ein Aufsatz zur Methode. *Cox, Robert W.: Weltordnung und Hegemonie in der Internationalen Politischen Ökonomie (FEG-Studie Nr. 11), Marburg*, 69–86.
- Danermark, B., Ekström, M. & Karlsson, J. C. (2019). *Explaining society: Critical realism in the social sciences* (Second edition). *Routledge studies in critical realism.* Routledge.
- DEG. (o.J.a). *DEG – mehr als Finanzierung* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.deginvest.de/%C3%9Cber-uns/>

- DEG. (o.J.b). *DEG Projektdatenbank* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://deginvest-investments.de/>
- DEG. (o.J.c). *Unser Netzwerk* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.deginvest.de/%C3%9Cber-uns/Unsere-Organisation/Unser-Netzwerk/>
- DEG. (o.J.d). *Unsere Geschichte* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.deginvest.de/%C3%9Cber-uns/Unsere-Organisation/Unsere-Geschichte/>
- DEG. (2022). *Gesellschaftsvertrag der DEG*. https://www.deginvest.de/DEG-Dokumente/%C3%9Cber-uns/Unsere-Organisation/DEG_Gesellschaftsvertrag_2022_de.pdf
- DEG. (2023). *Portfolioüberblick und Neugeschäft 2023* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH. <https://www.deg-entwicklungsbericht2023.de/portfolio>
- Degens, P. (2014). Mikroversicherungen: Teil der Lösung oder Teil des Problems? In G. Klas & P. Mader (Hrsg.), *Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik* (S. 113–121). Campus-Verl.
- Demirovic, A. (2008). Neoliberalismus und Hegemonie. In C. Butterwegge (Hrsg.), *Neoliberalismus: Analysen und Alternativen* (1. Aufl., S. 17–33). VS Verl. für Sozialwiss.
- Dr. Velibor Marjanovic (2020). Interview durch KfW.
- Dziwok, E. & Jäger, J. (2024). A critical overview of green finance. In J. Jäger & E. Dziwok (Hrsg.), *Understanding Green Finance* (S. 2–17). Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781803927558.00008>
- Easterly, W. (2013). Das Kartell der guten Absichten – Bürokratie versus Markt in der Entwicklungshilfe. In J. Faust & K. Michaelowa (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit*. Nomos.
- Easton, G. (2010). Critical realism in case study research. *Industrial Marketing Management*, 39(1), 118–128. <https://doi.org/10.1016/j.indmarman.2008.06.004>
- Ebner, A. (2014). Vermarktlichung, Finanzialisierung und das Austeritätsparadigma der europäischen Krisenbewältigung: Eine polanyische Perspektive. In M. Heires & A. Nölke (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Finanzialisierung* (S. 49–61). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- EFSE. (2022). *Impact Report 2022*. https://www.efse.lu/fileadmin/user_upload/efse//7_publications/publications_dateien/sektion_3_-_publications/impact_reports/EFSE_Impact_Report_2022_web.pdf
- Elsner, C., Neumann, M., Müller, F. & Claar, S. (2022). Room for money or manoeuvre? How green financialization and de-risking shape Zambia's renewable energy transition. *Canadian Journal of Development Studies / Revue canadienne d'études du développement*, 43(2), 276–295. <https://doi.org/10.1080/02255189.2021.1973971>
- Engelen, E. (2008). The case for financialization. *Competition & Change*, 12(2), 111–119.
- Epstein, G. A. (Hrsg.). (2005). *Financialization and the world economy* (Paperback edition 2006, reprinted 2014). Elgar.
- Faust, J. & Michaelowa, K. (Hrsg.). (2013). *Politische Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845247342>
- Fischer, K. (2013). Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit: die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung. *Journal für Entwicklungspolitik*, XXIX(3), 9–33. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-29-3-9>
- Frank, A. G. (1966). *Die Entwicklung der Unterentwicklung*: in: Schmidt, Lukas; Schröder, Sabine (Hg.) (2016): *Entwicklungstheorien. Klassiker, Kritik und Alternativen*. Mandelbaum Verlag Michael Baiculesu. 1. Auflage. Wien: Mandelbaum Verlag (Gesellschaft, Entwicklung, Politik, Band 17).; S. 170-186.

- Gabor, D. (2021). The Wall Street Consensus. *Development and Change*, 52(3), 429–459. <https://doi.org/10.1111/dech.12645>
- Gebauer, T. (2014). Mikrokredite: Konkurrenz statt Solidarität. In G. Klas & P. Mader (Hrsg.), *Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik* (S. 143–149). Campus-Verl.
- GIZ. (o.J.). *InsuResilience Global Partnership zur Finanzierung und Versicherung von Klima- und Katastrophenrisiken* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.giz.de/de/weltweit/75158.html>
- Griffith-Jones, S. (2016). *National development banks and sustainable infrastructure; the case of KfW* (Gegi Working Paper 006). OpenBU. <https://open.bu.edu/handle/2144/23654>
- Grünbacher, A. (2001). The Early Years of a German Institution: The Kreditanstalt für Wiederaufbau in the 1950s. *Business History*, 43(4), 68–86. <https://doi.org/10.1080/713999240>
- Grünbacher, A. (2004). *Reconstruction and Cold War in Germany: The Kreditanstalt für Wiederaufbau (1948–1961)* (1st ed.). Taylor & Francis Group. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5164629>
- GTAI. (2023a). *Stärkung der finanziellen Inklusion; Datum: 03.11.2023*. <https://www.gtai.de/de/trade/kongo-demokratische-republik/entwicklungsprojekte/staerkung-der-finanziellen-inklusion-1049198>
- GTAI. (2023b). *Verbesserung des Angebots an Finanzdienstleistungen für KKMU, Datum: 16.11.2023*. <https://www.gtai.de/de/trade/ghana/entwicklungsprojekte/verbesserung-des-angebots-an-finanzdienstleistungen-fuer-kkmu-1052744>
- GTAI. (2024). *Förderung von Finanzierungsmöglichkeiten für KKMU, Datum: 04.07.2024*. <https://www.gtai.de/de/trade/c%C3%B4te-d-ivoire/entwicklungsprojekte/foerderung-von-finanzierungsmoeglichkeiten-fuer-kkmu-1760200>
- Hall, S. & O'Shea, A. (2013). Common-sense neoliberalism. *Soundings*, 55(55), 9–25. <https://doi.org/10.3898/136266213809450194>
- Harvey, D. (2005). *A brief history of neoliberalism* (Reprinted (thrice). Oxford Univ. Press.
- Hauck, G. (2014). Die Aktualität der "großen" entwicklungstheoretischen Debatten der 1970er/80er Jahre. In F. Müller, C. Jakobeit, E. Sondermann & I. Wehr (Hrsg.), *Sonderheft PVS: Bd. 48. Entwicklungstheorien: Weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen* (1. Aufl., S. 352–380). Nomos-Verl.-Ges.
- Heires, M. & Nölke, A. (2014a). Finanzialisierung. In J. Wullweber, A. Graf & M. Behrens (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* (S. 253–266). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Heires, M. & Nölke, A. (2014b). Die Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Einleitung. In M. Heires & A. Nölke (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Finanzialisierung* (S. 19–32). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Herre, R. (2020). Keine Hilfe ohne Rendite? Einblicke in die zunehmende Finanzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit. In H. Sangmeister & H. Wagner (Hrsg.), *Engagement und Verantwortung der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit* (S. 99–114). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783748904823-99>
- Holmes, C. (2012). Problems and opportunities in Polanyian analysis today. *Economy and Society*, 41(3), 468–484. <https://doi.org/10.1080/03085147.2012.682004>
- Humphrey, C. (2022). *Financing the future: Multilateral development banks in the changing world order of the 21st century*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780192871503.001.0001>

- IDFC. (2024). *Play a leading role in Global Development & Climate Agendas*. <https://www.idfc.org/mission-vision/>
- Jafri, J. (2021). Schattenbanken und der Ausbau eines inklusiven Finanzwesens im globalen Süden. *PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur*, 41(2), 201–226. <https://doi.org/10.3224/periphe-rie.v41i2-3.03>
- Jäger, J. (2016). Critical International Political Economy and Method. In A. Cafruny, L. S. Talani & G. Pozo Martin (Hrsg.), *Springer eBook Collection Political Science and International Studies. The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy* (S. 101–118). Palgrave Macmillan.
- Jäger, J. (2020). From Marx to critical international political economy. In E. Vivares (Hrsg.), *The Routledge Handbook to Global Political Economy: Conversations and Inquiries* (S. 247–261). Taylor & Francis Group.
- Jäger, J. & Dziwok, E. (Hrsg.). (2024). *Understanding Green Finance*. Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781803927558>
- Jäger, J. & Schmidt, L. (2020). The Global Political Economy of Green Finance: A Regulationist Perspective. *Journal für Entwicklungspolitik*, 36(4), 31–50. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-36-4-31>
- Jäger, J. & Springler, E. (2015). *Ökonomie der internationalen Entwicklung: Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre* (3. Auflage). Gesellschaft - Entwicklung - Politik (GEP): Band 14. Mandelbaum Verlag.
- Jessop, B. (2001). Kritischer Realismus, Marxismus und Regulation. Zu den Grundlagen der Regulationstheorie. In M. Candeias (Hrsg.), *Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime, Shareholder Society, Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie* (S. 16–40). VSA-Verl.
- Jonas, M. (19. Juli 2011). "Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt". *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/1310511492392/bundeshymne-die-grenzen-meiner-sprache-sind-die-grenzen-meiner-welt>
- KfW. (2005). *Teiligungskapital in Deutschland. Strukturwandel im Markt für Private Equity in Deutschland* (KfW-Research., Wirtschaftsobserver Nr. 18). https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-WirtschaftsObserver/WirtschaftsObserver_18.pdf
- KfW Entwicklungsbank. (o.J.a). *KfW weltweit* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Weltweit/>
- KfW Entwicklungsbank. (o.J.b). *Transparenzportal* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw.de/microsites/Microsite/transparenz.kfw.de/#/start>
- KfW Entwicklungsbank. (o.J.c). *Umwelt und Nachhaltigkeit* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Themen/Umwelt-und-Nachhaltigkeit/>
- KfW Entwicklungsbank. (o.J.d). *Unsere Arbeitsweise* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Aufgaben-und-Ziele/Unsere-Arbeitsweise/>
- KfW Entwicklungsbank. (o.J.e). *Unsere Aufgaben und Ziele* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Aufgaben-und-Ziele/>
- KfW Entwicklungsbank. (o.J.f). *Unsere Kooperationspartner* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Aufgaben-und-Ziele/Unsere-Kooperationspartner/>

- KfW Entwicklungsbank. (2019). *Fonds-Finanzierung durch Eigenkapitalbeteiligung*. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Entwicklungsfinanzierung/Themen-NEU/2018_12_Fonds-FinanzierungendurchEigenkapitalbeteiligung_DE.pdf
- KfW Entwicklungsbank. (2022). *Herausforderung Klimawandel.: Wie die KfW Entwicklungsbank zur Erreichung der Klimaziele beiträgt*. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Brosch%C3%BCren/2022_Brosch%C3%BCre_Klimaschutz_DE.pdf
- KfW Entwicklungsbank. (2023a). *Finanzprodukte der FZ - Entwicklungskredite*. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Finanzprodukte/Entwicklungskredit_2023_FZ_DE.pdf
- KfW Entwicklungsbank. (2023b). *Finanzprodukte der FZ Förderkredit*. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Finanzprodukte/F%C3%B6rderkredit_2023_FZ_DE.pdf
- KfW Entwicklungsbank. (2023c, 30. Juli). *Nachhaltigkeitsrichtlinie: Prüfung von und Umgang mit Umwelt-, Sozial- und Klima-Aspekten: Prinzipien und Verfahren*. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Richtlinien/Nachhaltigkeitsrichtlinie_DE.pdf
- KfW Projektdatenbank. (o.J.). *Projektdatenbank*. Abgerufen am: 10. September 2024 von. https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Projekte/Projektdatenbank/index.jsp?query=%3A*&page=1&rows=10&sortBy=relevance&sortOrder=desc&facet.filter.language=de&dymFailover=true&groups=1
- Klas, G. & Mader, P. (Hrsg.). (2014). *Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik*. Campus-Verl.
- Koch, M. & Buch-Hansen, H. (2021). In search of a political economy of the postgrowth era. *Globalizations*, 18(7), 1219–1229. <https://doi.org/10.1080/14747731.2020.1807837>
- Koehler, G. (2015). Seven Decades of ‘Development’, and Now What? *Journal of International Development*, 27(6), 733–751. <https://doi.org/10.1002/jid.3108>
- Kreditanstalt für Wiederaufbau. (o.J.). *Über die KfW* [, Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/F%C3%B6rderauftrag-und-Geschichte/Geschichte-der-KfW/KfW-Themen/Mittelstandsfo%C3%B6rderung/>
- Krippner, G. R. (2005). The financialization of the American economy. *Socio-economic review*, 3(2), 173–208.
- Kvangraven, I. H. (2021). Beyond the Stereotype: Restating the Relevance of the Dependency Research Programme. *Development and Change*, 52(1), 76–112. <https://doi.org/10.1111/dech.12593>
- Lapavistas, C. (2011). Theorizing financialization. *Work, Employment and Society*, 25(4), 611–626. <https://doi.org/10.1177/0950017011419708>
- Lindner, U., Mader, D. & Pühretmayer, H. (2015). Einleitung. In U. Lindner & D. Mader (Hrsg.), *Sozialtheorie. Critical Realism meets kritische Sozialtheorie: Ontologie, Erklärung und Kritik in den Sozialwissenschaften* (1st ed., S. 7–73). Transcript Verlag.
- Mader, P. (2014). Finanzialisierung der Armut. In G. Klas & P. Mader (Hrsg.), *Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik* (S. 159–167). Campus-Verl.
- Mader, P. (2015). The Financialization of Poverty. In P. Mader (Hrsg.), *The Political Economy of Microfinance* (S. 78–120). Palgrave Macmillan UK. https://doi.org/10.1057/9781137364210_3
- Mader, P., Mertens, D. & van der Zwan, N. (2020). Financialization: An Introduction. In P. Mader, D. Mertens & N. van der Zwan (Hrsg.), *Routledge international handbooks. The Routledge international handbook of financialization* (S. 1–16). Routledge.

- May, C., Mertens, D., Nölke, A. & Schedelik, M. (2023). *Politische Ökonomie*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39867-5>
- Morgan, J. (2016). Critical realism as a social ontology for economics. In F. S. Lee, B. Cronin & F. S. Lee (Hrsg.), *Handbooks of research methods and applications. Handbook of research methods and applications in heterodox economics* (S. 15–34). Edward Elgar Publishing.
- Munoz, J. (2016). A qualitative case study of the Mexican stock market (BMV) from the perspective of critical realism and grounded theory. In F. S. Lee, B. Cronin & F. S. Lee (Hrsg.), *Handbooks of research methods and applications. Handbook of research methods and applications in heterodox economics*. Edward Elgar Publishing.
- Nagel, J. (2020). Development Banks – not only important in times of Covid-19. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 89(3), 35–50. <https://doi.org/10.3790/vjh.89.3.35>
- Ocampo, J. A. & Parra-Lancourt, M. (2010). The terms of trade for commodities since the mid-19 th century. *Revista de Historia Económica / Journal of Iberian and Latin American Economic History*, 28(1), 11–43. <https://doi.org/10.1017/S0212610909990085>
- Opratko, B. (2022). *Hegemonie: Politische Theorie nach Antonio Gramsci* (4., korrigierte Auflage). *Einstiege: Bd. 21*. Westfälisches Dampfboot.
- Opratko, B. & Prausmüller, O. (Hrsg.). (2011a). *Argument Sonderband: N.F., 310. Gramsci global: Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie* (Dt. Orig.-Ausg., 1. Aufl.). Argument-Verl.
- Opratko, B. & Prausmüller, O. (2011b). Neogramscianische Perspektiven in der IPÖ: Eine Einführung. In B. Opratko & O. Prausmüller (Hrsg.), *Argument Sonderband: N.F., 310. Gramsci global: Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie* (Dt. Orig.-Ausg., 1. Aufl., S. 11–38). Argument-Verl.
- Orth, M., Habbel, V., Richter, J. & Roggemann, H. (2020). *Strukturierte Fonds: Ein Finanzierungsansatz im Spannungsfeld zwischen finanzieller Nachhaltigkeit und entwicklungspolitischer Wirkung*. DEU.
- Palley, T. I. (2008). *Financialization: What it is and Why it Matters*. Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und. <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-20080818136%0A>
- Pfeifer, M. (2022). *Mikrokredite und Überschuldung in Kambodscha: Landverkäufe, Hunger und Kinderarbeit in Folge von Überschuldung*.
- Pfeiffer, K., Adler, M. & Kreiss, C. (2012). Environmental Finance Through the Financial Sector – An Approach with Growing Potential – Experiences of KfW Entwicklungsbank. In D. Köhn (Hrsg.), *Greening the Financial Sector* (S. 241–246). Springer Berlin Heidelberg.
- PMIC. (2023). *PMIC Annual Report 2023*. <https://pmic.pk/wp-content/uploads/2024/06/02-final-annual-report-2023.pdf>
- Pro Credit Holding AG. (2023). *Geschäftsbericht 2023*. <https://www.procredit-holding.com/wp-content/uploads/sites/2/2024/03/2023-Geschaeftsbericht.pdf?t=1722251953>
- Pühretmayer, H. (2014). Kritischer Realismus. In J. Wullweber, A. Graf & M. Behrens (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* (S. 217–232). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Raffer, K. & Singer, H. W. (2004). *The economic North-South divide: Six decades of unequal development* (Paperback ed., repr). Elgar.
- Ramus, V. & Colla, C. (2019). *Werden Entwicklungsländer anfälliger für globale Finanzkrisen?* (KfW Development Research, Entwicklungspolitik Kompakt). https://www.kfw-entwicklungsbank.de/PDF/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2019_02_18_EK_Anfaelligkeit_Finanzkrisen_DE.pdf

- Raúl Prebisch & Gustavo Martínez Cabañas (1949). EL DESARROLLO ECONÓMICO DE LA AMÉRICA LATINA Y ALGUNOS DE SUS PRINCIPALES PROBLEMAS. *El Trimestre Económico*, 16(63(3)), 347–431. <http://www.jstor.org/stable/20855070>
- Revelli, C. & Walter, C. (2024). Limitations of conventional private green finance industry and strategies. In J. Jäger & E. Dziwok (Hrsg.), *Understanding Green Finance* (S. 46–57). Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781803927558.00011>
- Rippey, P. (2012). Microfinance and Climate Change: Threats and Opportunities. In D. Köhn (Hrsg.), *Greening the Financial Sector* (S. 215–240). Springer Berlin Heidelberg.
- Sablowski, T. (2014). Regulationstheorie. In J. Wullweber, A. Graf & M. Behrens (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* (S. 85–99). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sabrow, S. (2014). Der Strategiewechsel in der Mikrofinanz: Vom Unternehmerkredit zur »finanziellen Inklusion«. In G. Klas & P. Mader (Hrsg.), *Rendite machen und Gutes tun? Mikrokredite und die Folgen neoliberaler Entwicklungspolitik* (S. 123–131). Campus-Verl.
- Sawyer, M. (2013). What Is Financialization? *International Journal of Political Economy*, 42(4), 5–18. <https://doi.org/10.2753/IJP0891-1916420401>
- Sayer, A. (1999). Realism and social science. *Realism and Social Science*, 1–224.
- Sayer, A. (2002). *Method in Social Science*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203163603>
- Schulze, S. (2023). *Entwicklungsministerin Svenja Schulze stellt die Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik vor: Pressekonferenz (01.03.2023)* [Pressemitteilung]. <https://youtu.be/11OoGVxBy4k>
- Schwarz, M. (2023, 16. Januar). *Green Finance: der Finanzmarkt als Hebel für die Klimatransformation?* (KfW Research Fokus Volkswirtschaft Nr. 413). KfW Entwicklungsbank. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2023/Fokus-Nr.-413-Januar-2023-Green-Finance.pdf>
- Seibel, H. D. (2003). *History matters in microfinance*. Working Paper.
- Soederberg, S. (2014). *Debtfare States and the Poverty Industry*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315761954>
- Steger, M. B. (2010). *Neoliberalism: A Very Short Introduction*. *Very Short Introductions*. Oxford University Press. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=480647>
- Stockhammer, E. (2009). The finance-dominated accumulation regime, income distribution and the present crisis. *Department of Economics Working Paper Series*. Vorab-Onlinepublikation. <https://doi.org/10.57938/04e82d75-f4a2-4bb6-a6a8-85d74bb88a52>
- Stockhammer, E. (2014). Entstehung und Krise des finanz-dominierten Akkumulationsregimes. Eine postkeynesianische Perspektive auf Finanzialisierung. In M. Heires & A. Nölke (Hrsg.), *Politische Ökonomie der Finanzialisierung* (S. 33–48). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sunkel, O. (1972). Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerika. *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 258–315.
- Taylor, I. (2003). Hegemony, neoliberal ‘good governance’ and the International Monetary Fund: A Gramscian perspective. In M. Boas (Hrsg.), *RIPE Series in Global Political Economy Ser. Global Institutions and Development: Framing the World?* (1st ed., S. 124–136). Taylor & Francis.
- UNCTAD. (2019). *Financing a global green new deal. Trade and development report: Bd. 2019*. <https://doi.org/2019>
- United Nations. (o.J.a). *THE 17 GOALS | Sustainable Development* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://sdgs.un.org/goals>

- United Nations. (o.J.b). *International Years* [Abgerufen am: 10. September 2024 von]. <https://www.un.org/en/observances/international-years>
- van der Merwe, J. & Dodd, N. (2019). *The political economy of underdevelopment in the Global South: The government-business-media complex. International political economy series*. Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-05096-2>
- van der Zwan, N. (2014). Making sense of financialization. *Socio-economic review*, 12(1), 99–129. <https://doi.org/10.1093/ser/mwt020>
- Vogt, G. (1994). Die Kreditanstalt für Wiederaufbau: Ein Unternehmensporträt. *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen: ZögU / Journal for Public and Nonprofit Services*, 17(3), 373–378. <http://www.jstor.org/stable/20763744>
- Volberding, P. (2021). *Leveraging Financial Markets for Development*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-030-55008-0>
- Wichterich, C. (2015). Mikrokredite, Rendite und Geschlecht. Von zuverlässigen armen Frauen und finanzieller Inklusion. *PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur*, 35(140), 469–490. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v35i140.22999>
- Wigger, A. & Horn, L. (2016). Taking critical ontology seriously: implications for political science methodology. In H. Keman & J. J. Woldendorp (Hrsg.), *Handbook of research methods and applications in political science* (S. 38–53). Edward Elgar Publishing.
- Wittgenstein, L. (2022). *Tractatus logico-philosophicus* (24. Auflage). Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft: Bd. 501. Suhrkamp.
- Wullweber, J., Graf, A. & Behrens, M. (Hrsg.). (2014). *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-02527-4>
- Zeisler, A. (2017). Der Beitrag der DEG für eine nachhaltige und sozial verantwortliche Entwicklung des Finanzsektors in Entwicklungsländern. In G. Krämer (Hrsg.), *Finanzwirtschaft in ethischer Verantwortung* (S. 55–62). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12584-4_4